Nr. 44. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 21. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Jeder will's gewesen sein!

Der Abschluß des Marokkoabkommens hat, wie schon kurz berichtet, ein eigentümliches Nachspiel gezeitigt, das sehr komisch wäre, wenn es nicht aufs neue die Jämmerlichkeit und Kleinlichkeit der deutschen politischen Leitung so grell hervortreten ließe. Man erinnert sich, daß der Pariser „Matin" vor wenigen Tagen in der Lage war, ein Glückwunschtelegramm des deutschen Kaisers an unseren Pariser Botschafter, den Fürsten Radolin, zu veröffentlichen, in dem dem Botschafter für die „Arbeit zum Abschluß des Vertrages der warme Dank" ausgesprochen wurde. In einem Kommentar zu dieser Depesche hob Fürst Radolin hervor, daß das Uebereinkommen der vom Kaiser stets verfolgten Friedens- und Versöhnungspolitik entsprochen habe. Fürst Bülow wurde dabei nicht erwähnt. In einem zweiten Kommentar des „Matin" aus anderer Quelle wurde dann behauptet, daß der Kaiser im Jahre 1905, als die Diplomatie und die Heeresleitung für den Krieg waren, für den Frieden eingetreten sei. Er hätte sich nur ungern auf die ganze Marokkoaffäre eingelassen und auch in der Casablancaaffäre der Deserteure den Streit beendet. Damals habe der Kaiser zu einem intimen Freunde gesagt: „Ich habe den Befehl gegeben, die Affäre innerhalb 48 Stunden zu erledigen und alles ist nun glücklich geregelt."

Diese Geschichts- und Geschichtenschreibung mußte natürlich Bülow recht schmerzlich sein. „Wie? Dieses Marokkoabkommen, das einzig Vernünftige, was mir in der ganzen Zeit, seitdem ich die Geschicke des Reiches leite, passiert ist, das soll jetzt gar nicht auf mein Konto gebucht werden, sondern auf das eines, der sogar als mein Nachfolger genannt wird? Und ist dies nicht um so ungerechter, als ja dieses Abkommen nie möglich gewesen wäre ohne all die Dummheiten, die in der Marokkoaffäre von der deutschen Politik begangen wurden und für die ich wirklich die Verantwortung trage, wenn auch geschickte Federn für die schlimmsten nicht mich, sondern das diesmal zufällig ziemlich unschuldige „persönliche Regiment" beschuldigten? Das Marokkoabkommen ist nichts als die Verleugnung meiner Dummheiten. Ohne diese wäre es nie möglich gewesen, und so ist es sicherlich das Verdienst meiner Politik. Und jetzt bekommt Radolin ein Danktelegramm — der 17. November war ja doch für die Katz — und jeder wird sagen, da ich keins bekommen, sind meine Beziehungen zum Kaiser schlecht und meine Stellung wird noch unsicherer. Zwar hat man mich bisher bei der ganzen Sache wenig genannt, sondern immer nur Schoen und Cambon; ich wußte ja auch nicht im voraus, daß die Geschichte so günstig aufgenommen wurde. Es war ja doch eigentlich das Gegenteil dessen, was ich bisher gemacht und was auch immer gelobt wurde. Aber nun ich's weiß, steht die Sache anders. Ich brauche bei meinen Verhältnissen einen Erfolg wie einen Bissen Brot. Wär's aber selbst um mich so gut bestellt, wie in Wirklichkeit schlecht, so würde ich's einem möglichen Nachfolger nimmermehr gönnen."

Also ging Bülow hin zu den Agrariern und sprach nicht nur über sein agrarisches Herz, sondern auch — zu den Schweinezüchtern und Brotverteuerern engros — über das Marokkoabkommen. Höflich, wie diese Leute nun einmal zu ihrem Geschäftsführer sind, rief ihn kein Vorsitzender zur Sache. Und Bülow sprach das große Wort „Ich" wieder einmal gelassen aus:

> „Das Abkommen mit der französischen Regierung über Marokko, für das Ich mit dem ausgezeichneten Vertreter der französischen Republik an unserem Hofe, Herrn Cambon, eine, wie ich glaube, für beide Teile ehrenhafte und praktische Form gefunden habe, hat im Westen den Horizont geklärt."

Nichts von Schoen, erst recht nichts von Radolin, alles nur höchsteigenes Verdienst. Die kaiserliche Depesche und gar erst der Kommentar des „Matin" war desavouiert; die neueste Betätigung des persönlichen Regiments auf telegraphischem Wege als dem wirklichen Hergang der Sache nicht entsprechend gekennzeichnet und das in Gegenwart solcher Royalisten wie des Januschauers Oldenburg — wenn Bülow Gefahr für seine Stellung wittert, wird er sogar mutig.

Mit diesem Pfeil war's aber nicht genug. Fürst Bülow ist der Chef des Fürsten Radolin. Also erschien prompt in der „Nordd. Allg. Ztg." eine Erklärung des Botschafters. Er stehe der Veröffentlichung der Depesche völlig fern und sei entrüstet, daß der „Matin" illoyalerweise einen mit seinem Namen gezeichneten Kommentar hinzugefügt habe.

Leider erklärt der „Matin" dieses Dementi für unbegreiflich. Die Depesche habe er nicht von Radolin und habe das nicht behauptet. Der Botschafter habe ihm nur ihre Richtigkeit bestätigt und sich dann darauf beschränkt, die Erklärung über die friedliche Politik des Kaisers hinzuzufügen. Diese aber habe er in die Feder diktiert und die Veröffentlichung autorisiert. Der zweite Kommentar rühre, wie das sofort gesagt worden, nicht vom Botschafter her, sondern von einer Persönlichkeit, zu der der Kaiser die angeführten Aeußerungen getan habe. (Als diesen Freund des Kaisers vermuten mehrere Blätter — den Fürsten von Monaco.) Soweit der „Matin"; was er sagt, erscheint glaubwürdig. Aber Fürst Radolin mußte wohl in dieser Form dementieren, sollte der Gegensatz zwischen ihm und Bülow nicht allzu offenkundig werden.

Aber von diesem heiteren Intrigenspiel hebt sich als ernster Hintergrund die deutsche Marokkopolitik ab, die Deutschland zweimal hart an den Abgrund des Krieges geführt hat. Daß es in dieser Politik auf deutscher Seite zwei Strömungen gegeben hat, ist ja bekannt. Man weiß auch, daß die Politik des Kaisers damals unter dem Einfluß Eulenburgs stand, während Bülow, dessen Fähigkeit zu selbständigen Entschlüssen nur gering entwickelt ist, von Holstein gelenkt ward. Es ist auch im großen und ganzen richtig, daß Eulenburg franzosenfreundliche und also in diesem Falle friedliche Politik getrieben, während Herr v. Holstein eine Richtung einschlug, die 1905 zur Kriegsgefahr wurde, die im entscheidenden Momente durch den Sturz Delcassés beseitigt wurde. Holsteins Idee war auch die Tangerfahrt, der Wilhelm II. zuerst widerstrebte, deren Ausführung aber er schließlich den Stempel seiner romantischen Art aufprägte, wovon die Rede, in der er Abdul Asis seinen Schutz verhieß, genugsam Zeugnis ablegte. Der Konflikt zwischen der höfischen und Kanzlerpolitik führte schließlich zur Entlassung Holsteins, der aber Bülows Ratgeber blieb. In Algeciras war die Isolierung Deutschlands offenbar geworden und der Marokkokonflikt verlor seine akute Gefahr. In jener Zeit beginnt auch Bülow den Kampf um seine Macht gegen die „Kamarilla". Er hatte eingesehen, daß er nur ein Schattenkanzler sei, so lange das persönliche Regiment durch seine eigene Politik die seine jederzeit vereiteln könne. Damals konnte er auch noch hoffen, daß, wenn nur der Einfluß seines Feindes Eulenburg beseitigt, er seinen alten Einfluß bei Wilhelm II. wieder gewinnen werde. Holstein gelang es, Eulenburg zu stürzen, aber nur in einem unerhörten Skandal, der zuerst auch die Autorität des persönlichen Regiments in schwere Mitleidenschaft zog, was Bülow nie vergeben worden ist. So war damit der Kampf nicht beendet, dessen Gipfelpunkt die Veröffentlichung des Kaiserinterviews bildete, das dem persönlichen Regiment einen so schweren Schlag versetzte. Da flammt die halbvergessene Marokkoaffäre von neuem auf. Ein gleichgültiger Zwischenfall, eine Schlägerei zwischen Konsulatsbediensteten bei einer Verhaftung einiger Deserteure der Fremdenlegionäre in Casablanca wird in der offiziösen Presse maßlos aufgebauscht, die deutsche Ehre für verletzt erklärt und — so wird behauptet — Bülow droht in Paris bereits mit der Abberufung des Botschafters.

Man erinnert sich noch des plötzlichen Umschwunges, der bisher nicht völlig aufgeklärt war. Jetzt rühmt sich Wilhelm II., dem gefährlichen Spiel ein Ende bereitet zu haben. Die Worte sind nicht dementiert. Und doch enthalten sie die schwerste Anklage, die gegen Bülow formuliert werden kann: Wenn der Kaiser recht hat, dann hat Bülow, der damals in den Nöten der Interviewveröffentlichung steckte, eine Politik gemacht, deren Leichtfertigkeit zu kennzeichnen, kein Ausdruck stark genug wäre.

Der Zwischenfall ist dann bekanntlich rasch erledigt worden, Bülow mußte alle seine Forderungen fallen lassen und Schoen und Cambon, die auch das letzte Abkommen gezeichnet haben, brachten die Sache rasch ins Reine, wozu ja nur ein wenig Verstand und guter Wille gehörten. Bülow mußte sich bescheiden. Jetzt glaubt er die Zeit gekommen, um sich wieder vorzudrängen. Nie hat eine Politik schmählicher Schiffbruch gelitten als die seine; aber weil dieser Schiffbruch vom Standpunkt des deutschen Volkes ein Glücksfall ist, kommt dieser politische Glücksritter, um zu ernten, wo er nicht gesät. Plötzlich erinnert sich der Mensch, daß ja er eigentlich für die deutsche Politik verantwortlich zeichnet, und auf Grund dieser Fiktion eignet er sich den einzigen nützlichen Akt der deutschen Politik an, bloß weil er ihn glücklicherweise nicht verhindern konnte. Das ist Bülows Anteil an dem Marokkoabkommen, das sein Verdienst an der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen!

Die Jämmerlichkeit der deutschen Marokkopolitik findet in diesem Nachspiel einen würdigen Epilog. Abenteuerlich und gefährlich von Anfang an, wird die Marokkopolitik im weiteren Verlauf zu dem Boden, auf dem die Kamarillakämpfe ausgefochten werden. Und so endet sie würdig in einem Kampf der Cliquen, wo die aufeinander eifersüchtigen Parteien des Hofes und des Kanzlers einander den Ruhm streitig machen, wem von beiden an dem Zusammenbruch des schmählichen Abenteuers, an dem sie gemeinsam die Schuld tragen, schließlich das — Verdienst gebührt.

Kompromißmogelei.

Nach den Mitteilungen klerikaler Blätter, der „Germania" und der „Köln. Volksztg.", haben die vorgestrigen Beratungen des Unterausschusses der Steuerkommission unter der Führung des Zentrums zu einem vorläufigen Kompromiß geführt. Zwar sollen direkt bindende Beschlüsse nach der Mitteilung der „Kreuzztg." und des „Berl. Lokal-Anzeigers" noch nicht gefaßt sein, da die Agrarkonservativen und die Nationalliberalen noch einige Spezialwünsche haben; doch ist es ziemlich wahrscheinlich, daß die Konservativen schließlich den von ihnen erhobenen Einwand, der lediglich die Summe der erhöhten Matrikularbeiträge betrifft, fallen lassen und sich mit dem Zentrum und den Freisinnigen zum Schacherabschluß zusammenfinden.

Auch die Regierung hat sich noch nicht offiziell der Schachermachei angeschlossen, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zeigt offiziell an, daß die Reichsfinanzverwaltung den Beschlüssen noch nicht zugestimmt hat, da sie „damit von der vom Bundesrat bisher eingenommenen Stellung abgewichen" wäre. Doch läßt schon diese Fassung erkennen, daß die Reichsregierung selbst die Beschlüsse anzunehmen bereit ist und nur aus formalen Gründen, aus Rücksicht auf die Bundesratsbeschlüsse, noch mit ihrer Zustimmung zurückhält.

Wie die Mitteilungen der leitenden Zentrumsblätter erkennen lassen, hat die Unterkommission sich im wesentlichen auf die Vorschläge Gamps geeinigt, und zwar dahin, daß für einen bestimmten Zeitraum eine sogenannte **Besitzsteuer** in Höhe von 150 Millionen Mark durch Matrikularbeiträge in der Form aufgebracht werden soll, daß die Bundesstaaten sich verpflichten, die auf sie entfallenden Steuerbeträge durch Steuern vom Einkommen und Besitz zu erheben und an das Reich abzuführen. Die definitive Regelung soll durch ein innerhalb drei Jahren vorzulegendes Reichsgesetz erfolgen.

Die „Germania" berichtet darüber:

> „Eine Verständigung über einen wichtigen Teil der Reichsfinanzreform ist heute, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, in der Subkommission des Reichstages erfolgt, welcher die Nachlaßsteuervorlage in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen Gamp und Wiemer zur Vorberatung überwiesen war. In der heutigen Besprechung der Kommission einigte man sich nämlich auf der Grundlage der Anträge Gamp, zu welchen der Zentrumsabgeordnete Herold Verbesserungsanträge gestellt hatte, die vom Reichsschatzamt als die Vorbedingung für eine Verständigung akzeptiert wurden, dahin, die Nachlaßsteuer ebenso wie die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten und den Ausbau des Erbrechts des Staates fallen zu lassen und **dafür eine Besitzsteuer in Höhe von 150 Millionen Mark**, welche von den Einzelstaaten durch Steuern vom Besitz und Einkommen, einstweilen nach der Kopfzahl der Bevölkerung aufzubringen ist an Stelle der Matrikularbeiträge treten zu lassen, so daß die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten, welche für die Regierungsvorlage selbst auf 50 Millionen Mark erhöhe sich wollte, um weitere 100 Millionen erhöht werden. Es wurden darüber eine Reihe programmatischer Punkte festgestellt, die von dem Abg. Weber redigiert und mit einem schriftlichen Bericht der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages, die am Donnerstag wieder zu einer Sitzung zusammentritt, unterbreitet werden sollen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen als sicher an, daß die Verständigung innerhalb der Subkommission und mit der Regierung auch die Zustimmung der Finanz- und Steuerkommission finden wird, womit dann ein wichtiger Teil der Reichsfinanzreform eine befriedigende Lösung gefunden haben würde, falls nicht Fürst Bülow daran Anstoß nehmen sollte, daß das Zentrum mit seinen Verbesserungsanträgen dabei mitgewirkt hat. Wir hatten in Nr. 37 II. Bl. vom 16. Februar bereits darauf hingewiesen, daß an erster Stelle eine derartige Verständigung in betreff der Belastung des Besitzes durch eine entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge zu erwarten sei, womit die Frage der direkten Steuern erledigt ist, da eine Reichsvermögens- oder Einkommensteuer nun nicht mehr in Betracht kommt. Es bleibt dann aber weiterhin die Frage der indirekten Reichssteuern zu lösen, die auch noch manche Schwierigkeiten bietet."

Die Führung hat, wie vor drei Jahren bei der ersten Reichsfinanzreform, das Zentrum übernommen. Daher die spöttischen Bemerkungen der „Germania", daß Fürst Bülow hoffentlich keinen Anstoß an der Lösung nehmen werde, weil das Zentrum mit „seinen Verbesserungsanträgen" dabei mitgewirkt habe.

Die Konservativen sind ebenfalls im ganzen mit den Vorschlägen einverstanden; nur ist ihnen eine „Besitzsteuer" von 150 Millionen Mark zu hoch. Sie wollen zwar ebenfalls 150 Millionen Mark bewilligen, doch sollen die Einzelstaaten nur gehalten sein, 100 Millionen Mark durch eine Besitzsteuer aufzubringen; die übrigen 50 Millionen Mark sollen sie aufbringen können, wie ihnen gefällt, damit der Besitz doch nicht allzu sehr belastet wird.

Die Nationalliberalen wollen vorläufig nicht mittun. Sie haben ihre Mitwirkung versagt und verlangen eine Reichsvermögenssteuer, in jedem Fall aber eine gewisse Garantie, daß, nachdem die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Branntwein, sowie die Zollerhöhung auf Kaffee bewilligt sind, nicht die Einführung der Besitzsteuer auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird.

Vertrauensseliger sind die Freisinnigen, wenigstens die um Wiemer und Kopsch. Die „Freisinnige Ztg." hat zwar an den Beschlüssen manches auszusetzen. Sie glaubt nicht, daß die liberalen Parteien, die eine ausreichende Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke verlangen, „auf solche problematischen Künsteleien eingehen können." Doch beziehen sich diese Bedenken nicht auf die Einführung der Besitzsteuer an sich, sondern nur auf die vorgeschlagene Art der „Erhebung, die nach Ansicht der „Freis. Ztg." den Bundesstaaten einen zu weiten Spielraum läßt. Wörtlich sagt das Blatt des Herrn Wiemer: „Jedenfalls ist es von sehr problematischem Wert, wenn bestimmt werden soll, daß ein bestimmter Betrag durch Matrikularbeiträge beigebracht und den Bundesstaaten vorgeschrieben werden soll, daß sie den auf sie entfallenden Betrag durch Besitzsteuern zu erheben haben. Von allen anderen Bedenken abgesehen, ist es doch keineswegs sicher, daß die Bundesstaaten die auf sie entfallenden Beträge auch wirklich so aufbringen, daß die leistungsfähigen Schultern belastet werden. Wenn die einzelstaatlichen Regierungen und Landtage die Steuern in der vom Reiche gewünschten Form

nicht aufbringen wollen oder angeblich nicht können, so fehlt jedes Mittel, sie zu solchen Maßnahmen zu zwingen."

Wenn die Herren Freisinnigen jedoch schon so weit gelangt sind, daß sie sich nicht mehr an dieser sogenannten Besitzsteuer stoßen und sie bereits für einen akzeptablen Ersatz der Nachlaßsteuer ansehen, dann werden sie schließlich nach einigen Versicherungen der Regierung, daß nur der Besitz herangezogen werden solle, auch wohl die Fassung der Beschlüsse für annehmbar finden.

In Wirklichkeit läuft das ganze Kompromiß auf eine unsichere Erhöhung der Matrikularbeiträge und ein infames Herumdrücken des großen beweglichen und unbeweglichen Besitzes um seine Steuerpflicht hinaus; denn es ist höchst unsicher, daß, wenn erst einmal die Verbrauchssteuern bewilligt sind, wirklich die Einführung der Besitzsteuer bis zum 1. Februar 1912 erfolgt, und wenn das tatsächlich geschehen sollte, ob dann der Betrag von 150 Millionen Mark von den Vermögenden erhoben wird, und nicht auch von den kleineren Vermögen und Einkommen. Da die Art der Aufbringung den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleiben soll, haben alle Zusicherungen der Reichsregierung noch weniger Wert als sonst.

Die Satten und die Hungernden.

Ueberall im Reiche haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Aktion für die Opfer der Krise, für die Arbeitslosen aufgenommen. In den Gemeindevertretungen, in denen Sozialdemokraten sitzen, bemühen sie sich, die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Welt auf das Elend zu lenken, das die Stockung der Produktion über die Arbeiter bringt und ihr das soziale Gewissen zu schärfen. Durch ihre Anträge suchen sie den Vertretern der Besitzenden die Wege zu weisen, wie die Not, die ja leider in der kapitalistischen Gesellschaft nicht völlig beseitigt werden kann, wenigstens nach Möglichkeit zu lindern ist. Und mehr oder minder langsam setzt sich dann im günstigsten Falle der Apparat der Selbstverwaltung in Bewegung, um die eine oder die andere der Maßregeln, die die Sozialdemokraten fordern, durchzuführen. Von einer großzügigen Arbeitslosenfürsorge, von einer unumwundenen Anerkennung ihrer Pflicht, für die ohne ihr Verschulden erwerbslos Gewordenen einzutreten, sind die herrschenden Schichten in den deutschen Stadtverwaltungen noch weit entfernt. Um Summen, die man für Fürstenempfänge, Wettrennen und dergleichen edle Zwecke ohne ängstliche Berechnung sofort bewilligt, wird peinlich gemarkt, wenn sie für Arbeitslose gefordert werden. Weit wichtiger als die Tatsache, daß Hilfe dringend notwendig ist, erscheint manchem bürgerlichen Stadtvater die Frage, ob nicht ein paar Arbeitsscheue unter den Unterstützten mit unterlaufen könnten und ob die städtischen Notstandsarbeiten und Unterstützungen nicht etwa die Interessen der Unternehmer schädigen könne. Es kommt bei den Beratungen der sozialdemokratischen Anträge bisweilen zu Ausbrüchen eines bornierten Hasses gegen die Arbeiterbewegung und zu Kundgebungen sozialer Einsichtslosigkeit, die auf die darbenden Arbeitslosen wie direkte Verhöhnung ihrer Not wirken müssen.

Klassische Beispiele solcher Verständnislosigkeit der Satten für die Lage der Hungernden haben in diesen Tagen die bürgerlichen Mehrheiten der Stadtverordnetenversammlungen von Nürnberg und Dresden geliefert. In Dresden kamen am Freitag mehrere sozialdemokratische Anträge auf Arbeitslosenfürsorge im Gemeindeparlament zur Verhandlung. Sie forderten Vermehrung der städtischen Arbeiten, warmes Mittagessen für die schulpflichtigen Kinder der Arbeitslosen, Barunterstützung für jene Arbeitslosen, die keine Beschäftigung erhalten können, wofür 80 000 Mark aus disponiblen Mitteln bereitgestellt werden sollten und Erwägung der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Sozialen Ausschusse. Genosse Nitzsche begründete die Anträge, er wies nach, daß im Dezember nach den Zusammenstellungen der Dresdener Arbeitsnachweise 46 000 Arbeitslose vorhanden waren, deren Zahl inzwischen infolge Wegfalles der Weihnachtsbeschäftigung und anderer Arbeiten sich mehr als verdoppelt haben werde. Als er darlegte, daß die Not größer sei denn seit vielen Jahren, ertönte höhnisches No, no! aus den Reihen der Bürgerlichen. Es liege im eigenen Interesse der Gemeinde, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit nicht zur Massenverarmung und zur Steigerung der Verbrechen führe. Wenn die Gemeinde untätig bleibe, so müsse der Mehrheit zugerufen werden: „Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr sie der Pein!"

Gegen die „Uebertreibungen" dieser Rede nahm darauf der Bürgermeister Dr. Kretzschmar die städtischen Kollegien in Schutz. Er fand, daß die Gemeinde schon genug für die Arbeitslosen getan habe, denn sie habe die Mittel für städtische Bauten usw. bewilligt, wie wohl kaum eine andere Stadt. Die Arbeiten, die die Stadt vornehmen lasse — die aber, beiläufig bemerkt, zum größten Teil noch gar nicht in Angriff genommen sind, — hätten einen Wert von 3—4 Millionen Mark. Es gäbe aber genug Arbeit, wenn man nur arbeiten wolle. Zum Schluß erklärte der Herr sich gegen eine Gemeindearbeitslosenversicherung, höchstens eine Reichsarbeitslosenversicherung könne in Frage kommen. Der Stadtverordnete Dr. Thümmler ersuchte um Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge von wegen der Rücksicht auf die Finanzen. Immerhin hatte er auch etwas für die Arbeitslosen. Erwägungen soll der Soziale Ausschuß anstellen, ob eine Arbeitslosenunterstützung möglich ist — die Erfahrungen anderer Städte sollen dabei berücksichtigt werden und dann werden die Stadtverordneten weiter sehen. Der Herr war der Interpret der bürgerlichen Mehrheit. Größeren Beifall aber als er fand bei ihr der Antisemit Dr. Häckel, der im unverfälschten Reichslügenverbandsstil erklärte, die Sozialdemokraten seien an der Arbeitslosigkeit schuld, denn in Zeiten bester Arbeitsgelegenheit hetzten sie zum Streik (Bravorufe bei der Mehrheit), um höhere Arbeitslöhne zu erringen. Die Sozialdemokratie sorge dafür, daß die Arbeiter keinen Sparpfennig zurücklegen dürften (allgemeine Zustimmung bei der Mehrheit), sie wollen gerade die Not, weil sie Agitationsstoff brauchen (Gelächter bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei der Mehrheit.)

Nach dieser Glanzleistung, die die intimsten Gedanken der bürgerlichen Mehrheit aufdeckte, wurde schleunigst Schluß der Debatte gemacht. Genosse Nitzsche, der im Schlußwort dem antisemitischen Arbeiterfeind die gebührende Antwort erteilte, erhielt unter brüllendem Beifall der Mehrheit einen Ordnungsruf und dann wurden die Anträge der Sozialdemokraten samt und sonders abgelehnt und dafür der Antrag Thümmler angenommen, da der Arbeitslosen auf die Erwägungen des Sozialen Ausschusses vertröstet.

Die zahlreichen Arbeitslosen, die die Tribüne füllten, brachen während und nach der Abstimmung in stürmische Pfuirufe aus, so daß der Vorsteher mit der Räumung der Tribüne drohte. Es entstand allgemeiner Lärm und der Genosse Kühn, der den Zwischenruf machte: „Das war die einzig richtige Antwort!" erhielt auch einen Ordnungsruf. Die bürgerliche Mehrheit forderte lärmend die Räumung der Tribüne, was dem Genossen Fleißner zu dem Zwischenbemerkung Anlaß gab: „Weil Sie sich schämen." Unter wachsender Unruhe denunzierte dann noch ein nationalliberaler Stadtvater dem Vorsteher, daß Genosse Nitzsche in einem Zwischenruf das Verhalten des Kollegiums als skandalös bezeichnet habe, worauf den Sünder der zweite Ordnungsruf ereilte. In allgemeinem Lärm und großer Erregung endete die Beratung.

* * *

Ueber die Sitzung des Gemeindekollegiums von Nürnberg, über die wir schon kurz berichtet haben, werden uns noch bemerkenswertere Einzelheiten mitgeteilt. Es gab eine dreistündige Redeschlacht, da der Antrag des Magistrats, 150 000 M. für Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen, von nationalliberaler und freisinniger Seite heftig bekämpft wurde. Dabei plauderten die Gegner die intimsten Unternehmergeheimnisse aus. Der Freisinnige Heinrichsen betonte, für die Arbeitslosen zu sorgen sei lediglich Sache der Gewerkschaften, die Gemeinde dürfe nicht dazu die Hand bieten, **daß die Gewerkschaften ihre reichen Mittel aufsparten, um bei wieder eintretender guter Konjunktur Bewegungen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entfesseln zu können.** Noch unverhüllter kehrte der Nationalliberale Kühleißen den Scharfmacher heraus; er sprach von Arbeitsscheuen, die überhaupt nicht arbeiten wollen, wer arbeiten wolle, finde in Nürnberg immer noch Arbeit. Wenn wirklich Arbeitslose da seien, so käme das eben daher, daß die Unternehmer nur auf die schlechten Zeiten warten, um die Arbeiter hinauszuwerfen, denen sie das aus guten Gründen schon lange im stillen zugeschworen haben; **solchen Elementen schade es dann auch nichts, wenn sie eine Zeitlang arbeitslos seien.** Die freisinnigen und liberalen Herren wurden durch den einzigen im Kollegium sitzenden Konservativen, Dr. Seiler, beschämt, der erklärte, er trete für die Unterstützung ein, weil er aus seinem Berufe heraus wisse, daß viele Arbeitslose, die mit leichten Lungenerkrankungen usw. behaftet sind, Notstandsarbeiten nicht leisten können, weil die Beschäftigung im Freien bei Nässe und Kälte für ihren Körperzustand gefährlich sei. — Trotz dieses Zeugnisses von gewiß unverdächtiger Seite wurde der Antrag des Magistrats bekanntlich verworfen.

So sorgen die Satten dafür, daß die Hungerleider nicht allzu üppig werden! So erteilen sie den Proletariern Lektionen in Klassenbewußtsein!

Die Arbeiterfraktion und die Adreßdebatte.

London, 18. Februar. (Eig. Ber.) Unmittelbar nach Verlesung der Thronrede begann die Adreßdebatte. Im Namen der Konservativen sprach A. Balfour, im Namen der Arbeiterpartei Henderson. Letzterer sagte, seine Partei freue sich über den Versuch der Regierung, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland anzubahnen, sie sei aber gegen die Flottenvermehrung, und sie bedauere, daß die Thronrede keine gesetzgeberische Maßnahme betreffend Arbeitslosigkeit enthalte. Er kündigte deshalb an, daß seine Fraktion einen Zusatzantrag zur Adresse stellen werde, in dem sie ihr Bedauern darüber aussprechen werde.

Es ist hier zu bemerken, daß ein derartiges Amendement zur Adresse ein Mißtrauensvotum bedeutet, dessen Annahme den Rücktritt der Regierung zur Folge hat.

Der erste Redner in der Unterhaussitzung vom 17. d. M. war der Arbeiterabgeordnete Barnes, der folgendes Amendement zur Adresse stellte:

„Und wir drücken ergebenst unser Bedauern darüber aus, daß, angesichts der infolge von Arbeitslosigkeit vorhandenen Not, die Berater des Königs es für passend gehalten haben, Vorschläge zu machen, die weder die Wurzeln noch die Uebel der Arbeitslosigkeit zu treffen imstande sind."

Zur Begründung sagte Barnes: „Wir haben jetzt unter uns eine Armee von unbeschäftigten Arbeitern — eine See von Leuten, deren Wogen bis an die Tore des Parlaments schlagen —, die die ernsteste Aufmerksamkeit dieses Hauses auf sich lenken müßte. . . . Die Verantwortlichkeit ruht nicht nur auf der Regierung, sondern auf jedem Mitgliede dieses Hauses. Ich stoße keine Drohung aus, sondern konstatiere nur eine Tatsache, wenn ich sage, daß die Frage der Arbeitslosigkeit den ganzen Parlamentarismus auf die Probe stellt. Das Haus steht einer Frage gegenüber, deren wachsende Wichtigkeit alle anderen in der Thronrede aufgezählten Maßnahmen vollständig in den Schatten stellt. Der Präsident der Lokalregierung (John Burns) sagte uns gestern, daß er eine Vorlage betreffend Arbeiterbehausung einbringen werde. Würde das Parlament die Frage der Arbeitslosigkeit so behandeln, wie sie es verdient, dann würden die Arbeiter schon selbst für Behausung sorgen und sie hätten es nicht nötig, den Präsidenten der Lokalregierung zu belästigen. Dasselbe gilt von der Speisung der Schulkinder. Wäre nur das Hauptübel beseitigt — und es hätte erheblich gemildert werden können, wenn das Haus die Arbeitslosenvorlage angenommen hätte — dann würden die Eltern schon für die Ernährung ihrer Kinder sorgen, ohne den Staat zu Hilfe rufen zu müssen. Die Arbeiterfraktion ist von der Größe der Arbeitslosenfrage so tief überzeugt, daß sie nicht ruhig zusehen kann, wie das Parlament seine Zeit und seine Kraft viel unwichtigeren Angelegenheiten zuwendet. . . . Da wir keine Arbeitslosenstatistik haben, ist es unmöglich, mehr zu tun, als Schätzungen anzugeben. Allein jeder weiß, daß Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die wichtigste Seite der Frage ist doch das Zugrundegehen von Menschen, das sich vor unseren Augen abspielt. Jeder Schritt abwärts auf der wirtschaftlichen Leiter bedeutet da eine Stufe tiefer auf der sittlichen und intellektuellen Leiter.

„Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist das Privateigentum von Grund und Boden. Dann das Privateigentum an den industriellen Produktionsmitteln. Die anarchische Produktionsweise erzeugt ein Auf und Ab des Wirtschaftslebens, aus dem die Arbeitslosigkeit entspringt. Gegenüber derartige Erscheinungen helfen alle sittlichen und technischen Qualifikationen der Arbeiter nichts. In Großbritannien nimmt die Zahl der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter ab, während die Zahl der dienenden Personen zunimmt. Wir werden eine Nation von Lakaien. . . .

„Was kann unter solchen Umständen eine Organisation der Arbeitsnachweise nützen? Die Arbeiterfraktion hat deshalb vorgeschlagen: Aufforstung brachliegender und geeigneter Ländereien, Kürzung der Arbeitszeit, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Reinigung und Indetriebsetzung der Wasserwege usw. Und da die Regierung sich noch immer mit viel kleineren Angelegenheiten abgibt, so beantragt die Arbeiterfraktion das oben erwähnte Amendement."

Der Arbeiterabgeordnete O'Grady unterstützte das Amendement und ging auch auf die Frage von Freihandel und Schutzzoll ein. Er wandte sich besonders gegen die Behauptung der Tarifreformer, daß Schutzzoll die Lage der Arbeiter verbessern könnte. Es sei wohl trotzalledem möglich, daß ein Teil der Arbeiter sich aus Verzweiflung für den Schutzzoll erklären werde, aber es sei sicher, daß die Betrogenen sich dann um so eifriger dem Sozialismus zuwenden werden. Redner schloß mit der Ankündigung, daß er jedes Mittel der Geschäftsordnung anwenden werde, die Arbeitslosenfrage vor das Parlament zu bringen.

Es sprachen sodann im selben Sinne die Arbeiterabgeordneten Brace, Summerbell, Crooks und Hardie, während Burns, Churchill, Cox und Fenwick gegen das Amendement sprachen. Die Arbeiterfraktion ließ über das Amendement abstimmen, das mit 205 gegen 101 Stimmen verworfen wurde.

Aus den Reden der Regierungsvertreter ging jedoch hervor, daß die Regierung einen Plan für Arbeitslosenversicherung vorbereitet.

* * *

Der Bericht der königlichen Kommission über Armengesetzgebung und Linderung von Notstand ist gestern abends erschienen. Er enthält 1238 Folioseiten, von denen über 500 dem Minderheitsbericht gewidmet sind. Wir werden ihn demnächst an dieser Stelle besprechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1909

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Bei der Beratung der Steuergesetze im Abgeordnetenhause hat die kleine sozialdemokratische Landtagsfraktion ihren ersten positiven Erfolg errungen. Handelt es sich dabei auch um keine weltbewegende Frage, so ist doch das Faktum wohl der Erwähnung wert. Nach den Kommissionsbeschlüssen sollten nämlich im Gebiete des Dreiklassenwahlsystems für den Staat und für die Gemeinden die auf Grund des Kinderprivilegs gewährten Abzüge sowie die Zuschläge zu den Steuern bei der Berechnung für Wahlzwecke außer Betracht bleiben. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmung auch auf die Orte auszudehnen, wo kein Dreiklassenwahlsystem, sondern ein Zensuswahlrecht eingeführt ist, und sie erreichten, daß ihr Antrag, den Genosse Hirsch begründete, trotz der Bekämpfung durch die Konservativen und durch die Regierung gegen die Stimmen der äußersten Rechten zur Annahme gelangte.

Dagegen fand ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung des § 23 des Einkommensteuergesetzes in seiner früheren Fassung, d. h. auf Beseitigung der Pflicht der Arbeitgeber zur Auskunfterteilung über die Löhne ihrer Arbeiter, keine Gnade vor den Augen der Mehrheit; nur Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Freisinnige stimmten dafür.

Im übrigen erfolgte die Annahme der Steuervorschläge, wie vorauszusehen war, im wesentlichen nach dem in der Kommission abgeschlossenen Kompromiß. Nur zweimal versuchten Anhänger des Kompromisses, für sich eine Extrawurst zu ergattern. Das eine Mal war es das Zentrum, das eine andere Einschätzung des land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundbesitzes verlangte. Wie dreist die agrarische Forderung war, kann man am besten daraus ersehen, daß nicht nur die Rechte nicht mitmachen wollte, sondern daß sogar der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben sich mit ganz ungewohnter Schärfe gegen die Anregung wandte.

Den zweiten Mißton in die Harmonie der bürgerlichen Parteien brachte der konservative Antrag, auch für 1908 nachträglich Steuerzuschläge zu erheben. Die Linke und das Zentrum betrachteten das als Wortbruch und stimmten denn auch den Antrag nieder.

Für den sozialdemokratischen Antrag auf Befreiung der Einkommen bis zu 7000 M. von den Steuerzuschlägen stimmten außer den Antragstellern nur noch die Polen, für den freisinnigen Antrag auf Freilassung der Einkommen bis zu 3000 M. auch noch die beiden freisinnigen Parteien. Als aber ihr Antrag abgelehnt war, da stimmten die Freisinnigen in holder Eintracht mit Nationalliberalen, Zentrum, Freikonservativen und Konservativen für die Zuschläge auf alle Einkommen von 1200 Mark ab! Schließlich wurden auch die anderen Vorschläge der Kommission mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Die Debatte, die sich im allgemeinen streng an die steuertechnischen Fragen hielt, wurde nur einmal auf das allgemein-politische Gebiet hinübergelenkt. Der Abgeordnete Dr. Röchling (natl.) hielt es für angebracht, mit den Sozialdemokraten anzubinden. Er erreichte aber nichts weiter, als daß Genosse Hirsch Gelegenheit fand, nochmals kurz die Stellung der Sozialdemokraten zu präzisieren und der Bourgeoisie ihre schwächliche Haltung im Kampfe gegen das Kreiklassenwahlsystem vor Augen zu führen.

Nach Erledigung der Steuergesetze begann die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, den die Konservativen und das Zentrum zu einem Vorstoß gegen den Professor Plate von der landwirtschaftlichen Hochschule wegen dessen bei der letzten Kaiser-Geburtstagsfeier bekundeten monistischen Weltanschauung mißbrauchten. Auch der Landwirtschaftsminister v. Arnim erklärte, daß er das Auftreten des Prof. Plate nicht billigen könne. In Preußen ist eben nur die obrigkeitlich genehmigte Wissenschaft frei.

Montag: Fortsetzung.

Zwangsarbeit.

Die Redaktion der „Korrespondenz des Bundes für Landwirte" hat in ihrer Weisheit ein Mittel entdeckt, wie der durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise hervorgerufenen Arbeitslosigkeit und Wanderbettelei gesteuert werden könnte. Ein Landwirt aus Schleswig-Holstein beklagt sich nämlich in der Korrespondenz, daß zurzeit die Wanderbettelei auf dem Lande zu einer „förmlichen Landplage" würde; oft sprächen 30 bis 40 Bettler an einem Tage auf einem Bauernhof vor, da die Polizei viel zu nachsichtig gegen die Frechheit der Bettler wäre. Als Mittel der Abhilfe empfiehlt der ehrenwerte Notleidende, daß die Bettler aufgegriffen und zwangsweise nach dem Ort transportiert würden, wo sie ihren Unterstützungswohnsitz hätten. Der Redaktion genügt dieses Mittel nicht. Sie meint:

„Das zwangsweise Abschieben der aufgegriffenen Bettler nach dem Heimatsort würde doch gewaltige Kosten verursachen, namentlich, wenn es den Leuten freisteht, ihre zwangsweise unterbrochene Wanderschaft sofort von neuem aufzunehmen. Nach unserer Ansicht würde es zweckdienlicher sein, alle arbeitsfähigen Bettler und Vagabunden von Staats wegen zur Arbeitsleistung zu zwingen. Bei den großen Kanalbauten, in den großen Forsten und bei Meliorationsarbeiten in den ausgedehnten Moorgebieten usw. gibt es überall auch im Winter Arbeitsgelegenheit. Nach der nächstgelegenen dieser Arbeitsstätten müßten die Vagabunden transportiert, dort untergebracht und zur Arbeit unter strenger Aufsicht angehalten werden. Dadurch könnte nach jeder Richtung hin sehr viel Segen geschaffen werden."

Der schöne Vorschlag zeugt zur Genüge von der Humanität und „Arbeiterfreundlichkeit", die die auf Volkskosten künst-

lich erhaltenen Herren „Landwirte“ beseelt. Durch die „göttliche Weltordnung“, die kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihren Krisen wird der Arbeiter aufs Pflaster geworfen. Brotlos irrt er von Fabrik zu Fabrik und sucht Arbeit, um für sich und die Seinen das zum Leben Nötigste beschaffen zu können. Doch nirgends findet er Arbeit, und nun entschließt er sich, nachdem ihm das Elend in grauenhaftester Gestalt entgegenstarrt, zum Betteln. Damit hat er nach der Ansicht der agrarischen Wortführer sein Recht auf Freiheit und Selbständigkeit verwirkt. Obgleich er die heutige Wirtschaftsweise verwirft, hat er doch ruhig deren Folgen auf sich zu nehmen und mit den Seinen geduldig zu hungern, wenn es nötig sein sollte, auch zu krepieren. Will er das nicht, dann hat der fürsorgliche Staat ihn einfach aufzugreifen, nach irgendwelchen Moorgegenden zu transportieren und dort unter „strenger Aufsicht“ zur Arbeit anzuhalten — natürlich gegen möglichst kargen Lohn.

Eine prächtige Weltordnung!

Kirche und Karneval.

Im heiligen Köln tobt seit Neujahr der **Karneval**, eine ununterbrochene Folge von Maskeraden, Ballfesten und Gelagen. Und wenn auch nicht ganz so wild, so geht's doch auch in den übrigen Städten des frommen Rheinlandes, in Aachen, Bonn, Trier usw. in dieser Zeit ganz munter zu. Die Kirche gestattet ihren Gläubigen einen Sündenrausch; kettet doch der darauf folgende Katzenjammer die frommen Büßer desto fester an die verzeihende Mutter Kirche, deren strafende Hand nicht allzu schwer auf den Sündern lastet, wenn diese nur reuigen Herzens und guten Willens sind, bis zur nächsten Versuchung nicht wieder zu sündigen.

Wie weit die Kirche in ihrer Liebe der sündigen Menschheit entgegenkommt, zeigt die Ankündigung der katholischen Blätter in **Trier**, daß an den bevorstehenden drei Fastnachtstagen in der Kirche zu Unserer lieben Frauen ein **vierzigstündiges Gebet** stattfindet. Diese Feier — so lesen wir in der „Trierischen Landeszeitung“ — wurde vor Jahrhunderten von den Marianischen Bürger-Sodalität eingeführt. Früher in der Jesuiten-Kirche abgehalten, findet sie seit Anfang vorigen Jahrhunderts in der Liebfrauenkirche statt. Die Feier wurde eingeführt als Sühne **für die vielen Sünden und Beleidigungen, welche ganz besonders während der drei Fastnachtstage** dem im Allerheiligsten Altarssakramente verborgenen Gottmenschen zugefügt werden und zugleich als **Bitte für die zahlreichen Seelen, welche gerade während dieser Tage in Gefahr kommen.**

Die frommen Trierer haben es, wie man sieht, besonders gut. Sie können die drei Karnevalstage lustig und guter Dinge sein. Während sie sündigen, übernehmen aufopfernde Seelen, für die Vergebung aller Karnevalssünden zu beten. Die Kirche könnte sich nun zwar verdienter um die Moral machen, wenn sie für die Abschaffung des Karnevals einträte, der ungeheure Verwüstungen am leiblichen, geistigen und sittlichen Wohl der rheinischen Bevölkerung anrichtet. Aber dem steht das Interesse der frommen Krämer-Wirte und anderer mittelständischer Staats- und Kirchenstützen entgegen, die am Karneval zu verdienen suchen. Somit bleibt's also beim Karneval, bei dem alle auf die Kosten kommen: die Kirche, die sich die frommen Sünder verpflichtet, das Volk, das unter dem Narrenschutz sündigen darf und endlich alle diejenigen, die von der Ausnutzung und Verstimpelung der Masse leben. —

Der Neunstundentag in den württembergischen Staatsbetrieben.

Auf unablässiges Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages ist vor einigen Jahren in den Staatswerkstätten der Neunstundentag eingeführt worden. Als der Antrag gestellt wurde, erhob die Regierung großes Wehklagen über die Mehrbelastung des Etats, die hierdurch eintreten würde. Der damalige Regierungsvertreter sprach von 2 215 000 M. einmaligen Ausgaben für Neubauten und Anschaffungen und einem jährlichen Mehraufwand von 675 000 M. Trotz dieses Klageliedes wurde der sozialdemokratische Antrag erfreulicherweise angenommen und der Neunstundentag eingeführt. Jetzt hat nun die Regierung der Finanzkommission des Landtages Bericht über die Durchführung des Beschlusses erstattet. Wir entnehmen diesem Bericht:

Bei der Stücklohnarbeit habe sich die Befürchtung, daß ein Mehraufwand nötig sei, **nicht erfüllt. Die Leistung der Arbeiter sei gestiegen.** Bei den Stücklohnarbeitern sei weder eine Vermehrung der Arbeiter noch ein Mehraufwand an Löhnen eingetreten. Bei den Zeitlohnarbeitern sei dies zwar der Fall, doch könne die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung hierauf nicht genau festgestellt werden, da gleichzeitig Verkehrssteigerungen und Betriebsausdehnungen stattgefunden hätten. **Der gesamte Mehraufwand durch den Neunstundentag sei auf jährlich etwa 70 000 M. anzunehmen.**

Mit diesem Berichte vergleiche man das Schreckgespenst, das die Regierung an die Wand gemalt hatte! **Die Neubauten**, die fast 2¼ Millionen Mark kosten sollten, sind **überhaupt nicht erfolgt**, und der jährliche Mehraufwand beträgt gerade **den zehnten Teil** dessen, was die Regierung kalkuliert hatte. Danach kann man den Wert solcher Regierungseinschätzungen im allgemeinen bemessen.

Die wichtige Position.

Nicht geringe Ueberraschung gab es am Freitag im **Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt**, als die Finanzkommission bei der Beratung des Staatshaushaltsetats beantragte, die mit 900 M. angesetzte Position „**Orden**“ **zu streichen**. Der Referent, Abg. **Kirsten** (Bund der Landwirte), motivierte die Ablehnung mit der sehr vernünftigen Ansicht, daß, wer Orden verschenken will, diese auch bezahlen soll. Sofort erhob sich der Staatsminister, Freiherr v. d. **Recke**, um in beweglichen Worten die Wichtigkeit gerade dieser Position zu schildern. Würde der Posten nicht bewilligt, dann würde **die Regierung den ganzen Etat ablehnen.** Unser Genosse **Hartmann** kennzeichnete gebührend diese Sorte Regierungspolitik, die sich nicht scheut, wegen einer höchst überflüssigen Ordensposition den ganzen Staatshaushalt in Frage zu stellen. Bei den bürgerlichen Abgeordneten wirkte aber die Drohung des Staatsministers. Mit der knappen Majorität von 8 gegen 7 Stimmen wurden die Ausgaben für die Orden schließlich bewilligt. — Außer unseren Genossen besaß nur ein bürgerlicher Abgeordneter so viel Rückgrat, die Position abzulehnen.

Eine lebhafte Wahlprotest-Debatte

hatte der weimarische Landtag am Freitag. Trotzdem der Landtag im letzten Jahre seiner dreijährigen Tätigkeit angelangt ist, konnte jetzt erst über den Wahlprotest verhandelt werden. Im Wahlgesetz und auch in der Geschäftsordnung für den Landtag befindet sich keine Bestimmung darüber, innerhalb welcher Zeit ein Wahlprotest eingereicht werden muß. Dieser Umstand ermöglichte es unseren Genossen in Ilmenau, lange nach der Wahl, als sie dahintergekommen waren, daß man einfach einer größeren Anzahl Personen das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zum Landtage erteilt hatte, einen Protest einzureichen. Hatten doch Personen das Wahlrecht erhalten, die nicht einmal die Voraussetzung zur Erwerbung des Bürgerrechtes erfüllt hatten. Die Tatsache stand fest. Die höhere Verwaltungsbehörde mußte sogar auf erfolgte Beschwerde verfügen, daß eine Anzahl Personen wieder aus dem Bürgerbuche gestrichen werden mußten. Der Wahlprüfungsausschuß empfahl trotzdem die Gültigkeit der Wahl. Genosse Baudert stellte den Antrag auf Ungültigkeit der Wahl. Es sei in Ilmenau systematisch gemogelt worden. Man habe einfach eine Korrektur des Glückes vorgenommen, nur um den Sieg der bürgerlichen Parteien zu ermöglichen.

Aber es half alles nichts; der ganze Block, vom Freisinn bis zu den Agrariern stimmte geschlossen gegen die drei Sozialdemokraten für die Gültigkeit des auf so wunderbare Weise zustandegekommenen Mandats. —

Die Balkankrise.

Eine Intervention.

Paris, 20. Februar. Einer offiziösen Mitteilung zufolge hatte Minister des Auswärtigen **Pichon** vorgestern, gestern und heute mit den Botschaftern von **England, Italien, Deutschland** und **Rußland** längere Unterredungen über die **Orientfrage**. Der „Temps“ meldet, daß in diesen Unterredungen die Möglichkeit erörtert wurde, gemeinschaftliche Ratschläge zur Beilegung des Konfliktes zwischen **Oesterreich-Ungarn** und **Serbien** zu erteilen. Angesichts des Ganges der Ereignisse sei es denkbar, daß eine solche gemeinsame Aktion, falls sie tunlich erscheine, einen allgemeinen Charakter erhielte.

Frankreich.

Differenzen wegen des Flottenbaues.

Paris, 20. Februar. Im **Ministerrat** gab Minister des Aeußern **Pichon** Erklärungen über die auswärtige Lage ab. Minister der öffentlichen Arbeiten **Barthou** und Finanzminister **Caillaux** zeichneten in großen Linien den Gesetzentwurf über die **Alterösversorgung** der Arbeiter und Beamten der Eisenbahnen. Caillaux verlas ferner seinen Bericht über die **Vorschläge des Marineministers**. Er erkennt darin die Notwendigkeit neuer Aufwendungen für die Marine an, wünscht jedoch nur die **Hälfte** der von Picard geforderten Kredite bewilligt. Picard wird am Donnerstag antworten. Er scheint zurzeit **nicht geneigt**, auf eine Herabsetzung der Kredite einzugehen.

England.

Keine Parlamentsauflösung.

London, 19. Februar. Minister **Haldane** erklärte in einer Rede, die er heute in Bishop Auckland hielt, daß die Regierung das **Parlament** so lange **nicht auflösen** werde, wie sie einer großen Mehrheit im Unterhause sicher sei.

Serbien.

Die Ministerkrise.

Belgrad, 19. Februar. Die drei **jungradikalen Minister** Glasvinitsch, Sawtschitsch und Timotjevitsch überreichten heute abend dem Könige ihre **Demission**. Die **altradikale Partei** hat die **Jungradikalen** aufgefordert, an Stelle der zurückgetretenen drei Minister **neue Kandidaten** zu nominieren. Die Jungradikalen haben beschlossen, das Kompromiß mit den Altradikalen unter keiner Bedingung mehr zu verlängern.

Amerika.

Eine Weltkonferenz.

Washington, 19. Februar. Präsident **Roosevelt** kündigte an, es würden unverzüglich an 45 Staaten Einladungen zu einer **Weltkonferenz** ergehen, die im September d. J. im Haag stattfinden und über Maßregeln zur **Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen** dieser Staaten beraten soll.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von W. **Pfannkuch** u. Co. (Verlag der „**Volksstimme**“) zu **Magdeburg**, Gr. Münzstr. 7, ist erschienen:

Vereins- und Versammlungsrecht. Eine Anleitung zum praktischen Gebrauch mit Beispielen und Formularen. Von H. **Beims**. Preis 25 Pf. Der Verfasser gibt in kurzen Artikeln Anweisung für das Verhalten im einzelnen Falle. Dabei sind gelehrte Auseinandersetzungen vermieden. Soweit die Landesgesetzgebung in Frage kommt, sind die **preußischen** Verhältnisse besprochen.

Im Verlage der **Buchhandlung der sozialistischen Partei Frankreichs**, Paris, Rue de la Corderie 18, erschien:

Le Parti Socialiste et la Guerre (Die sozialistische Partei und der Krieg). Preis 10 Centimes.

Die Broschüre gibt eine Rede wieder, die der Deputierte Genosse **Pressensé** am 28. November 1908 in der Kammer bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen gehalten hat.

Im Verlage des **Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes**, Joh. Michaelis, Berlin O. 17, erschien:

Gemeinde und Alkohol. Aufgaben der Gemeindepolitik im Kampfe gegen den Alkoholismus. Von Ernst **Mehlich**-Stettin. 48 Seiten. Preis 1 M. Billige Ausgabe Preis 25 Pf.

Von der Parteipresse. Die **Breslauer „Volkswacht“** verzeichnet in ihrem Jahresbericht für 1908 einen kleinen, infolge der großen Arbeitslosigkeit (über 10 000 Arbeitslose wurden einmal gezählt!) entstandenen Rückgang der Abonnenten, dagegen eine Zunahme der Einnahmen aus Inseraten und dem Buchhandel. Die Einnahme aus dem Abonnement und Buchhandel betrug 1908: 284 866,50 M. (weniger 8800,91 M.), aus Inseraten 91 584,54 M. (mehr 5330,64 M.), aus der Tageskasse 6038,80 M. (mehr 2139,63 M.). Unter den Ausgaben figuriert an größeren Posten: Druckrechnung 210 625,84 M. (mehr 2566,04 M.), Buchhändler 19 985,80 M., Porto 15 045,00 M., Gehalt für die Redaktion 14 600,50 M., Gehalt für Expedition 10 918 M., für Mitarbeit 12 787,75 M. (mehr 3618,96 M.), für Agitation, für die Werbung neuer Abonnenten und Inserenten 1819,24 M., an Strafen und Kosten wurden ausgegeben 4162,19 M., das sind gegen 1907 2158,82 M. weniger. Für's neue Jahr 1909 sind aber bereits wieder zirka ein Dutzend Prozesse in der Schwebe. Da es der Geschäftsleitung gelungen ist, nicht nur die Schulden abzustoßen sondern auch noch einen Fonds von über 40 000 M. anzusammeln, ist der Gedanke an die Errichtung einer **eigenen Druckerei** im eigenen Heim in greifbare Nähe gerückt. Die Zahl der Abonnenten, die vor fünf Jahren noch 14 000 betrug, ist auf 30 000 gestiegen.

Unsere Toten. In **Hamburg** starb ein Veteran der Partei, der Genosse Johann **Staningk** im Alter von 57 Jahren. Er hat sich besonders in der Gewerkschaftsbewegung betätigt. Als Jüngling trat er anfangs der 70er Jahre in Wilhelmshaven dem Allgemeinen deutschen Maurerverein bei, und bald darauf wurde er in Hamburg Bevollmächtigter des Maurer- und Steinhauerbundes, dann Mitbegründer des Hamburger Maurerfachvereins, Mitglied der Agitationskommission und der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, Mitbegründer und Herausgeber des „Grundstein“ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Ueber der Gewerkschaft hat Johann Staningk die Partei nicht vergessen. Ein verdienter Kämpfer ging in ihm dahin.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Mangelnde Befähigung.

Mit Behagen verbreitet die Ordnungspresse folgende Meldung der „Frankfurter Zeitung“: **Gotha**, 20. Februar. Der Wahl des **sozialdemokratischen Bürgermeisters Ehrhardt** in **Ichtershausen** wurde die **Bestätigung versagt**. Als Grund wurde Mangel an besonderer Befähigung angegeben.

Es muß natürlich heißen: Mangel an besonderer Befähigung zum Hurrapatriotismus und sogenannter „guter Gesinnung“

Eine Ehrenerklärung. Bei den letzten Gemeindewahlen in **Offenbach** hatte der nationalliberale Stadtverordnete Böhm den sozialdemokratischen Stadtverordneten Falke und Stadtmüller nachgesagt, sie benutzten ihr Stadtverordnetenmandat zur persönlichen Bereicherung. Das Schöffengericht sprach den Beleidiger frei. Vor der Berufungsinstanz in Darmstadt kam ein **Vergleich** zustande, in dem der Angeklagte Böhm ausdrücklich erklärte, die beiden Kläger hätten sich **nichts Ehrenrühriges** zuschulden kommen lassen.

Strafkonto der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung eines Reichsverbändlers wurde Genosse **Hey** von der „**Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung**“ zu **Kiel** zu 150 M. **Geldstrafe** verurteilt.

Die Ehre eines Gelben soll der Genosse **Deifel** von der „**Bergischen Arbeiterstimme**“ zu **Solingen** verletzt haben. Das Schöffengericht zu **Opladen** brannte ihm dafür 300 M. **Geldstrafe** auf. Die „Berg. Arbeiterstimme“ hatte sich lediglich gegen ein von den Gelben herausgegebenes, von Gemeinheiten strotzendes Flugblatt gewehrt. Auf die Widerklage, die Deifel auf Grund dieses Flugblattes erhob, wurde der Gelbe zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Jugendbewegung.

Erklärung.

Zu den Nachrichten der bürgerlichen Presse über **beabsichtigte Straßendemonstrationen der Jugendlichen** aus Anlaß der für Sonntag in Kellers Festsäle einberufenen **Protestversammlung** gegen die neuen Lehrlingsvorschriften der Handwerkskammer, erklärt der unterzeichnete Vorstand, daß diese Nachrichten **vollständig erlogen sind**. Vielleicht ist es der Wunsch gewisser Kreise, die Jugendlichen vor die Polizeisäbel zu treiben. Die Jugendlichen haben aber **nie daran gedacht**, Straßenumzüge zu machen.

Der Vorstand des Vereins der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend
Fritz Maschke, Vorsitzender.

Gewerkschaftliches.

Was geht im Ruhrkohlenrevier vor?

Seit einigen Wochen haben wir eine latente Krisis im Ruhrkohlengebiet. Unter der Arbeiterschaft macht sich eine begreifliche Erregung bemerkbar, die durch das Grubenunglück in Hamm erneute Nahrung gefunden hat und im übrigen fortgesetzt durch das Verhalten der Zechenbesitzer und der Bergbehörden gegenüber den Wünschen der Arbeiterschaft geschürt wird. In diesen Tagen ist zu all den aufreizenden Momenten ein neues getreten: die Arbeiterentlassungen auf verschiedenen Zechen, die Stillegung der kleineren Betriebe und die Einlegung von reichlichen Feierschichten auf den größeren Zechen.

Der „Bergarbeiter-Zeitung“ gingen allein an zwei Tagen darüber folgende Mitteilungen zu: „Auf **Dahlhauser-Tiefbau** ist etwa 30 Mann der Belegschaft gesagt worden, daß sie sich kündigen möchten, auf **Mansfeld** ist einer großen Anzahl dasselbe gesagt worden. Auf Zeche **Friedrich der Große** ist etwa 200 Mann gekündigt bezw. die Kündigung angesagt worden. Gekündigt wurde ferner auf **Konstantin I** u. **II** 50 Mann, auf **Heinrich-Gustav** 50, nach einer anderen Meldung sogar 100 Mann, auf **Caroline und Vollmond** 60 Mann, auf **Prinz v. Preußen** 50 Mann (nach anderer Meldung 36 Mann), auf **Neu-Iserlohn II** 105 Mann, auf **Siebenplaneten** 50 Mann, auf **Bruchstraße** 22 Mann, auf **Engelsburg** 28 Mann, auf **Schwerin** 29 Mann, auf **Wiendahlsbank** 19 Mann, auf **Zollverein IV** und **V** 54 Mann.“

Typisch dabei ist die Art und Weise, wie die Zeche „Friedrich der Große“ sich zu ihren Arbeitern gestellt hat. Mehrere hundert Mann sind am 15. Februar aufgefordert worden, ihre Kündigung per ultimo des Monats einzureichen, oder, wie die Zechenverwaltung sich offiziell auszudrücken beliebte, es ist den Leuten „nahegelegt“ worden, sich nach anderer Arbeit umzusehen, da sie sonst entlassen werden müßten. Die Zeche will also, indem sie die Arbeiter zur Kündigung auffordert, das Odium von sich wälzen, als habe sie vierhundert Mann entlassen; es heißt eben, die Leute haben die Arbeit aufgesagt. An den Tatsachen ändert die Wortklauberei natürlich nicht das mindeste. Es ist und bleibt unbestritten, daß die Zechen Arbeiterentlassungen im größeren Umfange vornehmen und daß überall das Bestreben herrscht, den Betrieb einzuschränken. Dazu muß man sich zunächst vor Augen halten, daß im oberschlesischen Kohlenbezirk derartige Maßnahmen nicht getroffen werden, daß die Zechen vielmehr übereinstimmend erklären, sie seien zu Arbeiterentlassungen nicht genötigt und daß einzelne von ihnen, so die Donnersmarckhütte, sogar mehr Arbeiter einstellen. Es handelt sich also lediglich um Manöver im westlichen Deutschland, **im Zentrum des Kohlensyndikats.**

Gerade in diesem Augenblicke erläßt die Handelskammer Bielefeld ein Zirkularschreiben, in welchem sie die Kohlenverbraucher auffordert, sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Uebermacht der Kohlenhandelsgesellschaften zusammenzuschließen, mit Zechen, die außerhalb des Syndikats stehen, Verhandlungen einzuleiten und die Deckung des Bedarfs von diesen Zechen zu bewirken. Der Grund zu diesem Vorgehen ist in dem mangelnden Entgegenkommen zu suchen, welches die Kohlenhandelsgesellschaft den Abnehmern beweist. Auch in der neuen Kampagne sind die hohen Preise beibehalten worden, obwohl sich die Klagen der Verbraucher über die Härten des Preiskurants mehren und obwohl bereits wiederholt festgestellt worden ist, daß deutsche Kohle vom Syndikat billiger nach dem Auslande abgegeben worden ist, als nach den heimischen Verbrauchsstätten. Es ist zu wünschen, daß das Vorgehen der Bielefelder Handelskammer Erfolg hat und daß es nicht vereinzelt bleibt, denn in diesem Augenblicke beweisen die Zechen des Ruhrbezirks aufs neue klar und deutlich, daß sie nicht gewillt sind, Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher zu nehmen, sondern daß sie lediglich in ihre eigene Tasche arbeiten wollen. Diesen einzigen Zweck haben die Arbeiterentlassungen, die Feierschichten und die Stillegung der kleineren Betriebe, deren Erträge den Zechenbesitzern nicht hoch genug sind.

Es ist richtig, daß der Kohlenverbrauch im allgemeinen nachgelassen hat, da die Hauptabnehmerin, die Eisenindustrie, unter einer anhaltenden Ungunst der Marktverhältnisse leidet. Infolgedessen sind auch die Vorräte bei den Zechen größer geworden, als

sie sonst um diese Jahreszeit zu sein pflegen. Würden die Zechen ihre normale Förderungsweise beibehalten, so würde naturgemäß der Vorrat weiter steigen und es müßte ein mehr oder weniger erheblicher Preisnachlaß eintreten, um Angebot und Nachfrage wieder in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Damit wäre allerdings der kohlenverbrauchenden Industrie ein wesentlicher Vorteil geboten, aber eben dies paßt nicht in die Rechnung der Zechenbesitzer, denn an niedrigeren Preisen verdienen sie nicht soviel, wie an den jetzigen hohen. Es ist also das Bestreben der Syndikatsleute, den Preis hochzuhalten, und zwar **selbst mit zweifelhaften Mitteln.** Läßt die Nachfrage nach, so wird die Förderung soweit eingeschränkt, daß trotzdem noch eine Art Kohlennot erzeugt wird; reicht die prozentuale Einschränkung der Förderung noch nicht aus, so werden Feierschichten eingelegt, schließlich ganze Zechen stillgelegt und Hunderte von Arbeitern davongejagt, nur damit der Verdienst der Zechenherrn nicht etwa um einen Pfennig gekürzt wird. Daß durch die Brotlosmachung so vieler Arbeiter auch die Industrie und das Gewerbe empfindlich geschädigt wird, kümmert die Herren durchaus nicht.

So liegen die Dinge augenblicklich und so ist die Rechnung der Zechenbesitzer. Es fragt sich nur noch, ob diese Rechnung nicht irgendwo ein Loch hat. Der Bergarbeiterverband tut was er kann, das Vorhaben gewisser Scharfmacher zu durchkreuzen. Es könnte darüber hinaus etwas getan werden, wenn die kohlenverbrauchenden Industrien sich in der von Bielefeld angeregten Weise zusammenschließen und energisch versuchen, die Syndikatszechen von den künftigen Lieferungen auszuschließen. Man müßte dabei vielleicht zu einem Teile das Ausland heranziehen, aber selbst das wäre noch zu verteidigen, wenn es dadurch gelingt, den Uebermut der Syndikatsleute zu brechen und wieder normale Kohlenpreise in Deutschland zu erreichen. Es wird indessen notwendig sein, die Maßnahmen zu einem solchen Kampfe recht bald zu treffen und für die Deckung des Bedarfes zu sorgen, denn die Arbeiterverhältnisse im Ruhrbezirk können in absehbarer Zeit zu einem allgemeinen Ausstand führen, der die kohlenverbrauchenden Industrien sehr schwer treffen würde, wenn sie nicht vorher ihren Bedarf geregelt und eingedeckt haben. Der Kampf, der da ausbrechen würde, geht nicht um Lohndifferenzen, sondern er geht gegen das ganze System, er geht um die Sicherheit der Arbeiter und gegen die groben Nachlässigkeiten, die ein Reden- und Radbodunglück verschuldet haben, und die jeden Tag ein ähnliches oder noch schlimmeres Unglück verursachen können. In diesem Kampfe werden daher die Sympathien nicht auf seiten der Zechenbesitzer sein, denn diese haben es durch ihre Preispolitik und durch ihr ganzes Verhalten gegenüber den Verbrauchern verstanden, sich jede Teilnahme zu verscherzen. Es mag sein, daß ein solcher Krieg nicht mit einem vollem Siege der Arbeiter endet; das eine steht jedenfalls schon heute fest, daß er die empfindlichste Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens mit sich bringen und weit über den eigentlichen Kampfbezirk hinausgreifen würde. Ob es richtig ist, die Arbeiterschaft ins äußerste zu treiben und sie durch andauernde Abweisung selbst der berechtigsten Forderungen zur Selbsthilfe zu zwingen, diese Frage wird kaum jemand bejahen können.

Die Vorgänge im Ruhrbezirk verdienen in jedem Falle die ungeteilte Aufmerksamkeit aller derjenigen, die mittelbar oder unmittelbar an einem solchen Kampfe interessiert sind. Es kann nicht gleichgültig bleiben, ob durch verfehlte Schroffheit einer einzelnen Interessengruppe so weitgehende Schädigungen der gesamten deutschen Industrie- und Gewerbezweige hervorgerufen werden, wie sie hier bevorstehen und aus diesem Grunde muß die Industrie schon jetzt gegen die drohende Gefahr zusammentreten. Das Kohlensyndikat ist allmählich ein Feind geworden, der energisch bekämpft werden muß, weil er bekämpft werden will. Also gilt es, rechtzeitig die Waffen bereitzuhalten.

Berlin und Umgegend.

Die Krise und die Maschinenformer.

In den Eisengießereien bestehen gegenwärtig **recht drückende** Arbeitsverhältnisse für die Maschinenformer. Ueberall wird geklagt über Mangel an Arbeit, verringerte Löhne, unerhörte Konkurrenz aus der Provinz sowie in Berlin selbst und den andauernden schlechten Einfluß der Gelben auf die Arbeitsverhältnisse. In einer Versammlung, welche die Maschinenformer am Donnerstagabend in den Borussia-Sälen abhielten, wurde die Lage im allgemeinen sowie in den einzelnen Berliner Betrieben besprochen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft diktiert jetzt den Eisengießereien die Preise so niedrig wie nie zuvor, und der Druck, den die Arbeiter aushalten müssen, wird immer schwerer. In manchen Betrieben, wo es 1908 noch zu tun gab, ist es jetzt ziemlich still geworden. Von den Maschinenformern wurden im Gau Berlin am 15. April 1907 als beschäftigt 613 gezählt, am 15. April 1908 nur noch 464. Organisiert waren 438 im Jahre 1907, dagegen nur 330 im Jahre 1908. Dem Deutschen Metallarbeiterverband gehörten im Jahre 1907 an 312 Maschinenformer und 289 im Jahre 1908. Dem gelben Bund gehörten 92 Maschinenformer im Jahre 1907 an, im Jahre 1908 nur noch 63. Gegenwärtig ist die Zahl der Gelben wieder auf 100 angeschwollen, indem der Betrieb von Hartung in Moabit nach dem Streik mit Gelben besetzt worden ist. Diese sind aber mit den Verhältnissen bei Hartung jetzt auch sehr unzufrieden geworden und suchen neuerdings Anschluß an den Verband, weil es ihnen mit der Zeit klar wurde, daß der Verband die einzige Rettung ist, wenn sich Arbeiter vor immer größerer Ausbeutung schützen wollen. Auch von anderen Seiten mehren sich die Zeichen, daß die Gelben merken: sie sind für die Unternehmer zeitweilig ein Mittel, um den Verband zu bekämpfen und während dieser Zeit werden sie besser bezahlt und behandelt als sie selbst erwarten; ist aber der beabsichtigte Zweck erfüllt, dann werden sie rücksichtslos ausgebeutet und zu Boden getreten, denn dem Unternehmer kommt es allein auf die größtmöglichste Ausbeutung des Arbeiters an. Der Verband aber steht den bußfertigen Gelben mit Mißtrauen gegenüber und in allen Fällen wird zuerst verlangt, daß der gelbe Verein aufgelöst wird.

Eine schwere Konkurrenz haben die Berliner Maschinenformer von Torgelow in Pommern auszuhalten. Dort bestehen zahlreiche Eisengießereien und viele Aufträge gehen von Berlin dorthin, wo äußerst niedrige Arbeitslöhne gezahlt werden. — In einigen Betrieben hat man versucht, den Formern bei Lieferung von Ausschuß den Kernmacherlohn oder auch den Kernmachern den Formerlohn in Abzug zu bringen. Dagegen sollte jeder Arbeiter Stellung nehmen und beim Verbande melden, wo dergleichen vorkommt. Mit Nachdruck wurde in der Versammlung auf die Notwendigkeit eines einigen Vorgehens unter den Maschinenformern hingewiesen; die Agitation für den Verband müsse unausgesetzt betrieben werden.

Die Arbeiter der Kleinmotorenfabrik der A.-E.-G.

beklagen sich lebhaft über Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es geht ihnen, wie den Arbeitern anderer Großbetriebe auch: Weil zur Zeit eine allgemeine Krise herrscht, werden die Arbeitslöhne herabgesetzt und sonstige Verschlechterungen eingeführt, obgleich das betreffende Unternehmen gar nicht unter der Krise zu leiden hat. Die besonderen Beschwerden der Arbeiter aus der Kleinmotorenfabrik der A.-E.-G. wurden am Sonnabend in einer Betriebsversammlung zur Sprache gebracht. Es wurde berichtet, daß den Arbeitern schon seit längerer Zeit Herabsetzungen der Akkordlöhne aufgedrängt sind, so daß die heutigen Löhne 30 bis 40 Proz. niedriger sind als die früheren. Selbst die Lohnsätze welche ohnehin schon als sehr niedrig galten, sind noch weiter herabgesetzt worden. Als der Arbeiterausschuß deswegen mit der Direktion verhandelte, wurde ihm gesagt, wegen der Krise sei die Direktion nicht mehr in der Lage die früheren Löhne zu zahlen, sie werde sich vielleicht genötigt sehen, die Hälfte der Arbeiter wegen schlechten Geschäftsganges zu entlassen. Gegen die Behauptung, die A.-E.-G. leide unter schlechtem Geschäftsgang, spricht die Tatsache, daß sie im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 12 Millionen Mark erzielte. Da nun die Arbeiter bei den herabgesetzten Löhnen den früher üblichen Verdienst nicht mehr erreichen konnten, so wollte die Direktion die 8stündige Schicht auf 9 Stunden verlängern. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit sollte den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, etwas mehr zu verdienen, als sie in der üblichen Arbeitszeit bei den herabgesetzten Löhnen verdienen konnten. Aber die Arbeiter wollten von dieser „Fürsorge" nichts wissen. Wieder versuchte der Arbeiterausschuß, durch mehrmalige Verhandlungen mit der Direktion die Beibehaltung der Achtstundenschicht zu erlangen. Aber alle Bemühungen waren vergebens. Die Direktion verfügte, daß statt 8 Stunden 9 Stunden gearbeitet wird und dabei blieb es. Unter diesen Umständen sahen sich die Arbeiter genötigt, die Angelegenheit in einer Versammlung zu besprechen, um die öffentliche Meinung sowie die Behörden, welche zur Kundschaft der A.-E.-G. gehören, aufmerksam zu machen auf das unsoziale Verhalten der Direktion. Eine Resolution folgenden Inhalts wurde angenommen:

> Die Versammlung verurteilt die Maßnahmen der Direktion der Kleinmotorenfabrik der A.-E.-G., denn diese Maßnahmen stellen eine durch nichts gerechtfertigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dar. Dadurch hat die Direktion bewiesen, daß sie eine falsche Auffassung von ihren sozialen Pflichten den Arbeitern gegenüber und kein Verständnis für deren wirtschaftliche Lage hat. Die Arbeiter ziehen daraus die Lehre, daß sie von der Direktion nichts zu erwarten haben und verpflichten sich deshalb, mehr als bisher für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation zu sorgen.

Achtung! Bäcker und Konditoren!!

Wieder ist ein unerhörter **Ueberrumpelungsversuch** bei der **Gesellenausschußwahl** der „Konkordia"-Bäckerinnung geplant.

Zu morgen, **Montag, den 22. Februar, also morgen, nachmittags 3 Uhr,** ist in der heutigen Konkordia-Zeitung ganz plötzlich die Wahl des Gesellenausschusses anberaumt.

Obgleich der Obermeister Fritz Schmidt, Fruchtstr. 21, dem bisherigen Altgesellen versprach, den Wahltermin zweimal in der Innungszeitung bekanntzumachen, erfolgt dieser hinterhältige Ueberrumpelungsversuch, bei dem die Meister und Gesellen nicht einmal alle die statutenmäßig vorgeschriebenen 24 Stunden vor der Wahl Kenntnis vom Stattfinden derselben bekommen können, da viele erst Montag die Zeitung erhalten.

Man will eben um jeden Preis die Gelben, die fortgesetzt Verrat an den Gesellenintereßen üben, in den Gesellenausschuß hinein — „wählen" lassen.

Der Zweck heiligt da die Mittel.

Die Innung wendet sich bei der Bekanntgabe des Wahltermins in widerlich-süßlichem Ton an die Innungsmitglieder, daß sie die sonst so verachteten weiblichen Bediensteten: Verkäuferinnen, Dienstmädchen, neben ihren „treuen" Gesellen, ihren Söhnchen und Töchterchen zur Wahl schleppen sollen.

Gerade wie die Agrarier in Ostelbien, sucht die Innung die Wahlen der Arbeiter zu beeinflussen.

Selbst die Frühstücksausträger und -Austrägerinnen sollen im Sinne der Innung beeinflußt werden.

Ihren Gelben zu Liebe hat die Innung das Mitbringen der **Invalidenkarte mit der letzten Marke und dem Datum** darauf diesmal zum erstenmal angeordnet. Die Gelben sind **von diesem Trick längst unterrichtet,** denn ihr letztes Fugblatt, das diese Woche erschien, teilte ihren Getreuen schon diese neue „Wahllegitimation" mit.

Wo nun der Meister die Invalidenkarte „nicht in Ordnung" hat, wie so oft, oder verbummelte, gehen dort die Gesellen ihres Wahlrechts verlustig?

Gegen diesen Trick muß schärfster Protest eingelegt werden.

Alle denkenden und ehrlichen Kollegen fordern wir auf, einmütig wie ein Mann zur Wahl zu erscheinen, und den Verrätern unseres Ruhetages eine noch schmählichere Niederlage beizubringen als bei der letzten Wahl.

Alle 21jährigen bei Konkordia-Innungsmeistern Beschäftigten sind wahlberechtigt. Verbandsmitglieder und Freunde unserer Sache treffen **sich morgen, Montagmittag, punkt 1 Uhr,** im Lokal von Merkowski, Andreasstr. 26, zur Vorbesprechung. Jedes Mitglied erhält dort zur Kontrolle den Stempel: Wahlbeteiligung ins Mitgliedbuch. Laßt Euch aber von Euren Meistern die gedruckten Wahllegitimationen geben, ohne diese kein Zutritt zum Wahllokal. Bringt auch Eure Invalidenkarte, die in Ordnung sein muß, zur Wahl mit. Auch die Aushilfen sind wahlberechtigt.

Wir bitten auch die Parteigenossen, wo sie mit Bäckern, Konditoren, aber namentlich Hausdienern, Frühstücksausträgern und -Austrägerinnen, Verkäuferinnen und Dienstmädchen der Bäckermeister zusammenkommen, diese über die Wahl und die schmutzig-gelben Absichten der Wahlmacher bekanntzumachen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes.

Deutsches Reich.

Weberaussperrung.

Die Aktienweberei Schwarz u. Co., Gräfrat bei Krefeld, sperrte ihre sämtlichen Weber und Weberinnen und einen Teil der Hilfsarbeiterinnen, zirka 300 an der Zahl, aus. Die Aussperrung war die Antwort darauf, daß 56 Weber der Teppichbranche die Kündigung wegen Ablehnung einer 25—30prozentigen Lohnreduktion einreichten. Die Firma versucht bereits zum vierten Mal innerhalb Jahresfrist eine Lohnreduktion durchzubringen. — Die Belegschaft ist ziemlich vollständig organisiert, teils im „Deutschen Verband", teils im christlichen. Die Firma stellt sich auf den Herrenstandpunkt und lehnte jede Verhandlung mit den Verbandsleitungen ab.

Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit.

Im November d. J. wurden bei einer von Haus zu Haus vorgenommenen amtlichen Arbeitslosenzählung — ausgeführt durch das Gewerkschaftskartell — 2833 Arbeitslose in Magdeburg gezählt. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis einer Umfrage in den Gewerkschaften hatten allein diese am 23. Januar d. J. 3086 Arbeitslose — bei rund 23 000 Mitgliedern — zu verzeichnen, wobei noch der Bauarbeiterverband und weitere 5 kleinere Gewerkschaften außer Betracht geblieben sind. Nach den von den einzelnen Gewerkschaften für ihren Beruf vorgenommenen Schätzungen der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug diese am 23. Januar 4619. Es war also innerhalb zweier Monate eine ganz enorme Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen!

Welche riesige Lasten der Armenverwaltung von den Gewerkschaften durch die Unterstützung der Arbeitslosen abgenommen werden, mag die Tatsache illustrieren, daß die Magdeburger Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1908 bei 8766 Mitgliedern (am Schlusse des Jahres) 114 201,20 M. an Arbeitslosenunterstützung auszahlte. In den Jahren 1907 bezw. 1906 wurden bei einer um ein geringes höheren Mitgliederzahl 38 771,15 M. bezw. 23 292,65 M. für den gleichen Zweck ausgegeben. Zu der Arbeitslosenunterstützung kommen noch für Krankenunterstützung hinzu: 1908: 97 611,35 M., 1907: 77 823,25 M., 1906: 29 699,45 M. — Außerdem wurden noch aus der Lokalkasse — außer den Unterstützungen bei Streiks, Maßregelungen, Umzügen und für Reise — an besonderen Unterstützungen gezahlt: 1908: 32 287,50 M., 1907: 42 581,76 M., 1906: 31 044,50 M.

Unter den größeren Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes hatte Magdeburg in ganz besonders heftiger Weise unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Ein Vergleich der Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen mit den Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zeigt, daß in Stuttgart 12,25 Proz., in Frankfurt a. M. 14,70 Proz., in Bremerhaven 16,15 Proz., in Darmstadt 16,54 Proz., in Karlsruhe 20,34 Proz., in Nürnberg 32,60 Proz., in Dresden 39,22 Proz., in Magdeburg aber 43,42 Proz. der erwähnten Einnahmen für die Unterstützung der Arbeitslosen verwandt wurden. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, daß noch zahlreiche Mitglieder mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten.

Die Aussperrung der Stukkateure Nürnbergs ist nach achttägiger Dauer durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Unternehmerverbänden und dem Verband der Stukkateure beendet worden. Der Streik endigte mit einem Siege der Arbeiter über die Firma Beckert, die ihn durch ihr Vorgehen heraufbeschworen hatte. Sie hat den strittigen Akkordvertrag aufgehoben, zahlt die bisherigen Löhne weiter und zieht den Revers zurück, durch den sie mit eingestellten Arbeitern niedrigere Löhne vereinbaren wollte, als im Tarif festgesetzt sind. Die Zahlstelle der Stukkateure erklärte dann die über den Beckertschen Betrieb verhängte Sperre für aufgehoben.

Ausland.

Die christliche und die nicht christliche Gewerkschaftsbewegung in Holland.

Der Niederländische Verband der Gewerkschaften hat dieser Tage eine von seinem zweiten Sekretär Jan van den Tempel verfaßte Broschüre herausgegeben, die den Titel „Vakbeweging en Kerk" führt und eine treffende Schilderung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaftsbewegung und Kirche enthält. Es wird darin an vielen Beispielen und durch statistisches Material nachgewiesen, daß die Geistlichkeit Hollands, soweit sie sich um die Gewerkschaftsbewegung bemüht hat, immer nur einer zweckmäßigen Entwickelung hindernd in den Weg getreten ist. Die Taktik der Kirche ist im allgemeinen die, daß sie zunächst bestrebt ist, die unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiter überhaupt von jeglicher Fachorganisation fernzuhalten. Will ihr dies nicht gelingen, so gründet sie kleine Klubs von Handwerksgesellen, von denen man keine Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erwarten kann. Zeigt aber diese Art christlicher Organisation ein solches Maß von Wachstum, daß sie den Unternehmern unbequem werden könnte, dann entdeckt die Geistlichkeit, daß um des Glaubens willen eine Trennung nach Konfessionen notwendig ist. Genügt aber auch das nicht, um die Organisation machtlos zu machen, so pflegt die katholische Geistlichkeit eine weitere Spaltung nach Bistümern vorzunehmen. Dies Verfahren hat sie z. B. auch gegenüber dem größten christlichen Verband, dem der Textilarbeiter, eingeschlagen, der sich wiederholt dem Unternehmertum gegenüber ziemlich kräftig zur Wehr setzte.

Aber die Geistlichkeit erreicht mit ihren Treibereien im allgemeinen just das Gegenteil von dem, was sie bezweckt. Die Arbeiter lernen gerade dadurch, daß sie sich selbständig und nicht religiös oder konfessionell organisieren müssen, wenn sie dem Unternehmertum, dem die Geistlichkeit keinerlei religiöse Fachorganisation zumutet, irgendwie als ein Machtfaktor entgegentreten wollen. So zeigt es sich dann auch, daß die Zeit des Aufschwungs der christlichen Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1903 vorbei ist, daß sie sich im Rückgang befindet, und daß demgegenüber die unter Leitung des Verbandes der Gewerkschaften stehenden Organisationen immer mehr anwachsen.

Die protestantisch-christliche Gewerkschaftsbewegung ist in Holland fast ganz bedeutungslos. Nach der offiziellen Statistik ist der stärkste der Verbände dieser Richtung, die Vereinigung christlicher Kontor- und Handelsgehilfen, nur 443 Mann stark. Kräftiger hatte sich die katholische Gewerkschaftsbewegung entwickelt. 10 Verbände dieser Richtung, die 1906 bestanden und im Jahre 1908 noch am Leben waren, zählten Ende jenes Jahres zusammen 7615 Mitglieder, im August 1908 aber nur noch 6557. Während desselben Zeitraums waren dem Verband der Gewerkschaften 18 Organisationen angeschlossen und ihre Mitgliederzahl stieg unterdessen von 21 584 auf 28 628. — Im ganzen gehörten dem Verband der Gewerkschaften im Oktober 1908 schon 27 Organisationen mit 35 016 Mitgliedern an. — Im Römisch-katholischen Fachverband wie im Verband der Gewerkschaften waren sowohl im Jahre 1906 wie 1908 die Zigarrenmacher, die Schneider, die Maler, die Metallarbeiter, die Handelsgehilfen, die Textilarbeiter und die Zimmerleute vertreten. Aber in diesen 7 Berufen ging die katholische Organisation von 6401 auf 5887 Mitglieder zurück, während sie im Verband der Gewerkschaften von 7379 auf 12 037 Mitglieder stieg. Nach den hier angeführten Zahlen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die holländische Gewerkschaftsbewegung sich in nicht zu langer Zeit von dem Einfluß der Kirche gänzlich frei machen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen

Die Industriellen rüsten.

Dresden, 20. Februar. (W. H.) Die sächsische Industrie wird **sich einmütig gegen die geplante Kohlensteuer wehren.** Ihre Organisationen werden, wie verlautet, zu der Kohlensteuer sofort und entschieden Stellung nehmen, sobald diese ernstlich in Frage kommt. Die wirtschaftlichen Interessen Sachsens sind gegen die Kohlensteuer gerichtet und man erwartet, **daß auch die sächsische Regierung die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen wird.**

Dammbruch.

Gelsenkirchen, 20. Februar. (W. T. B.) In dem benachbarten Crange ereignete sich heute nachmittag ein Unglücksfall. Der Damm des neuen Emscherbettes war dort anscheinend durch Hochwasser unterspült. Als Arbeiter mit Rollwagen die betreffende Stelle passierten, **senkte sich der Boden.** Die Wagen stürzten den Damm hinunter, **wobei drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt wurden.** Die Arbeiter sind sämtlich Italiener.

Eine unliebsame Entdeckung.

Mainz, 20. Februar. (W. H.) Wie der „Mainzer Anzeiger" mitteilt, ist man bei der hiesigen städtischen Sparkasse, außer den schon bekannten Fällen von Unterschlagungen (8000 M.) durch den verhafteten Buchhalter Scheuer, noch weiteren **bedeutenden Betrügereien auf die Spur gekommen.** Die neu entdeckten Unterschlagungen haben bis jetzt bereits **eine Höhe von 15 000 M. erreicht** und die noch nicht abgeschlossene Untersuchung dürfte noch **zu unliebsamen Entdeckungen führen.**

Oesterreichische Staatsretterei.

Prag, 20. Februar. (W. T. B.) **Die Führer der tschechischen Nationalsozialen in Jungbunzlau sind wegen Verbrechens der Aufforderung von Soldaten zur Desertion in Untersuchung gezogen worden.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung Sonnabend, den 20. Februar 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung der Steuergesetze wird fortgesetzt.

Abg. **Herold** (Z.): Dem sozialdemokratischen Antrag zum § 23 stimmen wir zu. Auf die Reichsfinanzreform will ich nicht eingehen. Eine Nachlaßsteuer wollen wir jedenfalls nicht und ebensowenig eine Ausdehnung des Erbrechts auf die Deszendenten und Ehegatten. Wir werden aber — ebenso wie hier im Abgeordnetenhause — fleißig mitarbeiten, daß auch im Reiche die Finanzverhältnisse gebessert werden.

Finanzminister v. Rheinbaben:

Gegen den Antrag, den die Kommission angenommen hat, den Ertragswert bei landwirtschaftlichen Grundstücken für die Ergänzungssteuer zugrunde zu legen, will ich loyalerweise mit Rücksicht auf das Kompromiß keinen Widerspruch erheben. Die Kommission hat beschlossen, die Steuer zu berechnen nach dem Ertragswert, „den das Grundstück gewähren kann". Herr Herold hat aber nun für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht gestellt, wonach der Ertragswert zu Grunde gelegt werednkann, den das Grundstück „gewährt". Dagegen muß ich entschieden protestieren. Es kommt auf den Ertragswert an, der bei ordnungsmäßiger Wirtschaft gewährt werden kann. (Sehr wahr! links.) Entschiedenen Widerspruch muß ich auch erheben gegen den weiteren in Aussicht gestellten Antrag des Vorredners, daß noch ein „angemessenes Arbeitseinkommen des Bewirtschaftenden" abgezogen werden soll. Dadurch würde für die Landwirtschaft insbesondere für den Großgrundbesitz ein Vorrecht geschaffen, dem ich bei allem Interesse für die Landwirtschaft nicht zustimmen kann. (Bravo! links.) Mit der Annahme eines solchen Antrages würde die ganze Deckungsfrage und damit die Verabschiedung der ganzen Beamtenbesoldungsgesetze in Zweifel gestellt werden. Wenn wir für die Landwirtschaft eine solche Ausnahme beschließen wollten, würde morgen das Handwerk und der städtische Besitz mit denselben Ansprüchen kommen. (Zuruf links: Mit mehr Recht!) Ich kann also nur dringend bitten, von solchen Anträgen abzusehen. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In der Spezialberatung werden die ersten Paragraphen des Einkommensteuergesetzes nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Als § 20a hat die Kommission folgende Einschaltung beschlossen: Die in den §§ 19 und 20, Kinderprivileg gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke. (Gesetz betreffend Aenderung des Wahlverfahrens 1893 und Gesetz betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900.)

Die Abgg. **Borgmann** (Soz.) u. Gen. beantragen, die eingeklammerten Worte zu streichen.

Abg. Graf **Groeben** (k.): Wir lehnen den Antrag als zu weitgehend ab. Wir wollen, daß nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem das Kinderprivileg ohne Einfluß bleiben soll.

Abg. Freiherr v. **Zedlitz** (fk.) hält den Antrag Borgmann für überflüssig, weil die Kommission nichts anderes wolle.

Abg. Hirsch (Soz.):

Daß die Annahme unseres Antrages nicht überflüssig ist, ergibt sich schon daraus, daß Graf Groeben anderer Meinung über die Tragweite der Kommissionsbeschlüsse ist als Freiherr v. Zedlitz. Es ist also durchaus notwendig, in dieser Frage Klarheit zu schaffen, und das will unser Antrag. Wir wollen, daß nicht nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem, sondern auch dort, wo ein anderes Zensuswahlrecht besteht, das Kinderprivileg ohne Einfluß sein soll. In Schleswig-Holstein würden unter Umständen Zensiten, denen infolge einer hohen Kinderzahl die Steuer herabgesetzt ist, dadurch ihr Wahlrecht verlieren, wenn wir nicht die Berücksichtigung dieser Herabsetzung der Steuer bei den Wahlen ausschließen. Wenn sich nicht die übrigen Parteien der Auffassung des Frhrn. v. Zedlitz anschließen, muß ich Sie bitten, unserem Antrage zuzustimmen, damit der wirkliche Wille der Kommission zum Ausdruck kommt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Keil** (natl.): Wir halten den Antrag der Sozialdemokraten für begründet, stellen aber fest, daß bei seiner Annahme der behauptete plutokratische Charakter des Wahlrechts erheblich herabgemindert wird.

Ein Regierungskommissar legt die Konsequenzen des Kommissionsbeschlusses dar. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **Herold** (Z.): Die Ansicht der Kommission war es in der Tat, daß durch ein Kinderprivileg das Wahlrecht in keiner Weise beeinträchtigt werden sollte, auch nicht bei der Zensuswahl. Wir werden daher, um Klarheit zu schaffen, für den Antrag Borgmann stimmen. (Bravo! links.)

Finanzminister Frhr. v. **Rheinbaben** bittet, es einstweilen bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen und bis zur dritten Lesung nähere Aufklärung über die Tragweite des Beschlusses abzuwarten.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) hält das nicht für notwendig, sondern stimmt dem Antrage Borgmann zu.

Der Antrag Borgmann wird hierauf gegen die Stimmen der konservativen Partei angenommen.

Beim § 23 wird der Antrag Borgmann, die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Einkommens ihrer Arbeiter zu beseitigen, mit den Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Im übrigen wird das Gesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf wird die

Gesellschaftssteuer

ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Mantelgesetzes, soweit es sich auf die Steuern bezieht. Dazu liegt ein Antrag der Konservativen vor, die Steuerzuschläge von den Einkommen von 1200 M. an auch für 1908 nachträglich zu erheben.

Die Abg. Borgmann (Soz.) und Genossen beantragen, daß die Steuerzuschläge erst erhoben werden von 7000 M. ab (vom 1. April 1909 an).

Die Abgg. Gyßling (frs. Vp.) und Genossen beantragen, die Zuschläge von 3000 M. an beginnen zu lassen und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in bezug auf die Besteuerung mit den physischen Personen gleichzustellen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) bedauert, daß der Finanzminister entgegen dem Kompromiß — sich für die Zuschläge für das Jahr 1908 ausgesprochen hat. Sollte dieser Antrag der Konservativen angenommen werden, so würden seine Freunde in der dritten Lesung für den Antrag Gyßling, der ihnen sehr sympathisch sei, stimmen.

Abg. v. **Dewitz** (fk.) wendet sich gegen den Antrag Borgmann: Die Herren Sozialdemokraten betonen immer ihr Interesse für die Unterbeamten, bringen aber hier einen Antrag, dessen Annahme zweifellos das völlige Scheitern der Vorlage bedeuten würde. Also ihr Parteiinteresse scheint doch stärker zu sein als das Interesse für die Beamten.

Abg. v. **Hennigs-Techlin** (k.) bestreitet, daß die Konservativen mit ihrem Antrage das Kompromiß verletzt hätten.

Abg. Dr. **Röchling** (natl.): Es hat sich unter den bürgerlichen Parteien die Ansicht verbreitet, daß die Regierung ernstlich die Zuschläge für 1908 gar nicht verlangt. (Zuruf rechts.) Das mag ein Fehler der Regierung sein, aber es ist nicht Sache des Parlaments, der Regierung Steuern aufzudrängen, die sie nicht braucht. (Sehr richtig! links.) Die prinzipiell ablehnende Haltung, die Herr Hirsch in der Kommission zu den Steuern eingenommen hat, ist ja ganz konsequent. Herr Hirsch sagte, es hieße dem Feinde Munition liefern, wenn sie dem Staate die Mittel an die Hand geben wollten, die er braucht, um die Beamten zu besolden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch die Konsequenz Ihrer Auffassung. Wenn Sie sich im Gegensatz fühlen zum Staate, so müssen Sie sich auch im Gegensatz zum Beamtentum fühlen, das ein wesentlicher Bestandteil des Staates ist.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) befürwortet die freisinnigen Anträge.

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich habe die Stellung meiner Freunde gestern so unzweideutig und ausführlich dargelegt, daß ich glaubte, es wäre heute nicht nötig, darauf zurückzukommen. Ich will nur kurz Herrn Röchling auf seine Angriffe erwidern. Wenn es sich bei der Bewilligung von Staatsmitteln nur um die Beamtenbesoldung handelte, so würden wir dafür stimmen, vorausgesetzt daß die Bewilligung in einer Weise und Höhe erfolgt, die wir für richtig halten. Ich habe in der Kommission schon betont, daß wir, unseren Grundsätzen entsprechend, prinzipiell dem heutigen Junkerstaate nichts bewilligen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Taktik ist so klar, daß die Beamten, die nachzudenken wissen, sie auch verstehen werden. Wir haben es wirklich nicht nötig, um die Gunst der Beamten zu buhlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So lange wir infolge des Dreiklassenwahlrechts hoffnungslos in der Minderheit sind, ist es nicht unsere Pflicht, für die Beschaffung von Deckungsmitteln zu sorgen. Wenn Herr Röchling ebenso konsequent wäre wie wir, so müßte auch er der Regierung nicht die Mittel bewilligen, solange sie nicht das Wahlrecht gibt, das er wünscht. Wir fassen eben den Kampf um das Wahlrecht etwas ernster auf als die bürgerlichen Parteien. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Röchling** (natl.): Die Beamten können doch nichts dafür, daß wir das allgemeine Wahlrecht in Preußen nicht haben. Es ist also nicht richtig, sie hier dafür zu bestrafen. Den Vorwurf, daß wir um die Stimmen der Beamten buhlen, lehne ich ab.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Wenn Herr Röchling es rügte, als ob wir die Beamten dafür bestrafen wollten, daß in Preußen das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt ist, so heißt das, die Logik vollkommen auf den Kopf stellen. Ich verzichte darauf, Herrn Röchling auf diesem Gebiete weiter zu folgen. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag v. Hennigs auf nachträgliche Erhebung der Steuerzuschläge für 1908 wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Danach werden auch die freisinnigen und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Angenommen wird ein konservativer Antrag, der die Gesellschaften m. b. H. um die Hälfte geringer besteuern will, als die Kommission festgesetzt hat.

Im übrigen wird das Mantelgesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Landwirtschaftsetats.

Beim Titel „Ministergehalt" beklagt

Abg. v. **Kessel** (kons.) die Hochwasserschäden und den ländlichen Arbeitermangel. Zu begrüßen sind die Versuche, die Elektrizität in größerem Maße in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Redner kritisiert die Etatsüberschreitungen bei diesem Etat. Sie bedeuten, daß entweder der Etat zu knapp bemessen ist, oder daß nicht sparsam gewirtschaftet wird.

Abg. Graf **Spee** (Z.) klagt über Verunreinigung von Flüssen im Westen durch industrielle Anlagen. Bei der Kaisergeburtstagsfeier der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin hat ein königlich preußischer Hochschullehrer, Prof. Plate, für den Monismus Propaganda gemacht unter unglaublichen Angriffen gegen eine politische Partei. Der Landwirtschaftsminister möge dafür sorgen, daß ein solcher Vorgang sich nicht wiederholen kann. (Abg. Hoffmann: Der Mann muß gevierteilt werden! Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.): Man kann von einem Naturforscher nicht verlangen, daß er bei einer Kaisergeburtstagsfeier seine Ueberzeugung verleugnet. Es ist besser, er hält eine solche Rede, als daß er Byzantinismus treibt. (Bravo! links.) Redner wendet sich des weiteren gegen den Beschluß des deutschen Landwirtschaftsrates, wonach zur Ausbreitung der Anwendung elektrischer Kraft auf dem Lande Mittel von der Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Kasse hat nur den Zweck, Personalkredit zu geben. Von einer Not der Landwirtschaft kann heute nicht mehr die Rede sein. Bedenklich ist allerdings die fortgesetzte Steigerung der Güterpreise, die zu einer Verschuldung der Landwirte führen muß. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. **Heydweiller** (natl.) verlangt, daß die Versicherungsanstalten Gelder in kleinen Rentengütern anlegen.

Landwirtschaftsminister v. **Arnim-Criewen** glaubt, daß die Entschuldungsfrage nicht ohne Mithilfe der Genossenschaften zu lösen ist. Ein gewisser Prozentsatz ihrer Mittel kann wohl in Hypotheken festgelegt werden, ohne ihre Liquidität zu gefährden. Natürlich ist dabei große Vorsicht geboten. Was die Ueberschwemmungen anlangt, so wird die Stockung an der Elbe hoffentlich in 3 bis 4 Tagen beseitigt sein. Bei der Konzessionierung von industriellen Anlagen auf dem Lande sollen in Zukunft im Vorverfahren landwirtschaftliche Beamte gehört werden. Ueber die Ausgestaltung des Erbbaurechts schweben mit dem Reichsamt des Innern Verhandlungen.

Abg. Dr. **Heisig** (Z) befürwortet einen Antrag auf gesetzliche Neuregelung des Taxwesens namentlich in landwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Kleines Feuilleton.

Politik im mittelalterlichen Fastnachtstreiben. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts fing das mittelalterliche Bürgertum allmählich an, sich von dem geistigen Drucke der Kirche loszulösen. So sehr waren die Kirche und ihre Interessen bis dahin maßgebend gewesen, daß selbst der tollste Fastnachtsspuk des frühen Mittelalters kein näherliegendes Objekt seiner Spottsucht fand, als eben die Kirche und ihre Einrichtungen. Ueber den Gedankenkreis der Kirche kam jene Zeit selbst in der Satire nicht hinaus. Daher denn jene wilden, rasend-tollen Narren- und Eselsfeste, jene blasphemischen Saufmetten, bei denen die ausgelassene Menge in parodiertem Priestergewande von Kirche zu Kirche tollte, immer unter Führung des Klerus selbst, der auch hierbei wie bei allen sonstigen Gelegenheiten an der Spitze stand.

Bald aber wurde dies anders. Die Kirche mußte vor dem Bürgertum und der staatlich-weltlichen Entwicklung in den Hintergrund treten; weltliche Dinge wurden nun Gegenstand der bürgerlichen Spottsucht. Bürgerliche Anschauungen, bürgerliche Interessen beherrschten die Satire des späteren mittelalterlichen Fastnachtstreibens. Und da unsere Vorfahren mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge zu halten pflegten, war es gerade die Zeit des fröhlichen Mummenschanzes und bunten Maskenspieles, in der die Oppositionslust am üppigsten in die Halme schoß. Unter der Maske des Uebermutes und dem Deckmantel der Fastnachtsfreiheit ward da mit manchem abgerechnet, was der Einzelne oder eine ganze Gesellschaftsklasse im Laufe des Jahres etwa verbrochen. Und wie der Geselle in jungen Jahren mit spottendem Munde seinem Meister alles unter die Nase rieb, was er in den letzten Monaten sich aufs Kerbholz geladen, so tat es der Bürger mit seinem hochweisen Rate und allen jenen, die ihn politisch oder wirtschaftlich irgendwie bedrückten.

Die beliebteste Art der Kritik war im Mittelalter die Parodie. Deshalb wählte man in vielen deutschen und schweizerischen Städten während der Fastenzeit einen sogenannten Narrenrat. Seine Funktionäre nahmen die von der herrschenden Ratsclique eingeschlagene Politik, etwaige Urteile, die dem Rechtsempfinden des Bürgertums nicht entsprachen, vorhandene Mißstände usw. in satirischer Form, aber sonst recht ernsthaft und energisch unter die Lupe. Wo diese Sitte eine dauernde wurde, zum Beispiel in mehreren schweizerischen Städten, in denen sie bis zur großen französischen Revolution bestehen blieb, wuchsen sich die Narrenräte schließlich zu bürgerlichen Rügegerichten aus. Diese brachten während der Fastnachtszeit das innere Leben der Bürgerschaft, ihr gegenseitiges Verhalten, ihre Streit- und Selbstsucht, aber auch schwere Vergehen, Unzucht, eheliche Untreue, Habgier und Wucher vor ihr Forum und verhängte ziemlich empfindliche, rechtsgültige Strafen.

Doch nicht immer blieb es bei der bloßen Fastnachtskritik. Das mittelalterliche Bürgertum schritt gar leicht zur Selbsthilfe und zur Tat. So war im Jahre 1477 das Bürgertum von Luzern auf das äußerste unzufrieden mit dem herrschenden Rate. Man beschuldigte den Rat der Bestechlichkeit, glaubte an verräterische Zettelungen, besonders mit Savoyen und Genf, da die diesen beiden Staaten während der Burgunderkriege auferlegten Kontributionen nicht eingingen und der Rat nicht die geringste Miene machte, diese ausstehenden Gelder endlich einzutreiben. Während der Fastnacht 1477 kam es dann zum Krachen. Den Gipfelpunkt des Luzernischen Narrentreibens bildete der Fritschiumzug, der übrigens noch heute besteht und alljährlich mit großem karnevalistischem Pompe gefeiert wird. Die Form des damals üblichen Umzuges, kurz vorher von dem Luzerner Bürger Fritschi zur Zeit der Burgunderkriege gestiftet, war einfach genug. Von einem Jüngling in Kriegertracht wurde am Fastnachtstage ein Pokal mit Wein gefüllt durch die Straßen der Stadt getragen und jedem Begegnenden zu trinken gegeben. Wer getrunken, war aber dafür verpflichtet, sich dem mehr und mehr anwachsenden Zuge anzuschließen. Waren alle Straßen Luzerns durchtollt, so zog man hinaus auf die benachbarten Dörfer, stattete wohl auch benachbarten und befreundeten Städten einen Besuch ab. So kamen in jenem Jahre die Luzerner auch nach dem benachbarten Zug. Beim Wein mit den Zuger Bürgern ließen die Fastnachtsfeiernden ihrem politischen Grimm denn auch weidlich die Zügel schießen. „Sind wir", rief da einer der erhitzten Luzerner, „die Leute, uns äffen zu lassen? Wenn es Blut gilt, so weiß man uns zu finden, was eingenommen, was unterhandelt wird, behalten die Herren für sich." „Wir sind", sprach dann ein anderer, „allzu gut. Freie Männer müssen zuweilen etwas für sich unternehmen, auf daß die Oberen nicht meinen, sie haben mit Sklaven zu tun." „Brüder", rief schließlich ein dritter, „höret mich! Man fährt noch nicht zur Alp, auch im Feld ist nichts zu bestellen, ziehen wir nach Genf! Sie sollen uns das Geld geben! — Was brauchen wir Kriegskunst? Wir haben mächtige Arme und wissen die Streitkolben zu schwingen."

Dieser Ruf zur Selbsthilfe fand jubelnde Zustimmung, und allsogleich schritt man zur Tat, indem der Bund „die fröhliche Bande der Gesellschaft vom tollen Leben" geschlossen wurde. Wie der Name, so verriet auch das Banner den Ursprung des neuen Bundes. Die als Feldzeichen gewählte Fahne, das sogenannte Sautpanner, zeigte denn auch eine Sau und einen von einem Narren mit der Schellenkappe geschwungenen Kolben. Sau und Kolben als Sinnbild der unwiderstehlichen Gewalt des Volkes, wenn es sich erhebt, und der Narr zum zeichen des Narrenfestes, welches die Veranlassung zu diesem Zuge gab. Ende Februar stand das tolle Leben mit 2000 Mann vor den Toren Freiburgs, um mit dieser Stadt, die mit Bern im Bunde offen französische Politik trieb, ein Hühnchen zu rupfen. Nun da das Volk von Luzern Ernst machte, begannen die Dinge auf einmal zu laufen. Augenblicklich zahlte Genf die ihm auferlegte Kontribution und veranlaßte dadurch das tolle Leben zur Rückkehr und zur Auflösung.

Den Luzerner und Berner Ratsherrlichen war ob des tollen Lebens kein geringer Schreck in die Glieder gefahren. Sie traten zwar zusammen und schufen Ausnahmegesetze gegen den oppositionellen Uebermut der Bürger, die aber, so lange das Bürgertum selbst stark und kräftig blieb, wie alle Ausnahmegesetze nur für die Katz waren.

Humor und Satire.

Um des Königs Bart.

In Rohrbach bei St. Ingbert hat sich ein König Ludwig II.-Bartverein gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichten, einen solchen Bart zu tragen, wie Ludwig II. ihn trug.

Das Beispiel der patriotischen Rohrbacher hat ansteckend gewirkt: In Köpenick hat sich ein Fürst Bülow-Pudelscherverein gebildet, dessen Mitglieder sich scheren lassen, wie der Pudel des Reichskanzlers geschoren ist.

In Treuenbrietzen hat sich ein Landrat-Räusper- und Spuckverein gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichten, sich nur so zu räuspern und nur so zu spucken, wie der Herr Landrat.

In Potsdam hat sich ein Kaiser Wilhelm II.-Rasierverein gebildet, dessen Mitglieder den Allerhöchsten Seifenschaum Seiner Majestät nach dem Rasieren erhalten, mit dem sie ihre Baisers und Windbeutel füllen. („Jugend".)

Notizen.

— Die Freie Volksbühne veranstaltet ihren 81. Vortragsabend am Montag, den 22. Februar, in den „Sophiensälen", Sophienstr. 17/18. Zum Vortrag kommen moderne Dichtungen und Satiren durch Marcell Salzer. Einlaßkarten zu 40 Pf. in allen Zahlstellen des Vereins. — Einige Mitglieder können sich für die Abendabteilungen noch melden.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Georgenstraße 34—36, spricht am Dienstag, den 23., Dr. Neubaur über „Die Sicherheitsvorrichtungen an Bord moderner Seeschiffe"; Freitag, den 26., Dr. Meckling über „Das Eis des Meeres". Einlaßkarten zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle des Instituts.

— Der Kampf gegen die Schundliteratur wird von einigen Schulverwaltungen großer Städte mit einigem Eifer geführt, indem Eltern und Kinder über den Charakter dieser Literatur aufgeklärt werden. Viel wirksamer wäre er freilich noch zu führen, wenn der Vertrieb der Indianer- und Detektivgeschichten unterbunden würde. Die Münchener Ortsgruppe des Verbandes deutscher Papier- und Schreibwarenhändler beschloß auf die Anregung der obersten Schulbehörde hin, Schundliteratur dieser Art nicht mehr zu führen.

— Die Kosten des Panamakanals. Aus Washington wird berichtet: Roosevelts dem Kongreß übermittelte Botschaft über den Panamakanal, die das Ergebnis der Taftschen Inspektionsreise nach Panama übersichtlich zusammenfaßt, enthält nähere Angaben über die Kosten des gewaltigen Werkes. Sie werden nach der Schätzung der Ingenieure nicht weniger als rund 1500 Millionen Mark betragen. Das sind 105 Millionen Mark mehr als die Schätzung, die im vergangenen Jahre vorgenommen wurde, und 945 Millionen Mark mehr, als man ursprünglich veranschlagte. Bis jetzt sind bereits 735 Millionen für die Arbeiten ausgegeben worden, außerdem 168 Millionen, mit denen seinerzeit die französischen Rechte abgelöst wurden.

Abg. Graf Spee (Z): Es handelt sich bei meiner Kritik nicht um die Weltanschauung des Herrn Plate, sondern darum, daß er seine Rede bei einer patriotischen Feier hielt, wo Angehörige aller Parteien anwesend waren. Das war eine Takt- bezw. Rücksichtslosigkeit. Er sagte z. B.: „Wenn man für eine einheitliche Weltanschauung — das ist der Monismus — eintritt, so wird man als Atheist verschrieen. So wenig theologisches Verständnis herrscht auf der Redaktionsstube der „Kreuzzeitung“.“ — Ueber das Zentrum sagt er: „Niemand kann zwei Herren dienen. **Solange Staat und Kirche nicht völlig getrennt sind, wird es stets Staatsbürger geben, welche im Falle eines Konfliktes zuerst der Kirche dienen.**“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Für Sie (zu den Soz.) hat er auch etwas übrig. (Heiterkeit.) Er sagt: „Ich würde mich nie genieren, in einem sozialdemokratischen Verein über Darwinismus zu reden. Das wäre die beste Gelegenheit, der verderblichen Irrlehre entgegenzutreten, daß eine allgemeine Gleichheit der Menschen auch nur annähernd erreicht werden kann.“ — Dem Zentrum wirft er noch vor, daß es die Interessen Roms immer höher gestellt habe als die Interessen des Vaterlandes. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister sein Nichteinverständnis mit diesem Vorgehen ausdrücken würde. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Kreth (kons.): Entsprechend unserer allgemeinen Haltung können wir uns den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Professor Plate ist schon genug dadurch gestraft, daß er den Beifall des Herrn Borgmann gefunden hat. (Heiterkeit rechts.)

Landwirtschaftsminister **v. Arnim-Criewen** erklärt, daß er das Auftreten des Professor Plate bei der erwähnten Gelegenheit nicht billigen könne! (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. **Borgmann** (Soz.): Herrn Kreth erwidere ich, daß Vernunft und Einsicht bei uns immer eine Stätte finden; Herr Kreth wird natürlich niemals in diese Verlegenheit kommen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.)

Abg. **Kreth** (kons.): Auf die letzte Bemerkung kann ich nicht antworten, da ich ihren tiefen Sinn nicht verstanden habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

(Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftsetats.)

Schluß 4¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(21. Sitzung vom 20. Februar.)

Der Umstand, daß die Mitglieder der Budgetkommission am Sonnabend noch tagen mußten, während die übrigen Abgeordneten längst der Heimat zugeeilt waren, hatte statt der gewohnten Kampfeslust eine fast elegische Stimmung erzeugt. Mehr aber noch als das Heimweh und die Ferienstimmung hat eine Unterredung, die Herr Erzberger und der Referent Semler mit dem Staatssekretär Dernburg am Abend vorher gehabt hatten, zu der schnellen Abwürgung des Etats für die Schutzgebiete beigetragen. Die Herren hatten sich darüber geeinigt, wo Abstriche gemacht werden sollten, so daß der ganze Etat im Galopp durch „beraten“ werden konnte. Vom Etat für Südwestafrika wurden dieser Vereinbarung zufolge die für außerordentliche Unterstützungen geforderten Summen, meist ohne Debatte, gestrichen. Auf diese Weise gelang es nicht nur, den Rest des Etats für Südwestafrika, sondern auch die Etats für Togo, Kamerun und den Kolonialetat gewissermaßen im Handumdrehen zu „erledigen“. Bezüglich der Erschließung des Ovambolandes einigte man sich auf eine Resolution Semler, die besagt, daß zur Erkundung der Verhältnisse in Ovamboland, namentlich der Arbeiterverhältnisse und der Bedingungen, unter denen eventuell eine Eisenbahn zu bauen ist, ein Zivilkommissar zu entsenden ist. Die Kosten sollen auf den Haupteta übernommen werden.

Eine kurze Debatte entspann sich nur darüber, ob es zulässig ist, die Kosten für Straßenbauten auf Anlehen zu übernehmen. Herr Erzberger, der diesem Zweifel Ausdruck gegeben hatte, wurde dahin belehrt, daß diese Schuldenwirtschaft auch in den deutschen Bundesstaaten allgemein üblich sei .... Eine weitere Debatte entspann sich bei dem Titel „Militärverwaltung“ über die Sicherheit der Kolonie. Von einer Seite wurde auf die Gefahr hingewiesen, die darin bestehe, daß die Schutztruppe aus der eingeborenen Bevölkerung genommen und in den europäischen Waffen ausgebildet werde. Der Etat sieht 25 000 M. vor für Anwerbung von Schwarzen in Ostafrika, die in Kamerun Dienst tun sollen. Herr Erzberger verlangte die Streichung des Postens, weil die Anwerbungen unbedenklich in Kamerun selber vorgenommen werden können. Der Posten wurde mit geringer Mehrheit genehmigt.

Beim Reichskolonialamt wird beim Titel „Militärverwaltung“ von den fünf Stabsoffiziersposten auf Antrag des Berichterstatters ein Posten gestrichen. Erzberger tritt für Abschaffung der Burschen bei den Kommandos der Truppen ein, findet damit aber bei der Mehrheit der Kommission keine Gegenliebe. Beim Posten „andere persönliche Ausgaben“ werden von den geforderten 42 500 M. 7000 M. gestrichen. Desgleichen wird die Mehrforderung für gemeinsame Fonds von 37 200 M. abgesetzt.

Das Erdbeben und die Verantwortlichkeit der Regierung.

Rom, den 17. Februar 1909. (Eig. Ber.)

In der italienischen Presse dauert die Diskussion über die Verantwortlichkeit der Regierung bei der letzten Erdbebenkatastrophe fort. Die meisten Blätter erkennen jetzt an, in der ersten Zeit viel übertrieben und manche Anschuldigung gegen die Regierung erhoben zu haben, die nur in der lebhaften Phantasie der Korrespondenten ihre Begründung hatte. Von der schweren Schuld, alle Mittel zur Verhütung des Unglücks unbeachtet gelassen zu haben, kann aber niemand die Regierung freisprechen. Es wird jetzt bekannt, daß eine fast geheimgehaltene Regierungsenquete über das Erdbeben vom Jahre 1896 schon auf die hohe Gefährlichkeit vieler öffentlichen Bauten in Messina und namentlich in Reggio hingewiesen hatte! — Die Regierung hat nicht nur ruhig mitangesehen, daß alle Bauverordnungen im süditalienischen Erdbebengebiet vernachlässigt wurden, wie man sie in Ischia und in Ligurien vernachlässigt hat, **sie hat sogar die im Besitze und in der Verwaltung des Staates stehenden Gebäude weiter benutzen lassen, nachdem sie die Enquetekommission als hochgefährlich bezeichnet hatte!** Unter diesen Gebäuden befand sich auf die Caserma Mezzacapo in Reggio, die am 28. Dezember 500 Soldaten unter ihren Trümmern begrub.

Wenn auch mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß ein Erdbeben, wie das vom 28. Dezember, in jeder europäischen Stadt unermeßliche Verwüstungen angerichtet hätte, so muß es doch geradezu frevelhaft erscheinen, daß eine Regierung Kommissionen ernennt, um erdbebensichere Bauarten zu studieren und dann ruhig die Baulichkeiten weiter benutzt, die die Kommission als hochgefährlich gekennzeichnet hat. Schon die Bourbonen hatten den Typus des erdbebensicheren Hauses festgestellt, in einer Weise, die nur in den technischen Einzelheiten der Ausführung überholt worden ist: Einstöckige Häuser mit festgefügten Mauern, deren Dächer nicht durch diese, sondern durch besondere Pfeiler getragen werden. Das Abgehen von diesem Typus, dem man freilich auch nicht zur Zeit der Bourbonen treu geblieben war, trug Schuld an dem Unheil. Was man sonst über die Bauart der verwüsteten Städte sagt, von der Schlechtigkeit des Materials, von der Unzulänglichkeit des Unterbaues und der Dünne der Mauern, das hat nach unserem Ermessen nur eine nebensächliche Bedeutung. Jedes mehrstöckige Haus wäre trotz bester Fundamente, trefflichsten Materials und stärkster Mauern der Gewalt des Erdstoßes erlegen, wie ihr der Dom von Messina erlegen ist, der seit dem Jahre 1125 den Jahrhunderten und ihren Unbilden standgehalten hat. Wir wollen damit nicht die schlechte Bauart entschuldigen, zu der die Profitgier der Häuserspekulanten von Messina getrieben hat, wollen aber vor der schon auftauchenden Illusion warnen, als genüge der mit vollendeter Technik ausgeführte Bau, auch wenn er mehrere Stockwerke hoch sei, um Katastrophen wie die vom 28. Dezember zu beschwören. Wenn wirklich das Ungeheure geschehen sollte, daß die Regierung noch einmal den Bau mehrstöckiger Häuser in der Erdbebenzone zuläßt, so müßte man wirklich sagen, daß der italienische Staat sich bemüht, die Zwecklosigkeit, Ohnmacht und Blindheit seiner Zentralgewalt handgreiflich zu beweisen.

Was die Kritiken der Hilfsaktion betrifft, so haben — wie gesagt — auch die Blätter, von denen die heftigsten Angriffe ausgegangen waren, unter dem Einfluß der an Ort und Stelle weilenden Korrespondenten ihre Anklagen wesentlich modifiziert. So hat Genosse Morgari im „Avanti“ den Belagerungszustand in Schutz genommen und den Mut, die Opferwilligkeit und Milde des Heeres gepriesen. Auch General Mazza hat Verteidiger seines Werkes gefunden, in den Blättern, die ihn am schärfsten angegriffen hatten: im „Giornale d'Italia“ und im „Corriere della Sera“. In dem Maße, wie man eine annähernde Vorstellung von der Gewalt der Zerstörung bekommt, schrumpft auch in der öffentlichen Meinung die Verantwortung der Behörden zusammen. „Wenn das gesamte italienische Heer durch ein Wunder am 28. Dezember morgens in Messina gewesen wäre, so hätten seine Kräfte nicht ausgereicht, um alle lebend Begrabenen zu retten,“ schreibt Barzini im „Corriere della Sera“. — Man hat es dem General Mazza zum Vorwurf gemacht, daß er am siebenten Tage nach dem Unglück die Ausgrabungen einstellen ließ. Das ist tatsächlich geschehen, aber nur, um an Stelle der Ausgrabungen ein systematisches Absuchen und Abhorchen der Trümmer treten zu lassen. Die Ausgrabungen waren ja fast ausschließlich vom Zufall begleitet. So haben fünf Tage lang die Feuerwehrleute von Imola keinen Lebenden geborgen und in den darauf folgenden zwei Tagen vier gerettet. Auch mußte man, um bei einem Hause zu graben, den Schutt auf die Trümmer eines anderen Hauses werfen, und man grub so vielleicht Leichen aus, während man Lebendige begrub. ... Es ist gewiß entsetzlich zu denken, daß man nach 39 Tagen noch unverweste Körper gefunden hat, aber die furchtbare Todesqual, von der diese Funde erzählen, muß der Uebermacht des elementaren Ereignisses, nicht der Untüchtigkeit der Menschen zur Last gelegt werden. Die Räumung der Trümmer von Messina wird Jahre erfordern; wie hätte man dies in der Spanne Zeit vollbringen können, da ein Leben unter den Trümmern möglich war? — Die alle anderen Rücksichten beiseite setzende Sorge um Hab und Gut, die wir als Sozialisten beklagen müssen, ist den Behörden durch die Ueberlebenden, durch die öffentliche Meinung, durch die abstoßende Habgier der Plünderer selbst aufgezwungen worden. Messina war eine wirtschaftlich rückständige Stadt, in der man Gold und Schmuck und Banknoten im Hause bewahrte, während zum Beispiel in San Francisco der Schutz der bewaffneten Macht sich fast ausschließlich auf die Banken beschränken konnte. Fast ohne Nachgrabungen hat man zwischen den Trümmern für 20 Millionen Wertsachen, Schmuck und Gold aufgelesen; dabei befindet sich auch ein Tafelservice in massivem Gold für 36 Personen, das noch nicht einmal reklamiert worden ist. Ist es zu verwundern, daß solche Schätze die Habgier erweckten, ist es zu verwundern, daß die Militärbehörden den Schutz des Eigentums für eine wichtige Aufgabe hielten, wenn er allen Ueberlebenden so am Herzen lag, daß sie jetzt schon anfangen, nach Wiederherstellung des Belagerungszustandes zu jammern? — Sicher ist wohl, daß die Lokalbehörden der verwüsteten Ortschaften, bestehend aus den Baronen und Feudalherren, die eine Geißel der arbeitenden Klasse sind, weder die Rechtschaffenheit noch die Tüchtigkeit der Militärbehörden gezeigt haben würden, wenn ihnen das Oberkommando zugefallen wäre.

Kopflosigkeiten sind freilich von der Regierung genug begangen worden, entschuldbare und unentschuldbare. Entschuldbar ist es wohl, daß man die ersten dreitausend Soldaten ohne Proviant nach Messina sandte, denn es mochte wohl jedem unfaßlich erscheinen, daß eine Stadt von 168 000 Einwohnern nicht einmal Nahrung hätte für zwei Regimenter. Aber unentschuldbar ist es, daß man noch zehn Tage nach dem Unglück Schiffe schickte, mit dem Befehl, die Bote zum Ausschiffen an Ort und Stelle zu requirieren, während doch alle Bote der betroffenen Küste vom Meerbeben zerstört worden waren. Die verspätete Wiederherstellung der Beleuchtung der Stadt haben wir schon zu beklagen Gelegenheit gehabt. In das Schuldbuch der Regierung muß man auch die Vernachlässigung der kleinen Orte der kalabresischen Küste schreiben. Durch rechtzeitige Mobilmachung von Freiwilligenkorps und durch Requisition von Automobilen hätte man hier zweifellos hunderte von Leben retten können.

Es ist jetzt auch durch Veröffentlichung der offiziellen „Notvoje Wremja“ außer Zweifel gestellt worden, daß die russischen Kriegsschiffe auf Wunsch der italienischen Behörden ihre Rettungsarbeiten schon am 2. Januar eingestellt haben! An Stelle der Internationale des Erbarmens, der die Russen in Messina ein leuchtendes und unvergängliches Denkmal gesetzt haben, hat man die Kleinlichkeit und Engherzigkeit nationaler Politik treten lassen und die Abreise der russischen Flotte veranlaßt aus hohem Nationalstolz oder dummer Ueberschätzung der eignen Kraft. Man hat den Russen dankend bedeutet, jetzt selbst allen Anforderungen gewachsen zu sein, so daß die Matrosen die schon begonnenen Ausgrabungen aufgaben, nachdem sie den italienischen Soldaten gezeigt hatten, wo die Opfer zu suchen seien. Diese durch ein offizielles Communiqué des russischen Admirals festgestellte Tatsache ist die schwerste Anklage gegen die italienische Regierung. Hier hat sie sich so klein und engherzig gezeigt, wie die russischen Mannschaften groß und tapfer und tüchtig. Durch eine eigene Ironie hat das furchtbare Naturereignis, das so viel Großes im Menschen weckte, gerade die Ideale unserer Bourgeoisie als Menschenopfer heischende Götzen gezeigt: das heilige Eigentum und den nationalen Stolz. Beide haben im Bunde mit der Zerstörung gearbeitet, und viel guter Wille und aufopfernde Tüchtigkeit sind an ihnen zunichte geworden.

Soziales.

Bäckereiverordnung.

Für den Landespolizeibezirk Berlin ist folgende Bäckereiverordnung über die Arbeit an Sonn- und Festtagen seitens des Polizeipräsidenten unter dem 18. d. Mts. erlassen:

§ 1. In Bäckereien dürfen Arbeiter an den Sonn- und Festtagen nur nach Maßgabe nachstehender Vorschriften beschäftigt werden:

1. Die Arbeit darf einschließlich etwaiger Pausen nicht länger als zehn Stunden dauern.

2. Jedem Arbeiter ist an jedem Sonn- und Festtage eine ununterbrochene Ruhe von 14 Stunden zu gewähren. Diese Ruhezeit muß frühestens um 12 Uhr nachts, spätestens um 9½ Uhr morgens beginnen.

Am Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeste ist abweichend von den vorstehenden Bestimmungen jedem Arbeiter in der Zeit von 9½ Uhr vormittags des ersten Feiertages bis 9½ Uhr abends des zweiten Feiertages ununterbrochene Ruhe zu gewähren.

3. Jedem Arbeiter muß mindestens an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des Gottesdienstes erforderliche Zeit freigegeben werden.

4. Diejenigen Arbeiter, denen nach Vorstehendem eine Ruhezeit von 14 Stunden zusteht, dürfen während dieser Ruhezeit mit Arbeiten beschäftigt werden, die zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der regelmäßigen Arbeit am nächsten Tage notwendig sind, sofern diese Arbeiten nach 6 Uhr abends stattfinden und nicht länger als 1 Stunde dauern.

§ 2. In Konditoreien dürfen Arbeiter an den Sonn- und Festtagen nur nach Maßgabe nachstehender Vorschriften beschäftigt werden:

1. Die Arbeit darf nicht vor 2 Uhr nachts beginnen, nur während eines Zeitraums von acht Stunden stattfinden und muß spätestens um 13 Uhr mittags endigen.

2. Am Karfreitage, am Sonntage vor Weihnachten und am Silvester, sofern dieser auf einen Sonntag fällt, darf die frühestens um 2 Uhr nachts beginnende Arbeitszeit (Ziffer 1) bis zu 16 Stunden, an acht weiteren von dem Arbeitgeber nach freier Wahl zu bestimmenden Sonn- oder Festtagen des Kalenderjahres bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden.

3. Abgesehen von den Fällen unter Ziffer 2 dürfen Arbeiter über 12 Uhr mittags hinaus, aber nicht länger als bis 7 Uhr abends, mit folgenden Arbeiten beschäftigt werden: Bereitung und Austragen leicht verderblicher Waren, die unmittelbar vor dem Genusse hergestellt werden müssen (Eis, Crêmes und dergl.).

Alsdann sind diese Arbeiter an einem Werktage der darauf folgenden Woche, mit Ausnahme der beiden letzten Wochen vor Weihnachten, von 12 Uhr mittags an von jeder Arbeit frei zu lassen.

4. Jedem Arbeiter ist zwischen der Beendigung der dem Sonn- oder Festtag vorangehenden Arbeitsschicht und dem Beginne der Sonn- oder Festtagsschicht eine ununterbrochene Ruhe von mindestens sechs Stunden und an den Sonn- und Festtagen, an denen seine Arbeitsschicht acht Stunden oder weniger beträgt, eine ununterbrochene Ruhezeit von wenigstens vierzehn Stunden zu gewähren. Diese vierzehnstündige Ruhe muß spätetens um 12 Uhr mittags beginnen und mindestens bis Mitternacht dauern.

5. Jedem Arbeiter ist wenigstens an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben.

6. Arbeitgeber, die von der in Ziffer 2 erteilten Erlaubnis, an acht Sonn- oder Festtagen im Kalenderjahre bis zu zwölf Stunden arbeiten zu lassen, auch nur an einem dieser Tage Gebrauch machen, sind verpflichtet, in dem Arbeitsraume eine mit der Jahreszahl versehene und polizeilich abgestempelte Tafel auszuhängen und auf dieser die betreffenden Tage unter Angabe des Beginns und der Beendigung der Arbeit mit Tinte einzutragen. Die Eintragungen müssen vor Beginn der Ueberarbeit erfolgen, andernfalls ist diese nicht erlaubt.

§ 3. „In Betrieben, in denen sowohl Bäckerwaren als auch Konditorwaren hergestellt werden, ist die Beschäftigung solcher Arbeiter, die an den Sonn- und Festtagen ausschließlich Konditorwaren herstellen, nach den in § 2 dieser Verordnung gegebenen Bestimmungen zu regeln. Die Beschäftigung aller übrigen Arbeiter solcher Betriebe unterliegt den in § 1 der Verordnung erlassenen Vorschriften.

Bäckerware im Sinne dieser Verordnung ist dasjenige Backwerk, das herkömmlich unter Verwendung von Hefe oder Sauerteig ohne Beimischung von Zucker zum Teig hergestellt wird.

§ 4. Vorstehende Verordnung tritt am 1. März 1909 in Kraft. Mit diesem Tage werden hiermit alle den gleichen Gegenstand betreffenden früheren Bestimmungen aufgehoben.

Aus der Ausschußsitzung des Berliner Kaufmannsgerichts.

Die letzte Ausschußsitzung des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte sich mit Anträgen, die auf Einschränkung des Verbots einer Aufrechnung gegen den Lohn, auf Errichtung eines paritätischen städtischen Arbeitsnachweises und auf Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses abzielten.

§ 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches verbietet in Konsequenz des Grundgedankens des Lohnbeschlagnahmegesetzes die Aufrechnung gegen den Lohn, soweit dieser den Jahresbetrag von 1500 M. nicht übersteigt. Ein Antrag der Beisitzer der Kaufleute verlangte eine Verschärfung dieses Verbots durch folgenden Zusatz zum § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches:

„Eine Aufrechnung gegen Lohn oder Gehalt ist auch für die Beträge, um die ein Angestellter seinen Dienstherrn grob fahrlässig oder absichtlich geschädigt hat, zulässig.“

Zur Begründung dieses antisozialen Antrages wurde angeführt: Es widerspreche dem allgemeinen Gerechtigkeitsgefühl, daß einem Angestellten, der nur ein Gehalt bis zu 1500 M. bezieht, kein Gehaltsabzug gemacht werden darf, auch wenn er durch grobfahrlässige Handlung oder absichtlich (Diebstahl, Betrug, Unterschlagung) seinen Dienstherrn geschädigt hat. In der Diskussion wurde der Antrag von den Gehilfenbeisitzern mit einer Ausnahme, sowie von einem Beisitzer der Kaufleute energisch bekämpft. Letzterer hob unter anderem hervor, daß der Antrag ohne genügendes Material eingebracht sei, man solle sich doch die Abänderung von Gesetzen nicht gar so leicht machen. Redner beantragte, den Antrag einer paritätischen Kommission von 6 Beisitzern zu überweisen, der das Material für denselben unterbreitet werden soll. **Der Ausschuß stimmte dem zu.**

Die Beisitzer des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hatten folgenden auf den Arbeitsnachweis bezüglichen Antrag eingebracht: „Das Kaufmannsgericht Berlin ersucht die Gemeindebehörden von Berlin, für die kaufmännischen Angestellten einen städtisch-paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Da die Zentralisierung des Arbeitsnachweises für Berlin mit den Nachbargemeinden notwendig ist, ersucht das Kaufmannsgericht ferner die Gemeindebehörden von Berlin, sich zu diesem Zweck mit den Nachbargemeinden in Verbindung zu setzen. Die Kosten des Arbeitsnachweises sollen die daran beteiligten Gemeinden tragen.“ Zur Begründung brachte der Vertreter des Zentralverbandes reichliches statistisches Material dafür bei, daß die Stellenvermittelung, wie sie heute besteht, ein Krebsschaden für die Berufsgenossen ist. — Für den Antrag erklärten sich die Gehilfenbeisitzer des deutsch-nationalen Verbandes, sowie ein Beisitzer der Kaufleute. Bei der Abstimmung stimmten sechs Gehilfenbeisitzer und ein Beisitzer der Kaufleute für denselben, vier Gehilfenbeisitzer und neun Beisitzer der Kaufleute dagegen.

Ein weiterer Antrag des Zentralverbandes bezog sich auf den Achtuhr-Ladenschluß. Er ging dahin: „**Den Achtuhr-Ladenschluß reichsgesetzlich für alle offenen Verkaufsstellen an allen Werktagen einzuführen und die Arbeit nach dem Ladenschluß — mit Ausnahme des Zustandebringens der Kundschaft — zu verbieten.**“ Die Beisitzer der Kaufleute erklärten sich in der Diskussion mit Ausnahme eines Beisitzers gegen den Antrag. Letzterer erklärte sich für den Antrag, weil er für ihn eine Etappe zum achtstündigen Arbeitstag bedeute, der sein Ziel sei.

Während der Diskussion ging von den Beisitzern des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ein Antrag ein, als Schlußpassus dem Antrage anzufügen, daß Absatz 1 und 2 des § 139e der Gewerbeordnung so abgeändert werden sollen, daß nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit (statt wie jetzt 10 bis 11 Stunden) nunmehr eine **ununterbrochene Ruhezeit von 12**

Stunden gewährt werden muß. In der Diskussion wurde von seiten der Kaufleutebeisitzer hervorgehoben, daß diese Anträge nur eingebracht würden, um agitatorisch zu wirken. Wenn derartige Anträge Gesetz würden, gehe der Kaufmannsstand zugrunde und die Gehilfen würden sich am meisten damit schaden! Man solle durch solche Gesetze nicht noch mehr unglückliche Leute schaffen, als heute schon sind, und solle es der freien Vereinbarung überlassen. Die Prinzipale würden schon von selbst Verbesserungen einführen, nur solle man sich hüten, diese durch gesetzlichen Zwang zu erreichen. Diese Ausführungen wurden von einem Beisitzer der Kaufleute und den Gehilfenbeisitzern gründlich widerlegt und dargelegt, daß die Handlungsgehilfen keine platonische Liebe seitens der Chefs zu den Sozialgesetzen, sondern gesetzliche Maßregeln zum Schutze ihrer Gesundheit wünschen. Der Antrag gelangte gegen 9 Stimmen der Kaufleute durch die Stimme eines Chefs und der Gehilfen zur Annahme.

Der Passus, der sich auf das Verbot der Arbeit nach dem Ladenschluß bezieht, wurde vor der Abstimmung zurückgezogen.

Boykottplakate.

Zur Zeit des Bäckerausstands und -Boykotts in Berlin hatten eine Anzahl Bäckermeister die bekannten Plakate öffentlich sichtbar ausgehängt, welche ankündigten, daß hier boykottfreie Backware zu haben sei, und auf denen unten der Bäckerverband die Angabe als zutreffend bestätigte. Es ergingen mehrfach **polizeiliche Anweisungen auf Entfernung der Plakate.** Bäckermeister Oberreicher und Genossen klagten nach vergeblicher Beschwerde im Verwaltungsstreit. Das Oberverwaltungsgericht wies am Dienstag ihre Klage mit folgender Begründung ab: In der Bezugnahme der Plakate auf den damaligen Lohnkampf im Bäckergewerbe finde das Gericht, gleich dem Kammergericht, eine Ueberschreitung derjenigen Bestimmungen, welche im preußischen Preßgesetz von 1851 in bezug auf Plakate gegeben seien und noch zu Recht beständen. Angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden dürften danach (§ 9) keine Plakate, welche einen anderen Inhalt hätten als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr. Es gehe nun über den Begriff „Nachrichten für den gewerblichen Verkehr" hinaus, wenn es in den Plakaten heiße, daß die fragliche Bäckerei vom Gesellenverband freigegeben sei und dort **boykottfreies Backwerk** zu haben wäre. Denn das bedeute eine Stellungnahme im Lohnkampf. Somit handele es sich um unzulässige Plakate und die Klage wäre abzuweisen.

Die Entscheidung ist irrig. Denn gerade für die Kreise, die boykottfreie Bäckerwaren haben wollen, teilt das Plakat in der denkbar kürzesten Weise mit, daß Ware der gesuchten Art vorliegt. Die Auslegung des Kammergerichts und Oberverwaltungsgerichts enthält die durch das Gesetz nicht gerechtfertigte Behauptung, dem Käufer dürfe nicht daran liegen, zu wissen, unter welchen Arbeitsbedingungen die Waren hergestellt sind. Wäre statt des Zusatzes „boykottfrei" eine Schutzmarke „gesund" gewählt, so ergibt sich das Unzutreffende der höchstrichterlichen Entscheidung noch klarer.

Für die „Leute" gut genug.

Vom Landgericht Gera (R.) ist am 12. November v. J. der Mühlenbesitzer Bernhard Wolfram wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilt worden. Er beschäftigt in der Burkhardtsmühle bei Schleiz mehrere Personen als Gesinde, die von ihm Wohnung und Beköstigung erhielten. Eine neue Wirtschafterin fand große Unsauberkeit vor. Das Pökelfleisch hatte einen üblen Geruch und war fingerdick mit Maden belegt, auch innen mit Maden durchsetzt. Der neuen Wirtschafterin erklärte der Mühlenbesitzer auf den Hinweis des ekelerregenden Zustandes des Fleisches: „Ach, das ist für die Leute gut genug, was ich esse, können die Leute essen. Putz' die Maden ein bißchen weg." Derartiges Fleisch ließ der Angeklagte längere Zeit den Leuten vorsetzen. Die Leute ekelten sich aber in manchen Fällen und warfen das Fleisch zum Fenster hinaus. Das Fleisch war verdorben und enthielt schwere Fleischgifte, die wahrscheinlich die Ursache der Magenerkrankungen mehrerer Arbeiter waren. — Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Der Mann sollte zum Ehrenmitglied der konservativen Partei ernannt werden.

Aus Industrie und Handel.

Von der Krise.

Wenn die öftere Wiederholung eine behauptete Tatsache wahr machen könnte, müßte die Krise überwunden sein. Leider ist sie es nicht, trotz der vielen Ankündigungen: Nun wird's besser! Die Summe der ungünstigen Verhältnisse überwiegt bei weitem die meist nur konstruierten Momente, die eine Belebung am Wirtschaftsmarkt darstellen sollen. In den letzten Tagen blieb die Lage an den Montanmärkten unverändert ungünstig, von Kauflust war nichts zu spüren. Der Stahlformgußverband, der bereits im November vorigen Jahres wegen Preisunterbietung der außenstehenden Werke eine zehnprozentige Preisermäßigung vornahm, hat die Verkaufspreise abermals um 5 bis 10 Prozent herabsetzen müssen. Die Produktionseinschränkungen haben die Ansprüche an den Eisenbahnwagenpark erheblich eingeschränkt. So sind z. B. im Bereich des preußischen Eisenbahnwagenverbandes im Januar d. J. gegenüber dem Parallelmonat des Vorjahres 84 503 oder pro Arbeitstag 716 offene Wagen weniger gestellt. Für gedeckte Wagen ergibt sich eine Zunahme von 17 290 Wagen. Natürlich sind auch die Einnahmen zurückgegangen und zwar im Güterverkehr um 5 834 453 M. bei allen deutschen Eisenbahnen zusammen. Für die Bahnen mit dem Rechnungsjahre April—März stellen sich nunmehr die Einnahmen für die Zeit vom 1. April 1908 bis Ende Januar 1909 aus dem Güterverkehr auf 1 159 052 257 M. (— 51 439 289 M.). Das ist ein ganz erheblicher Ausfall. Auf den amerikanischen Eisen- und Stahlmärkten ist wieder ein Rückschlag eingetreten. So wird aus Pittsburg gemeldet: Die Stahlmärkte sind demoralisiert durch die Preisrückgänge in Stahlröhren, die um 10 bis 12 Dollar niedriger notierten als gestern abend. Stahlstangen lagen um 4 Dollar niedriger. Und eine Meldung aus New York besagt: Die Carnegie Steel Company reduzierte den Tonnenpreis für Stahlbarren um 4 Dollar. Die Börse war daraufhin sehr gedrückt.

Allzu scharf macht schartig.

Dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat muß es allmählich dämmern, daß es mit seiner Preispolitik den Bogen überspannt hat. Die Zahl der abspringenden Konsumenten mehrt sich. Die „Rh.-Westf. Ztg." schreibt in der Angelegenheit: In der letzten Zeit mehren sich die Mitteilungen über außersyndikatliche Kohlen- und Koksabschlüsse von industriellen Werken und Verbänden. Wir erinnern nur an das Vorgehen der süddeutschen Industriellen, der Bielefelder Handelskammer sowie verschiedener einzelner Gesellschaften, unter denen sich auch große südwestdeutsche Werke befinden. U. a. haben verschiedene größere lothr.-luxemb. Werke, wie die Firma Gebr. Röchling, bei der Vereinigungsgesellschaft im Wurmrevier und beim Eschweiler Bergwerksverein langjährige Verträge auf Kohlen bezw. Koks abgeschlossen. Auch im Siegerlande sind, wie wir hören, neuerdings von zwei Werken, Charlottenhütte und Rolandshütte, langjährige Verträge auf Koksliefernngen mit dem Fiskus gemacht worden. Der Vertrag der ersteren mit dem Fiskus läuft auf die Dauer des Syndikatsvertrages, und die vereinbarten Preise sollen sich unter den Syndikatspreisen bewegen. Es wird uns verwaltungsseitig versichert, daß dem Werke aus diesem Vertrage außerordentliche Vorteile erwachsen würden. Auch die Konkordiahütte in Bendorf hat ihren Koksbedarf beim Fiskus eingedeckt. Wir wollen nicht weiter untersuchen, inwieweit der Fiskus nun auch in der Lage ist, die zahlreich eingegangenen Verpflichtungen auch wirklich zu erfüllen. Dieselben scheinen doch recht groß zu sein und etwas über seine heutige Herstellung an Koks und Kokskohlen hinauszugehen. Ob die Werke Garantien für die pünktliche Lieferung der abgeschlossenen Mengen erhalten haben, ist uns nicht bekannt. Für die Güte des Koks soll der Fiskus die weitestgehenden Verpflichtungen übernommen haben, wie sie das Kokssyndikat nicht eingeräumt hat. Von den Werken wird auch versichert, daß der Koks besser sei, als der vom Syndikat gelieferte. — Für das Syndikat sollten diese abspringenden Verbraucher und die immer mehr um sich greifende Unzufriedenheit doch eine Mahnung sein, in seiner Preispolitik sich in Zukunft nicht allzusehr von theoretischen Grundsätzen leiten zu lassen, sondern mehr den tatsächlichen Konjunkturverhältnissen und den Wünschen seiner Abnehmer Rechnung zu tragen. Nicht zuletzt wird neuerdings auch über die Untersyndikate, die sogenannten Kohlenhandelsgesellschaften in dieser Beziehung geklagt.

Kohlendividenden.

Den Aktionären des Kölner Bergwerksverein soll eine Krisendividende von nur 30 Prozent in Vorschlag gebracht werden. — Die Papierinhaber der „Eintracht", Braunkohlenwerke, die für das vorletzte Jahr mit 24 Proz. sich begnügen mußten, sollen diesmal wenigstens 27 Proz. erhalten. 217 Proz. Dividende können die Aktionäre des Zwickauer Steinkohlenbergbauvereins einstreichen. Auf jede Aktie im Nennwert von 138 M., die an der Börse mit über 2000 M. gehandelt werden, kommen 300 M. Dividende zur Verteilung, für das voraufgegangene Jahr bloß 270 M. — Die Kohlenbarone haben's doch schwer.

Schürung der Unzufriedenheit.

Wie die „Köln. Volksztg." glaubt feststellen zu können, sind bei den am 15. Februar auf einer Reihe Gruben im Ruhrrevier vorgenommenen Kündigungen nur organisierte Arbeiter von der Maßregel betroffen worden. Das könnte kein Zufall sein. Und der Zweck der Uebung kann auch kaum verkannt werden. Man will „säubern" und eventuell die Empörung aufstacheln. Die Kohlenbarone könnten einen Ausstand gut gebrauchen, das wäre das beste Mittel zur Durchsetzung der nun von vielen Seiten angegriffenen Syndikatspreispolitik.

Herr Langhammer auf Kriegspfaden.

Unsere Notiz über den „Tiag" hat Herrn Tapetenfabrikant Max Langhammer auf den Plan gerufen. Aber er weiß nichts Besseres zu tun, als den Sozialistentöter herauszukehren. Das soll der Ersatz sein für die Unmöglichkeit, sachlich etwas zu sagen. Er hat ein Rundschreiben an Tapetenhändler losgelassen, in dem er also orakelt:

„Mit welchen Mitteln diese Agitation betrieben wird, beweist die Tatsache, daß sämtliche sozialdemokratische Zeitungen das Material für die Angriffe erhalten haben. Diese Parteizeitungen benutzen das mit um so größerem Behagen, weil ich mich seit Jahrzehnten an dem Kampf gegen diese Partei beteiligt habe und deshalb bin ich bei der Sozialdemokratie eine unbeliebte Persönlichkeit."

Was Herr Langhammer behauptet, ist — nicht wahr. Eine Unwahrheit ist alles was er zur Verteidigung des vom „Tiag" ausgeübten Terrorismus aufbieten kann.

Aus der Frauenbewegung.

Rückständigkeit gegenüber der Lehrerin.

Der brandenburgische Städtetag erklärte am 13. d. M. in außerordentlicher Tagung den Gesetzentwurf betreffend die Besoldungsfrage der Volksschullehrer und -Lehrerinnen für unannehmbar.

Den Gipfelpunkt der Verständnislosigkeit bezeugen die Herren Beschlußverfasser in der Auffassung des Berufes der Lehrerinnen.

Nicht allein, daß sie von einer augenfälligen Bevorzugung der Lehrerinnen vor den Lehrern sprechen, dadurch, daß die Erreichung des Höchsteinkommens nur um 900 M. dem Höchsteinkommen der Lehrer nachsteht, sie orakeln auch, daß durch angemessene Entlohnung die „Neigung zur Ehelosigkeit" gefördert und somit ernster sozialer Schaden gestiftet werde. Es würde dieses Einkommen der Identität als „Unterhaltungsrente" nicht mehr entsprechen, befürchten die Stadthäupter und fanden verständnisinnige Zustimmung bei den — Lehrern.

Wörtlich sagt ein vorgelegter Beschluß:

„Will der Staat den gefährlichen Versuch machen, die Besoldung hinfort als volle Entlohnung für geleistete Dienste zu behandeln" usw.

Das ist zwar nicht schön gesagt, aber dafür ist das Motiv recht häßlich. Man führt an, daß die Lehrerin eine geringere Vorbildung besitze, weniger Stunden erteile, und den Lehrer erfahrungsmäßig in der Regel weder in den Gipfelleistungen erreiche, noch in stark gefüllten Klassen und in den ihrer Begabung ferner liegenden Lehrgegenständen des Realgebietes ersetze. Einerseits ist ja dementsprechend schon ein um 900 M. geringeres Höchsteinkommen vorausgesehen, andererseits werden durch bessere Entlohnung Kräfte mit besserer Vorbildung in den Lehrerinnenberuf hereinbezogen werden und zugleich höhere Leistungen garantiert.

Wie kann man jedoch von „antisozialer und ungerechter Begünstigung" der Lehrerinnen sprechen, wenn kurz vorher „die Besoldung als volle Entlohnung für geleistete Dienste" als „Unrecht" proklamiert wird! Und angesichts solcher vom Staate geforderten ungerechten Handlungsweise von „Verschwendung öffentlicher Mittel" zu reden noch den Mut haben? Das sagt man, obwohl nicht unbekannt ist, daß die Höchstgehälter von den Lehrerinnen nur sehr selten erreicht werden, weil viele von ihnen vorher durch Heirat abgehen. Und mit den Anfangsgehältern — nicht mal 1100 M. — sind die Lehrerinnen ganz bedeutend schlechter gestellt als die Lehrer. Allerdings, man befürchtet, daß wenn die Höchstgehälter höher normiert werden, dann der Abgang durch Heirat sich vermindere. Deshalb sollte man aber nicht mit ungleichem Maß messen, sondern vielmehr das Eheverbot der Lehrerinnen aufheben.

Der Beruf der Volksschullehrenden, männlichen und weiblichen Geschlechts, fordert Einsetzen der ganzen Kraft und der ganzen Persönlichkeit!

Daß die Lehrer seit einem Jahrzehnt eine umfangreiche Agitation zur Erreichung besserer Besoldung betrieben haben, ist ihr gutes Recht, und auch, daß sie weiterhin an ihrer und der Volksschule Besserstellung arbeiten. Aber — einen Vorwurf den Lehrern — nicht getrennt, sondern vereint mit den weiblichen Kolleginnen sollten sie arbeiten.

Infolge einer Besserstellung der Lehrerinnen werden sich der Volksschule immer mehr bessere und gut vorgebildete Kräfte zur Verfügung stellen. Das kann dem Wesen der Volksschule entschieden nur förderlich sein. Wenn Herr Oberbürgermeister Werner durch die Erhöhung der Lehrerinnengehälter die Neigung zur Ehelosigkeit befürchtet, so wäre, wie bemerkt, die einfachste Lösung: die Fortsetzung des Berufs auch in der Ehe.

Gerade für die Volksschule können weibliche Kräfte in sorgenfreier Existenz viel Gutes leisten! Und eine Lehrende, die selbst Mutter ist, wird der Pädagogik Gemütvolles und Wertvolles hinzuzusetzen haben. Eingedenk des Wortes im vielerwähnten Sinn, „daß der beste Vater dem Kinde nicht die Mutter ersetzen kann", werden gemeinschaftlich männliche und weibliche Kräfte harmonisch wirken müssen, um die Volksschule auf ein höheres Niveau schaffen zu helfen!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr im neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Legien: „Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung". Gäste willkommen.

Sonntag, den 28. Februar: 10. Stiftungsfest in Freyers Festsälen. Festrede, Orchestermusik und Volkschor unter Leitung des Herrn Dr. Zander. Billetts im Verein, in den Zahlstellen und an der Abendkasse.

Verein der Hausangestellten. Sonntag, 21. Februar bei Mirich, Stegliger Str. 85: Anfang der Veranstaltung 6 Uhr. 8 Uhr Vortrag. Herr Heinr. Schulz: „Wie und was sollen wir lesen?"

Versammlungen.

Die Berliner Holzarbeiter im Jahre 1908.

In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Berliner Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes wurde der Jahresbericht für 1908 ausgegeben. Er ist in einer reichhaltigen Broschüre niedergelegt. Wir entnehmen ihm einige der wesentlichsten Angaben:

Das Jahr 1908 war für die Berliner Holzindustrie ein Jahr des Niederganges, ein Jahr der größten Arbeitslosigkeit. In fast allen Branchen fanden umfangreiche Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen statt. Durchschnittlich waren im Laufe des Jahres rund 3000 Mitglieder arbeitslos. Die höchste Zahl der Arbeitslosen war 4600, sie wurde in der ersten Woche des Monats Januar erreicht. Die niedrigste Zahl der Arbeitslosen war im September mit 1660 zu verzeichnen. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 504 860 M. und für Unterstützung der Gemaßregelten 27 159 M. ausgegeben.

Wegen der schlechten Geschäftslage sind Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geführt worden. Dagegen wurden zahlreiche Einzelkämpfe zur Abwehr von Lohnabzügen und sonstigen Verschlechterungen geführt. Eine Bewegung in der Stockbranche brachte Verbesserungen durch einen günstigen Vertragsabschluß, der für 15 Betriebe mit 835 Arbeitern gilt. In zwei nicht unter den Vertrag fallenden Betrieben mit 122 Arbeitern wurden ähnliche Bedingungen durchgesetzt.

In allen anderen Branchen der Holzindustrie sind nur Kämpfe zur Abwehr von Verschlechterungen geführt worden. Die Unternehmer, die nicht im Vertragsverhältnis mit dem Verbande stehen, versuchten fast ausnahmslos Lohnabzüge vorzunehmen. In 256 Werkstätten mit rund 4400 Arbeitern konnten die Abzüge durch Verhandlungen meist vollständig rückgängig gemacht werden. In 35 anderen Werkstätten mit 753 Arbeitern wurden Abwehrstreiks geführt, die in 20 Betrieben Erfolg hatten, in 12 Betrieben aber verloren gingen und in 3 Betrieben am Schluß des Jahres noch nicht erledigt waren. — Angriffsstreiks wurden in 2 Betrieben mit 85 Arbeitern erfolgreich und in 1 Betrieb mit 18 Arbeitern erfolglos geführt. Im ganzen wurden im Berichtsjahre 40 Streiks mit 4934 Beteiligten geführt. — Im Vorjahre waren es 58 Streiks mit 11 268 Beteiligten.

Aus Anlaß der Maifeier nahmen die Unternehmer im Jahre 1908 eine größere Aussperrung vor als früher. Dazu ermunterte sie die große Arbeitslosigkeit. Diese war auch die Ursache, daß die Beteiligung an der Maifeier geringer war als im vorhergegangenen Jahre. An der Demonstrationsversammlung am 1. Mai nahmen im Berichtsjahre 20 750 Feiernde teil gegen 25 879 im Vorjahre. Ausgesperrt wurden 4083 Maifeiernde aus 249 Betrieben. Von den Ausgesperrten wurden 266 endgültig entlassen. Die Unterstützung der Maiausgesperrten erforderte 61 103 M. — Daß die geringere Beteiligung an der Maifeier und die größere Aussperrung lediglich auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen ist und bei besserem Geschäftsgang wieder eine entgegengesetzte Wirkung eintreten wird, zeigt folgende Zusammenstellung über die Maifeier in früheren Jahren:

Jahr	Feiernde	Ausgesperrt Betriebe	Ausgesperrt Holzarbeit.	Streikunterstützung	
1901	14 000	179	2 922	19 030 M.	20 Pf.
1902	15 000	288	2 779	18 275 „	05 „
1903	17 000	15	114	1 847 „	45 „
1905	20 000	22	273	1 154 „	20 „
1906	28 000	80	1 678	12 629 „	45 „
1907	25 879	67	922	1 675 „	75 „
1908	20 750	249	4 083	61 103 „	10 „

In den Betrieben, welche dem Tarifvertrage unterstehen, waren in 246 Fällen Lohndifferenzen ausgebrochen, von denen 234 durch die Schlichtungs-Kommission beigelegt worden sind. Die Vertreter der beiderseitigen Organisationen mußten 252 mal in den Betrieben verhandeln, dabei wurden in 88 Fällen Sachverständige hinzugezogen. Von den 234 Differenzen wurden 108 zugunsten der Arbeitnehmer, 62 zugunsten der Arbeitgeber und 64 durch teilweise Anerkennung der Forderungender Arbeiter erledigt. Wiederholt kam es vor, daß sich Unternehmer dem Spruch der Schlichtungskommission nicht fügten und deshalb verklagt werden mußten.

Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres von 24 092 auf 23 835 zurückgegangen. Der geringe Rückgang von nur 257 Mitgliedern in einem Jahre des schwersten wirtschaftlichen Niederganges ist ein sicheres Zeichen für die Festigkeit der Organisation und den Zusammenhalt der Mitglieder. Sie bleiben, wie man aus den Zahlen sieht, auch in schweren Zeiten dem Verbande treu.

Der Kassenbericht zeigt eine Jahreseinnahme von 1 201 991,80 M., davon sind 100 121,07 M. Bestand vom Vorjahre. Ausgegeben wurden für Streikunterstützung 115 112,69 M., Maßregelungsunterstützung 27 159,90 M., Reiseunterstützung 5866,80 M., Arbeitslosenunterstützung 504 860,26 M., Krankenunterstützung 244 935,80 M., Sterbegeld 9889,15 M., Rechtsschutz 10 326,18 Mark, besondere Unterstützung 11 049,45 M., an die Hauptkasse gesandt 20 773,37 M., örtliche Verwaltung 51 290,46 M., andere Ausgaben 80 677,05 M. Die Gesamtausgabe beträgt 1 081 941,20 M., der Kassenbestand 120 050,30 M.

Nach Eröffnung der Versammlung verwies Glocke darauf, daß diese Generalversammlung die erste unter dem Delegiertensystem ist. Da die Delegierten für das ganze Jahr gewählt sind, so hätten sie Gelegenheit, gründlich Einblick zu nehmen in die Geschäfte und durch die so gewonnene Sachkenntnis zum Wohle des Verbandes zu wirken.

Hierauf wurde der Kassenbericht für das vierte Vierteljahr 1908 erstattet und diskutiert. — Dann gab Glocke einen Ueberblick über die Tätigkeit der Organisation im abgelaufenen Jahre und gab einige Erläuterungen zu dem gedruckten Jahresbericht. — Nach einer Diskussion über geschäftliche Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse, nahm die Versammlung die regelmäßigen Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung vor. Einstimmig wiedergewählt wurden als erster Bevollmächtigter Glocke, als erster Kassierer Miske, als erster Schriftführer Grabe, als zweiter Obmann der Schlichtungskommission Reiche, als Arbeitsvermittler Guth, als Bureauarbeiter Kloß und Langhammer. Ferner wurden gewählt als Beisitzer Felix Leopold, als Revisoren Habermann und Breitkopf. Aus der Stichwahl, die noch von der vorigen Generalversammlung her datiert, ging Werner als Bureauarbeiter hervor.

Rebenische Kranken- und Sterbekasse Nr. 5, gegr. 1795. Heute 2—7 Uhr: Zahl- und Aufnahmetag bei Röwer, Elisabethkirchstr. 44.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise behauptet. Fische: Zufuhr in Nordseefischen etwas knapp, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE — ALEXANDERPLATZ — FRANKFURTER ALLEE

6 Waggon Porzellan u. Wirtschaftsartikel

Diese Woche — **zu außerordentlich billigen Preisen.** — Soweit Vorrat

Braune emaillierte Geschirre mit Hohlgriffen

aussergewöhnlich billig

Schmortöpfe ohne Ring	30, 35, 45, 55, 65, 80 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	45, 55, 75, 85, 95 Pf.
Kasserollen ohne Ring	25, 30, 35, 40, 50, 60 Pf.
Kasserollen mit Ring	55, 65, 75, 85 Pf.
Wasserkessel mit Sack	1.40 1.50 1.65 1.95
Wasserkessel für Gas	1.20 1.35 1.55 1.85
Bratpfannen mit Stiel	20, 25, 30, 35, 40 Pf.
Fettlöffelbleche mit 4 Löffel	2.50
Gaskochtöpfe mit Deckel	80, 95 Pf. 1.15 1.35 1.65 1.85
	1 1½ 2 2½ Liter
Kaffeekannen	60, 75, 85 Pf. 1.00
Töpfe grade Form	20, 22, 28, 30, 35 Pf.
Durchschläge	40, 50, 55, 60 Pf.
Bratpfannen mit hohem Deckel	1.15 1.50 1.90
Schaum- od. Schöpflöffel	20, 25, 30 Pf.
	35 40 45 cm
Wannen rund	1.30 1.70 2.00

Emaillierte Wannen 40 cm ... 90 Pf.

Echtes Porzellan weiss

Tafelgeschirre

Speiseteller flach	12 Pf.
Suppenteller tief	15 Pf.
Dessertteller	5, 8, 10 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel	85 Pf. 1.15
Kartoffelschüsseln mit Deckel	68 Pf.
Bratenschüsseln oval	25, 38, 55, 85 Pf.
Salatschüsseln viereckig	18, 28, 38 Pf
Saucieren mit Platte	45 Pf.
Beilageschalen oval	23 Pf.

Tafelservice aus diesen Geschirren zusammengesetzt

für 6 Personen 23 teilig 4.70 30 teilig ... 5.60
für 12 Personen 45 teilig 8.60 60 teilig 9.75 76 teilig 13.40

Kaffeegeschirre

Kaffeekanne	45 Pf. (für 6 Personen)
Teekanne	45 Pf. (für 6 Personen)
Milchgiesser	18 Pf. (für 6 Personen)
Zuckerdose	15 Pf. (für 6 Personen)
Tasse mit Untertasse	9 Pf.

Kaffeeservice aus diesen Geschirren zusammengesetzt

für 6 Personen 9 teilig 1.30 für 12 Personen 16 teilig 2.30

Grosse Post. Waschgarnituren

grosse, moderne Formen

5 teilig Elfenbeinmasse	5 tlg. Elfenbeinmasse mit Goldverzierung	6 teilig mit Fond und Goldverzierung
2.75	5.75	7.85

Glaswaren

Pressglas

Salat- oder Compotschalen Traubenmuster per Satz 7 Stück	95 Pf.
Compotteller diverse Formen	5 Pf.
Käseglocken gepresst	38, 45 Pf.
Butterdosen gepresst	14, 20 Pf.
Zuckerschalen gepresst	9, 12, 18 Pf.
Wasserbecher gepresst	5, 6 Pf.
Sturzkaraffen gedreht	16 Pf.
Wasserkannen gedreht, ca. 1 Liter	18 Pf.
Weinkaraffen mit Becher	18 Pf.
Römer aparte moderne Formen	18 Pf.
Rot- od. Rheinweinkelche glatt 15 graviert	23 Pf.
Sport-Likörkelche auf hohem Fuss	9 Pf.

Küchengarnituren

	„Herta" eckige Form Delft	„Rococco" echt Porzellan Delft
Gemüsetonnen	55 Pf.	90 Pf.
Essig- u. Oelflasch	55 Pf.	90 Pf.
Salz- u. Mehlmeste	1.45	1.95
Gewürztonnen	23 Pf.	33 Pf.
Satz Milchtöpfe 6 Stck.	2.55	2.75

Toilette-Eimer weiss od. creme mit Rohrbügel 2.95

Echte Hienfong Essenz

extrastark, hocharomat.
12 Flaschen Mk. 2.50
30 „ „ 5.75
franko jeder Poststat.
60 Flaschen Mk. 11.—
franko per Bahn.
Versand-Gesellschaft Magdeburg 90 Postfach 164.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebrauche man sofort

Reichel's „Electricum"

(Echtes Kiefernadelaether-Waldwollöl) ein reines unschädliches Naturprodukt. Electricum wirkt gleichsam elektrisierend auf den Körper und nicht wie spirituöse Einreibungen nur momentan, sondern ist von kräftig durchgreifender, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche Mk. 1.— und Mk. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's

Wacholder-Extrakt „Medico"

Flasche 75 Pf., Mk. 1.50 und Mk. 2.50 in den Drogerien und Apotheken erhältlich und zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Badet nur im Reform-Bad ich. C. Heimann, Wieser Str. 65, nahe Hochbahn.

Alle Arten Bäder.

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 5916L*

gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Das läßt man sich gefallen!

Auf **Teilzahlung** billiger als anderweitig **per Kassa** liefert nur das **Versandhaus Berliner Herren-Moden,** Stralauer Straße 28 I, am Molkenmarkt, an durchaus zahlungsfähige Kunden. **Garderobe** fertig und nach Maß. Eigene Zuschneiderei und Werkstätten, daher konkurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe, Garantie für tadellosen Sitz.
Nicht gelieferte Maßanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden im Konsumhaus, Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstr., zu Räumungspreisen nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Mustern jederzeit. — Nachdruck verboten. 5923L*

Muster an jedermann franko!

Seiden-Reste auf Extra-Tischen. Die große Seiden-Messe

welche das bekannte Seiden-Engros-Haus Seiden-Herzog als ganz besonderes Angebot zum ersten Mal arrangiert hat, erstreckt sich auf die gesamten großen Vorräte kostbarer Seiden und Samte und bietet jeder Dame Gelegenheit, die wundervollsten Seiden für Roben, Blusen, Jupons wirklich reell und billig einzukaufen. Viele Hundert Reste und Rest-Coupons, darunter schwere Seiden-Plüsche ohne Rücksicht auf die früheren Preise jetzt durchschnittlich 1.25, 1.50 p. Meter. Ferner: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben, glatt und gemustert 1.50, 2.00, 2.35 usw. — Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschaftsroben 1.50, 2.25, 2.75 usw. — Aparte Blusen- und Jupon-Seiden, Streifen, Karos, Chinés 1.50, 2.00, 2.50 usw. — Reinseidene schwarze Damaste, Merveilleux 15, 20, 30 M. p. Robe. — 1 Posten Crêpe de Chine, doppelt breit, für elegante Gesellschaftsroben 3.50, 4.50 usw. — 1 Posten wundervolle Eoliennes, doppelt breit, in allen Lichtfarben 2.85, 3.50 usw. — Viele Hundert einzelne Hochzeits- und Silberhochzeitsroben enorm billig. — Herrlich fließende Liberty-Seiden, sehr preiswert. — Schwere Damast-Futterseiden für Jacketts und Abendmäntel jetzt 1.50, 1.75. — 1 Posten wundervolle Samte für Blusen, anstatt 4.00 jetzt durchschnittlich 1.50 per Meter. **Aus der Konfektions-Abteilung Halbfertige Roben** in Tüll, Japan-Batist, jetzt 7.50, 10.50, 15—20 usw. **Schicke seidene Blusen** in allen Mascharten, darunter eine Serie, früher bis ca. 20.—, jetzt durchschnittlich 7.50. — **Seidene Jupons und Röcke** in allen Preislagen von 10.50.

Seiden-Herzog, Berlin nur: Leipziger Straße 79, am Dönhoffplatz, 1 Treppe.

Der Privatverkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Direkt anschließend an den Bahnhof

Seegefeld

Ab Station Jungfernheide
20 Pfennig-Tour.
R. v. 10 M. an
Verkaufskontor am Bahnhof
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Lege-Hühner,

garantiert beste junge Leger, a 2½ M. verkauft **F. Wegner,** Berlin SO., Mariannenstr. 34. 26/14*

Berlin, Alte Jakobstr. 124.

Elektro-Technikum

gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbild., staatl. inspiziert.

Neuer Abendkursus.

Prospekt kostenfrei.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Literarische Rundschau.

Zur Marxschen Wertlehre.

Wilhelm Hohoff: Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik. Eine Apologie des Christentums vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft. Paderborn 1908. 338 S. Preis 4,50 M.

Dr. Georg von Charasoff: Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft. Eine neue Darstellung seiner Lehre. Berlin 1909. 105 S. Preis 1,50 M.

Die katholische Kirche hat es jederzeit sehr gut verstanden, sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen, dabei aber den Schein starrster Prinzipientreue zu wahren. Die Lehre einer Religionsgemeinschaft jeweils so auszulegen, wie es die Bedürfnisse des praktischen Lebens erfordern, ist die vornehmste Aufgabe jeder Theologie, und dieses Bestreben hat naturgemäß zur Ausbildung und höchsten Verfeinerung jener Verdrehungskunst geführt, die wir an Jesuiten und Talmudisten in gleicher Weise bewundern können.

Eine der interessantesten Erscheinungen auf diesem Gebiete allmählicher Anpassung der Kirchenpolitik an die Anforderungen des praktischen Lebens ist die Geschichte des kanonischen Zinsverbotes.

Im frühen Mittelalter war die vorherrschende Form des zinstragenden Kapitals das Wucherkapital, das in erster Linie die Landwirtschaft ausbeutete. Der Wucher ist lediglich ein Schmarotzer am Wirtschaftsorganismus, der ihm die Lebenssäfte aussaugt. Nimmt er überhand, so geht die Wirtschaft zugrunde. Kein Wunder daher, daß das Zinskapital im Mittelalter nicht nur tief verhaßt war, sondern daß jede Erschwerung seines Umsichgreifens als kulturfördernd angesehen werden konnte. In diesem Sinne war daher die Kirche vollkommen im Rechte, als sie mit voller Schärfe das Zinsnehmen verbot. Mit der steigenden Macht der Kirche wuchs auch die Strenge und zugleich die Bedeutung dieses Zinsverbotes, dem sich auch das weltliche Recht anschloß. Trotzdem blühte aber der Wucher fort, und der Kampf kam nie zur Ruhe. Auf der einen Seite erneuerten die Päpste und Konzilien fortwährend ihre Verdammungen des Zinsnehmens und stellten die Wucherer mit den ärgsten Verbrechern auf eine Stufe, auf der anderen Seite versuchten die Geldbesitzer mit allen möglichen Mitteln der List und Spitzfindigkeit die kirchlichen und weltlichen Verbote zu umgehen, und es ist höchst interessant zu sehen, welche Orgien auf diesem Gebiete theologische und juristische Verdrehungskunst um die Wette feierten. Die Kirche aber beharrte als solche auf ihrem strengen Standpunkte, wenn auch zur gleichen Zeit Kleriker und Klöster sich selbst eifrig an Geldgeschäften beteiligten. Ja, jeder Zweifel daran, daß Zinsnehmen sündhaft sei, wurde in der feierlichsten Form als Ketzerei gebrandmarkt.

Aber die wirtschaftliche Entwickelung ist doch stärker als alle Autorität. Konnte das Zinsverbot schon im frühen Mittelalter nicht immer wirklich durchgeführt werden, so war dies vollends unmöglich, als mit dem Wachstum und der steigenden Bedeutung der Städte das Handelskapital und später auch das industrielle Kapital ihren Einzug hielten. In diesen Formen wirkt das Kapital nicht mehr hemmend und desorganisierend auf die Produktion, im Gegenteil wird es zu deren hervorragendstem Hilfsmittel und wirkungsvollstem Ansporn. Jetzt wurde jede Einschränkung seines Verwertungsbedürfnisses zum Hemmschuh der Produktion, gegen den sich diese mit Erfolg wehrte. Freilich spielte das Kapital diese Rolle zunächst nur in Industrie und Großhandel, der Landwirtschaft und dem Handwerk trat es noch immer vornehmlich als Wucherkapital gegenüber, nicht befruchtend, sondern zerstörend. Nun hat sich zwar die katholische Kirche allmählich auch der kapitalistischen Industrie und dem großen Warenhandel anzupassen gewußt; aber wirklich wohl fühlt sie sich doch nur auf den Gebieten der Landwirtschaft und des Handwerks, und so ist sie im Herzen dem Großkapital stets feindlich geblieben, wenn sie das heute auch oft nicht mehr so offen einzugestehen wagt.

So kam die Kirche allmählich in eine recht peinliche Situation. Nach all den feierlichen Verdammungen des Zinsnehmens konnte sie es, da sie ja stets behauptet, ihre Prinzipien gälten für alle Zeiten und alle Verhältnisse, nun nicht geradezu gestatten. Dabei aber fühlte sie sehr wohl ihre Ohnmacht, das Verbot in die Wirklichkeit umzusetzen. Noch einige Male machte sie etwas krampfhafte Versuche, und noch 1745 verbot eine Enzyklika des Papstes Benedikt XIV. das Zinsnehmen auch bei Produktivdarlehen; aber bereits seit dem 16. Jahrhundert hatten sich die weltlichen Gewalten zur ausdrücklichen Gestattung des Zinses bekehrt, und was noch weit wichtiger war, der Kapitalismus hatte die Welt erobert und lachte der Spinnewebfäden, mit denen ihn die kirchliche Autorität zu fesseln unternahm.

Ausdrücklich gestattet hat die katholische Kirche das Zinsnehmen auch bis heute nicht. Sie macht es hier wie auch sonst oft. Wenn sie einen Anspruch nicht durchsetzen kann oder will, läßt sie ihn nicht fallen, sondern sie duldet schweigend, daß ihm zuwidergehandelt wird und behält sich vor, die alten Forderungen aufleben zu lassen, sobald ihr die Zeit geeignet erscheint. Es wurde daher von Rom an die Beichtväter die Weisung hinausgegeben, die Gewissen derer, die mäßigen Zins nehmen, nicht zu beunruhigen, sofern sie nur bereit seien, sich den etwaigen kirchlichen Entscheidungen zu unterwerfen.

Jedenfalls hat aber diese Situation etwas Beunruhigendes für die Frommen, und es ist daher wieder Aufgabe der Theologen, zwischen Theorie und Praxis in irgend einer Weise Einklang herzustellen. Diesmal ist aber die Aufgabe wirklich schwer. Denn die kanonische, in den kirchlichen Gesetzbüchern festgelegte Definition des Wuchers lautet, daß er überall dort vorliege, wo „mehr zurück verlangt wird, als gegeben wurde“. Um also, wie es jetzt so dringend erforderlich scheint, die Gottgefälligkeit der kapitalistischen Plusmacherei zu beweisen, muß dargetan werden, daß beim Zinsnehmen in Wirklichkeit gar nicht mehr verlangt wird als gegeben wurde, der Zins muß also als Bezahlung für irgend etwas fungieren, was der Darleiher dem Borger bei der Kreditgewährung übertragen hat.

Dieser Nachweis ist aber heute durchaus keine Hexerei; denn auf diesem Gebiet haben die liberalen Vulgärökonomen ihren katholischen Brüdern schon wacker vorgearbeitet. Unter den verschiedenen Zinstheorien, wie sie von den sonst von katholischer Seite so verlästerten liberalen Professoren ausgekocht wurden, empfiehlt sich da den Theologen eine ganz besonders, die Lehre, daß beim Darlehen nicht nur das Geld übertragen wird, das natürlich zurückgegeben werden muß, sondern zugleich auch der — Gebrauch des Geldes, dessen Preis der Zins ist. Diese „Theorie“ ist zwar so unsinnig, daß dies selbst Böhm-Bawerk zugibt, obwohl sie von seinem Meister Karl Menger vertreten wird; aber zu welchen geistigen Gliederverrenkungen ist ein Theologe nicht bereit, wenn es gilt, Dogma und Wirklichkeit in Einklang zu bringen!

Aber die Theologen hatten hier zu viel bewiesen, mehr als für sie selbst gut war; denn wenn die Fruchtbarkeit eine dem Kapital von Natur aus innewohnende Eigentümlichkeit ist, dann hatten die liberalen Kirchenfeinde recht, die das alte kirchliche Zinsverbot als einen widernatürlichen und darum schädlichen, fast verbrecherischen Blödsinn betrachteten. Eignete dem Geldkapital wirklich die schöne Eigenschaft, von selbst wertheckender Wert zu sein, ohne weiteres Zutun Zins zu produzieren, dann waren die alten Kirchenväter, die Päpste und Konzilien, die Scholastiker und Gelehrten des Mittelalters Dummköpfe und Narren, die die alleinseligmachende Lehre der liberalen Manchesterschule nicht begreifen konnten.

Gegen diesen Vorwurf sucht nun Hohoff die Kirche oder wie er es nennt, das Christentum, in Schutz zu nehmen.

Wilhelm Hohoff selbst ist eine eigenartige und interessante Persönlichkeit. Katholischer Priester nicht nur dem Kleide und dem Namen nach, sondern offenbar auch mit dem Herzen, dabei ein Mann von scharfem Geist und großem Wissen, führt er seit Jahren einen mutigen, wenn auch aussichtslosen Kampf, um dem Geltung zu verschaffen, was er als Wahrheit erkannt hat. Wie aus einem Brief hervorgeht, den er im Jahre 1873 an den „Volksstaat“, den Vorläufer des „Vorwärts“ richtete, hat er schon als Student danach gerungen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und zur Wahrheit zu gelangen. Diese glaubte er endlich in der katholischen Lehre zu finden; zugleich aber stand er doch bereits im Banne des Geistes von Karl Marx, den er als den hervorragendsten und bedeutendsten Oekonomen erkannte, der je gelebt. Die späteren Schriften Hohoffs zeigen, daß sein ganzes geistiges Leben fortab von diesem Widerstreit beherrscht war, den er durchaus zur Versöhnung bringen wollte. So bietet sein Streben ein höchst lehrreiches, aber wie es scheint fast tragisches Beispiel dafür, wie der Mensch sich nicht von seiner Erziehung, seiner Jugend und all den ungezählten Einflüssen losmachen kann, die unkontrolliert auf ihn einstürmen. Wäre Hohoff in anderer Umgebung aufgewachsen, er wäre Sozialdemokrat geworden, und die Partei hätte in ihm einen scharfsinnigen, kenntnisreichen, temperamentvollen und charakterfesten Kämpfer gewonnen. So blieb er in ewigem Zwiespalt zwischen dem Kopf, der ihn zur Sozialdemokratie, und dem Herzen, das ihn zur katholischen Kirche zog. Seine letzte Schrift, eine Apologie des Christentums auf Marxistischer Basis, stellt einen kühnen Versuch dar, die Gegensätze zu vereinigen, der aber scheitern mußte.

Hohoff bekennt sich rückhaltlos zur Marxschen Wertlehre, spricht sich aber scharf gegen die materialistische Geschichtsauffassung aus. Er verkennt dabei, daß diese beiden Theorien so mit einander verwachsen sind, daß eine von der anderen nicht getrennt werden kann. Aber als gläubiger Katholik kann Hohoff natürlich die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Konsequenzen nicht anerkennen. Der Versuch aber, die beiden Lehren auseinanderzureißen, verstrickt ihn in ein Netz von Widersprüchen.

Er geht von dem Satze des Kirchenrechts aus, daß Wucher überall vorliegt, wo mehr zurückverlangt wird, als gegeben wurde, und zeigt, daß er nicht nur auf das Darlehen anzuwenden ist, sondern auf jedes Rechtsgeschäft, also auch auf den Lohnvertrag. Nun hat allerdings Marx nachdrücklich darauf hingewiesen, daß zwar der kapitalistisch ausgebeutete Arbeiter mehr Wert schafft, als er im Lohn erhält, und dies ist ja die Quelle des Mehrwertes, daß aber darin vom kapitalistischen Standpunkt aus keine Uebervorteilung des Arbeiters liege. Dieser erhält in der Regel den vollen Wert seiner Arbeitskraft in seinem Lohn. Hohoff weiß dies sehr gut und betont diesen Umstand sehr scharf gegenüber dem nicht auszutilgenden Mißverständnis liberaler Schulweisheit, als ob Marx sein System auf eine sittliche Verurteilung des Kapitalismus gestützt hätte. Er hat allerdings aus seinem ästhetischen und ethischen Abscheu vor den scheußlichen Folgen unseres Wirtschaftssystems kein Hehl gemacht; aber er hat weder den einzelnen Kapitalisten deswegen verdammt, noch auch erklärt, dieses System müsse beseitigt werden, weil es unsittlich ist. Vom Standpunkt seiner Geschichtsauffassung erkannte er die historische Notwendigkeit des Bestandes, aber auch des Unterganges des Kapitalismus.

Der gläubige Katholik steht aber notgedrungen auf einem ganz anderen Standpunkt. Für ihn gibt es sittliche Vorschriften von absoluter Giltigkeit für alle Zeiten und Länder, und zu diesen gehören in erster Linie die Dogmen seiner Kirche. Ob nun das Zinsverbot als Dogma anzusehen ist, wie Hohoff behauptet, oder nicht, wofür sich wieder andere Theologen aussprechen, jedenfalls wurde das Verbot des Wuchers, das ist mehr zu nehmen als zu geben, so oft und so feierlich von den höchsten Autoritäten der katholischen Kirche verkündet, seine Bezweiflung so ausdrücklich als Ketzerei gebrandmarkt, daß diese Lehre für jeden gläubigen Katholiken über allen Zweifel erhaben sein muß. Damit ist aber über das kapitalistische Wirtschaftssystem das sittliche Urteil gesprochen. Ganz richtig weist Hohoff darauf hin, daß es eine schlechte Ausrede ist, wenn die Verfechter des Kapitalzinses behaupten, der Borger leide keinen Schaden, da er das Geld produktiv anlegen und so mehr Profit machen könne, als der Zins beträgt. Das bedeutet eben nur, daß der Schaden von den Schultern des Borgers auf die der Arbeiter überwälzt wird, die er in seinem Betriebe Mehrwert schaffen läßt. Wem die kirchliche Lehre von der Sündhaftigkeit des Wuchers eine absolute Wahrheit ist, der kann sich auch nicht darauf ausreden, daß der Kapitalismus zur Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte notwendig ist; denn die Meidung der Sünde steht höher als jedes weltliche Interesse.

So hat es Hohoff zwar erreicht, das mittelalterliche Zinsverbot gegenüber den Anfechtungen liberaler und theologischer Vulgärökonomen zu rechtfertigen; aber er hat damit nicht eine Verteidigung der Kirche geliefert, sondern eine schwere Anklage gegen ihre Vertreter erhoben, die heute mit dem Kapital ihren Frieden gemacht haben, die selbst ungeheure Vermögen teils in zinstragenden Wertpapieren, teils in industriellen und selbst rein spekulativen Unternehmungen der schlimmsten Sorte angelegt haben.

Ob die alten Kirchenväter, scholastischen Gelehrten und Päpste mehr oder minder richtige Vorstellungen über ökonomische Dinge hatten, ist für den Kirchen- und Kulturhistoriker gewiß interessant; praktisch kommt es natürlich für uns in keiner Weise in Betracht. Ob ein katholisches Dogma vor Jahrhunderten in den damaligen Wirtschaftsverhältnissen begründet war oder nicht, ändert nichts an der Haltung, die wir heute denen gegenüber einnehmen, die sich daran halten oder es auf die heutigen Zustände anwenden. Wohl aber ist für uns der von Hohoff so eindringlich geführte Nachweis von Wert, daß das katholische Dogma die ganze kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft prinzipiell verdammt, mit der sich der Klerus, die Kirche so gut abgefunden hat, die sie mit allen Mitteln verteidigt.

Ist so auch die Absicht nicht verwirklicht, die Hohoff mit seiner Schrift verfolgte, und der Versuch einer Versöhnung der katholischen Kirche mit dem Marxismus, des Wertgesetzes mit einer idealistischen Geschichtsauffassung mißlungen, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß das Buch auch außer dem psychologischen Interesse an dem kühnen Versuch noch viel Lehrreiches und Anregendes bietet. Allerdings haftet ihm etwas Unausgeglichenes an, was freilich durch die Entstehungsgeschichte erklärt wird, die der Verfasser in einem Nachwort mitteilt. So enthält das Buch eine Fülle von zum Teil sehr interessantem Material, das aber oft nur zum Teil wirklich verarbeitet ist.

Großen Wert legt der Autor auf den Nachweis, daß bereits der heilige Thomas von Aquino, der berühmteste Theologe der katholischen Kirche, ein Anhänger der Arbeitswerttheorie war. Ueber die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen des großen Scholastikers ist in den letzten Jahren, seit Papst Leo XIII. in der berühmt gewordenen Enzyklika „Rerum novarum“ die Stellung der Kirche zur modernen sozialen Frage mit Argumenten des Aquinaten verteidigte, eine ganze Literatur entstanden. Hohoff bringt einige Zitate aus Thomas' Werken, die in der Tat seine Behauptung stützen. Aber mit Zitaten läßt sich eine solche Behauptung nicht gut beweisen, da der Zusammenhang fehlt und andere Stellen andere Auffassung verraten können; und so ist es auch kein Wunder, daß z. B. Schaub („Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Sozialismus“, Freiburg i. Br., 1898) wieder Zitate anführt, die den Schluß zuließen, Thomas sei ein Vorläufer der subjektiven Werttheorie. Wie weit diese Belegstellen beweisend sind und inwieweit die Argumente zutreffen, die Hohoff dagegen vorbringt, könnte wohl nur ein genauer Kenner der Schriften Thomas' beurteilen. Vor allem waren aber die Wertfragen für Thomas in erster Linie solche der Moral und nicht der Wirtschaft. Ihm lag hauptsächlich daran, festzustellen, wie der gerechte Wert und Preis sein solle, nicht wie die wirklichen Verhältnisse waren, und dadurch scheidet er schon von einem Vergleich mit Marx oder auch den meisten liberalen Oekonomen aus. Auch hat er sich über diese Fragen nur gelegentlich geäußert. Daß er den Mehrwert, wie Hohoff behauptet, prinzipiell und konsequent verworfen hätte, erscheint bei einem Manne nicht sehr glaubhaft, der die Sklaverei billigte. Denn welchen Wert hätte diese, wenn die Sklaven keine Mehrarbeit leisten sollen. Die ganze Frage hat aber für uns heute nicht mehr praktisches Interesse als etwa die Kenntnis der alten Belagerungsgeräte für einen modernen Ingenieur. Für den Theologen Hohoff hat sie natürlich Bedeutung; aber wir beurteilen die Kirche und ihre Politik nach ihren Handlungen und nicht nach der einstmaligen Richtigkeit ihrer dogmatischen Lehren.

Immerhin sind auch diese Partien des Hohoffschen Buches vom historischen Standpunkt interessant und wertvoll, wie überhaupt auf ökonomischem und historischem Gebiet die Stärke des Autors liegt. In den erkenntnistheoretischen Exkursen steht er leider ganz unter dem Einfluß des Jesuiten Cathrein, während er dessen Oberflächlichkeit und Unzulänglichkeit in der Behandlung sozialökonomischer Fragen freimütig anerkennt. Das ist eben das Unglück Hohoffs, daß er sich philosophisch von der katholischen Auffassung nicht frei machen kann. Das stört die Harmonie seines Denkens und beeinträchtigt den Wert seiner Schriften. Besonders macht sich das auch in seinem neuen Buch bemerkbar, wo oft unmittelbar neben ausgezeichneten ökonomischen und historischen Darlegungen ganz schiefe und theologisch verschrobene Urteile stehen.

So kommt es denn auch, daß Hohoff fast vollständig isoliert steht und von allen Seiten angefeindet oder totgeschwiegen wird. Die offizielle Wissenschaft hat er nicht nur durch seine Anerkennung der Marxschen Wertlehre herausgefordert, sondern er macht auch aus seiner geringen Achtung vor ihren Wortführern kein Geheimnis. So schreibt er z. B. über den großen Schmoller, daß, was er über den Wert sage, „seichtes Geschwätz sei, das die Druckerschwärze nicht wert ist, die es gekostet hat“; und kaum besser geht es Konrad, Boehm-Bawerk und den anderen Leuchten der staatlich geeichten Wissenschaft. Mit den katholischen Schriftstellern lebt er ebenfalls auf Kriegsfuß, da er ihre wissenschaftliche Unzulänglichkeit dargetan und gezeigt hat, wie sie ganz im Fahrwasser liberaler Vulgärökonomik einherplätschern. Den besonderen Grimm dieser Herren mußte er sich aber zuziehen, als er nachwies, daß in der offiziellen deutschen Uebersetzung der erwähnten päpstlichen Enzyklika „Rerum novarum“ zwei wichtige Stellen, die den Herren nicht in den Kram paßten, einfach gefälscht und so den Worten des Papstes ein ganz falscher Sinn unterstellt wurde. Zugleich hinderten ihn aber sein scharfer Geist und sein gerader Charakter, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, der er vermöge seiner theologischen Anschauungen ferner steht und stehen muß; und dafür können wir ihm nur dankbar sein.

Wir können uns mit Hohoffs ökonomischen Ausführungen fast durchgehends einverstanden erklären; aber für Arbeiter wird sein neues Buch nicht nur dadurch schwer genießbar, daß er in fünf fremden Sprachen zitiert, meist ohne deutsche Uebersetzung; weit störender wirken der philosophische und der theologische Standpunkt des Autors, die sich allenthalben geltend machen. In dieser Hinsicht ist eine ältere kleine Schrift Hohoffs „Warenwert und Kapitalprofit“ (Paderborn 1902, 72 Seiten) weit vorzuziehen. Sie enthält eine rein ökonomische, klare und gedrängte Darstellung einiger Grundsätze der Marxschen Wertlehre, fast ganz ohne theologische Verfärbung; und wenn sie diese schwierige Materie auch nicht erschöpft, was in dem Rahmen einer so kleinen Schrift nicht möglich war, ist die Darstellung doch sehr verdienstvoll und kann gewiß vielen als willkommene Einführung in das tiefere Studium von Marx' ökonomischen Lehren dienen.

Jedenfalls steht Hohoffs kleine Schrift auf einem unvergleichlich höheren Niveau als die Charasoffs. Hohoff führt einen anhaltenden und mutigen Kampf gegen die Verdrehungen, Entstellungen und Mißverständnisse, die die liberale Oekonomik bei der Behandlung von Marx' Wertgesetz zeigt. Man möchte an dem Erfolge dieses Kampfes völlig verzweifeln, wenn man sieht, wie ein Mann, der den Lehren von Marx offenbar mit großer Sympathie gegenübersteht wie Charasoff, diese so vollkommen verkennt und mißversteht. Andererseits zwingt uns aber gerade die Fülle der Mißverständnisse auf seiten der offiziellen Wissenschaft, ein solches Buch nicht mit Schweigen zu übergehen und dadurch scheinbar anzuerkennen. Das ist um so weniger möglich, als Charasoffs Schrift bereits von anderer Seite rühmend besprochen und den Arbeitern als Bildungsmittel empfohlen wurde. Dieser Zwang möge rechtfertigen, daß hier auf dieses Machwerk näher eingegangen wird, das sonst die Mühe nicht lohnen würde.

Nach Charasoffs Anschauung ist das, „was die Kapitalisten ihren Profit nennen, nichts als ein Rechenfehler, den sie jedesmal begehen und kraft ihrer Klassenstellung begehen müssen“. Vom gesellschaftlichen Standpunkt gehöre nämlich der Mehrwert auch zu den Produktionskosten, nach der individualistischen und deshalb unberechtigten und falschen Anschauung aber nicht. Der ganze Kapitalismus beruhe daher im Wesen auf einem Fehler in der Buchführung! Zu demselben weisen Schluß ist Herr Wilhelm Neurath bereits vor 15 Jahren gekommen; aber er stellte ihn wenigstens nicht als Marxsche Lehre hin wie Herr v. Charasoff.

Wollte man allen Unsinn erwähnen, der sich in dem Buche breit macht, man müßte es abschreiben; wollte man ihn richtig stellen, man müßte eine Darstellung des ganzen ökonomischen Systems von Karl Marx liefern. Es gibt kaum irgend einen Begriff der Marxschen Theorie, den Herr v. Charasoff nicht mißverstanden, kaum eine Lehre, die er nicht entstellt hätte.

Damit aber Herr v. Charasoff sich nicht beklagen könne, daß er ungehört verurteilt werde, möge er selbst ausführlicher zum Wort gelangen. Ich greife als Beispiel seiner Weisheit den Anfang des X. Kapitels heraus, das den Titel führt „Die allgemeine Krise“ (S. 79 fg.).

„Die dialektische Entwickelung der Natur vollzieht sich in Widersprüchen, die auftreten und wieder aufgehoben werden. So haben wir gesehen, daß der objektive Widerspruch der kapitalistischen Produktion — der Profit — durch den Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten aufgehoben wird. Was nunmehr ihren subjektiven Widerspruch anbetrifft — das Fallen der Profitrate —, so hebt sich dieser Widerspruch in der Weise auf, daß die Kapitalisten selbst jede Freude an der Produktion verlieren, die Produktion aufgeben und damit eine allgemeine Krise herbeiführen.

Die Gesellschaft hat mit dem Individuum einen Vertrag geschlossen und ihm für die Entwickelung der Produktivität eine Prämie — den Profit — in Aussicht gestellt. Mit der Zeit sieht aber die Gesellschaft ein, daß beide Punkte des Vertrages einander widersprechen. . . . Sowie die Gesellschaft dies einsieht, sucht sie den sie schädigenden Vertrag zu lösen. Die Arbeiterklasse streikt gegen die kapitalistische Produktionsweise. Dieser Streik muß schließlich gewonnen werden, da es sich um die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts handelt, um den Sieg des Menschen über die Natur, um die wissenschaftliche Regelung des Produktionsprozesses.“

Und dieses kindische Geschwätz nennt Herr v. Charasoff „den leitenden Gedanken der Marxschen Krisentheorie". Nach dieser Probe, die aber nach Belieben vervielfältigt werden könnte, ist es wohl nicht nötig, den Wert des Buches weiter zu erörtern. Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten, der als Schlußkapitel einen „hypothetischen Vortrag" bringt, in dem der Marx seiner Phantasie seinen bürgerlichen Gegnern die Charasoffsche Weisheit in besonders abgeschmackter Form auftischt.

Zur Einführung in das Studium der Marxschen Wertlehre kann man außer den Parteischriften, die diesem Zwecke dienen, vor allem Kautskys „Marx' ökonomische Lehren", auch Hoffs „Warenwert und Kapitalprofit" empfehlen. Vor Schriften, wie der Charasoffs, kann dagegen nicht eindringlich genug gewarnt werden. Sie dienen nur der Verwirrung und der Gehirnverkleisterung.

G. Eckstein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volksbühne. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr: 8. Abteilung im Neuen Schauspielhause: Rabagas, nachmittags 3 Uhr: im Herrnfeld-Theater (Nummern der Karten 4001—4800): Der Probekandidat. Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: 12./I. Abendabteilung im Neuen Schauspielhause: Der Diamant und Der zerbrochene Krug.

Neue Freie Volksbühne. Am Sonntag, 21. Februar, nachm. 2½ Uhr: im Deutschen Theater: Keitenglieder; in den Kammerspielen: Frühlings Erwachen; im Neuen Theater: Der Schwarzkünstler. — Silberfischchen; im Neuen Operetten-Theater: Das verwunschene Schloß; im Berliner Theater: Bartel Turaser; im Hebbel-Theater: Erde; im Friedrich-Wilhelmstädtisch. Schauspielhaus: Madame Sans-Gêne; im Schiller-Theater O: Ein Volksfeind; im Schiller-Theater Charlottenburg: Julius Cäsar.

Lessing-Theater.

Sonntag 3 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.** 8 Uhr: **Der König.** Montag 8 Uhr: **Der König.**

Hebbel-Theater

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: **Einer von unsere Leut'.** Nachm. 3 Uhr: **Bartel Turaser.**

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X . . .)
Morgen und folgende Tage: **Die fremde Frau.**

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. 3 Uhr: **Das verwunschene Schloß.** Abends 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.**

Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr: **Der tapfere Soldat.** Heute nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Ein Walzertraum.**

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 21. und Sonntag, 24. d. Mts., nachm. 3 Uhr: **Der Floh im Ohr.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonntag, 21. Februar, nachm. 3 Uhr. **Madame Sans-Gêne.** Abends 8 Uhr:
Lumpazivagabundus.
Montag: Lumpazivagabundus.

Luisen-Theater.

Nachmittags 3 Uhr:
Das Mädchen auf Irrwegen.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.
Montag: Mädchen auf Irrwegen.
Dienstag Premiere: Goldene Lebenslüge.
Mittwoch: Mädchen auf Irrwegen.
Donnerstag: Der Mann mit den vier Frauen.
Freitag: Die goldene Lebenslüge.

Lustspielhaus.

Nachm. 3 Uhr: **Die diane Maud.** Abends 8 Uhr: **Seine kleine Freundin.**

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Sonntag, den 21. Februar 1909:
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang in 8 Bildern von Berg und Kalisch.
Anfang 7½ Uhr.
Montag, 22. Februar, 7. Volksvorst. zu halben Preisen: **Die Sorglosen.**

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Warenhaus-Fräulein
Sonntagspreise.
Nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Einzährig-Unfreiwillig.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Alf Trolle: Die Danmarkexpedition von Mylius Erichsen.
Montag 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Straße No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc. 41/13

Passage-Panoptikum.

Neu! Neu!
Singhalesen-
Gaukler-Truppe
in ihr. wilden Heimatstreiben
Salome,
das blaue Weib.
D. Opfer unbarmherz. Tätowation.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Passage-Theater.

Heute zwei Vorstellungen
Nachm. 3—7 (kleine Preise).
Abends 8—11 Uhr:
Mdme.
Hanako
Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble
Robert Koppel, Chansonnier
The May Sisters, Drahtseil
Boston Quartett, Kunstgesang
und das glänzende
Februar-Variété-Programm.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielscher.

WINTER GARTEN

Heute Sonntag:
2 Vorstellungen 2
Nachm. 3½ Uhr. Kleine Preise.
Abends 8 Uhr gewöhnliche Preise.
Saharet
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.

Apollo Theater

Nachm. 3½ Uhr. Kleine Preise.
Familien-Vorstellung.
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Musik von Paul Lincke.
Dazu die phänomenalen Spezialitäten-Attraktionen. Abends 8 Uhr: Elite-Vorst. des hervorragenden Februar-Programms und
Onkel Casimir
In beiden Vorstellungen: Hochwasserkatastrophe in d. Altmark.

Folies Caprice.

Zum 73. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8¼ Uhr.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 68. 8 Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange:
Der Hüttenbesitzer.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Heute 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3½ Uhr, kl. Preise. Jeder Besucher 1 Kind frei.
Und abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das ganze Programm.
Im Tunnel: Bockbierfest. Regimentskap. Theaterbes. freien Eintr.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Ein Volksfeind.** Schauspiel in 5 Aufz. von H. Ibsen. Deutsch von W. Lange.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Rechts herum.** Schwank in 3 Akten v. Hans Gaus.
Montag, abends 8 Uhr: **Rechts herum.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Braut von Messina.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Julius Cäsar.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Erbe.** Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philippi.
Montag, abends 8 Uhr: **Das Erbe.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Charleys Tante.**

CASTAN's PANOPTIKUM

Friedrichstr. 165 (Pschorrpalast).
Ohne Extra-Entree! Neu! Lebend!
Der Mann mit den 3 Beinen!
Humoristische Künstler-Abende.
Beginn: Wochentags 7 Uhr abends.
Sonntags 4 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends.

Ausstellungshallen am Zoo.
HEKTOR-Ausstellung
20. u. 21. Febr.: Nicht-Jagdhunde
22. u. 23. Februar: Jagdhunde
Am 20. und 22. Februar bis 2 Uhr:
Richten der Hunde.

Eintritt 1 Mark
Sonnabend und Montag bis 2 Uhr: 2,00 Mark
Sonntag v. 4 Uhr ab 50 Pf.
Geöffnet v. 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Neue Welt

Arnold Scholz — Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal: **Gr. bayerisches Bockbierfest.**
Größter und amüsantester Bockbiertrubel Berlins.
3 Kapellen — 30 bayerische Madl
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.
Heute Sonntag, den 21. Febr., in den hinteren Sälen: **Großer Ball**
Voranzeige: Dienstag, 23. Febr.: Elitetag. Prämiierung d. kleinsten Damenfüßchens. 3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.

Frankfurter Hütte

Gr. Frankfurter Str. 101 u. Krautstr. 1.
3. Abteilung:
Bierschwemme
ff. gepflegte Biere a. d. Brauerei Königstadt a Glas 10 Pf.
Großartig renoviert!
Vorzügliche Speisen bei billigsten Preisen.
Täglich frische Bouillon mit Brötchen 10 Pf.
1. Abteilung:
Konzert-Säle
Gr. Bock-Jubel u. -Trubel b. freiem Entree.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags nachm. 5 Uhr, bei 10 Pf. Entr.
Es ladet ergebenst ein
Hermann Puscher, Oekonom.

Achtung! Achtung!
Gewerkschaften! Vereine! Gesellschaften!
Rauchfangswerder
Restaurant Waldhaus
Bahnstation Zeuthen. Fernsprecher: Amt Zeuthen Nr. 18.
Empfehle den geehrten Vereinen, Gewerkschaften usw. mein idyllisch am Zeuthener See und Dahme gelegenes, von schönen Waldungen umgrenztes und bedeutend vergrößertes Etablissement zu **Dampferpartien** und **Ausflügen.** Mehrere Säle, Hallen und Veranden sowie ein großer Parkettsaal stehen den werten Gesellschaften zur Verfügung.
Für gute Bewirtung sowie Bedienung bürgt mein langjähriges Renommee.
282* Hochachtungsvoll
Eduard Rutkowsky.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg — Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Inh.: Gebr. Arnhold.
Stadtbahnstation Frankfurter Allee. Fernsprecher Friedrichsberg No 8
Jeden Sonntag:
Große Tanz-Reunion.

Zirkus Schumann

Heute Sonntag 3½ Uhr u. 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2
Nachmittags
ein Kind frei,
weitere Kinder zahl. halbe Preise.
In beid. Vorstellungen ungekürzt:
Golo, der Seeräuber.
Der drollige Schimpanse **Paet**
Boxendes Känguruh.
Die Waffenschmiede.
Tiberio hebt einen Elefanten 5500 Pfund
Ringkampf mit dem **Stier.**

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rußland.
Aktuell!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

B.O.

Blüthner-Saal.
Blüthner-Orchester.
Sonntag, 21. Februar, 7½ Uhr:
Populäres Konzert.
Dirigent: Ferdinand Neisser.
Solist.: Frl. Huebner (Klav.), H. Dieclez (Cello).
A. d. Progr.: Beethoven: Ouv. „Coriolan"; Volkmann: Serenade für Cello; Schytte: Klavierkonzert (Cis-moll); Marschalk: Vorspiel aus „Pippa tanzt" (zum 1. Male).
Karten a 1.50, 1.—, 0.75 b. Bote & Bock, Wertheim usw., Orchesterbureau Lützowstr. 76, Tages- und Abendkasse am Konzerttage. 287/20
Donnerstag, 25. Febr., 8 Uhr: XVIII. Sinfonie-Konzert.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Tägl.: Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobauski
Gisella Lorma, Geschw. Goldacker, The Gouthsmitts, Elf u. Max Bach, Max Wilberg, Max Ree.
Der Talmi-Graf.
Posse in 1 Akt von F. Sobauski.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Sonntag, 21. Februar, zum 144. Male:
Die beiden Bindelbands
dazu neuer Varietéteil
5 Grebnieffs — Lyrico-Quartett — Diedrich Uipts — Georg Schindler
Les Astrées.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Olli. Brunnenstr. 16.
Wochentagspreise! Entree 30 Pf
Die alte Hanne.
Lebensbild in 4 Akten.
Anfang 7½ Uhr. Konzert 6½ Uhr.
Mittwoch, 24. Februar: Großes Bockbierfest.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entree, auch Sonntags. Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitanz.
Kinematograph.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.
Das vom Publikum u. d. gesamten Presse anerkannt vorzügliche
Februar-Programm.
Sensationell! Sensationell!
Georg Gailer
der phänomenale Balancekönig.
Wiederauftreten von Ivan Veilch
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Hamburg.
Familienkarten wochentags halbe Preise überall gratis zu haben.

XIV. Saison.

Zirkus Busch

Sonntag, 21. Februar 1909:
Gr. außerordentl.
2 Gala-Vorstellungen 2
Nachm. 4 und abds. 7½ Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Stehplätzen frei, jedes weitere Kind unt. 10 Jahren halbe Preise. (Galerie volle Preise.)
In beiden Vorstellungen:
Konsul Peter
Der weltberühmte Menschen-Affe!
In beiden Vorstellungen:
Madame Desvall!
In beiden Vorstellungen:
Die Vievilles!
In beiden Vorstellungen:
? Tackas ?
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. bestdressiert. Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Auftreten sämtl. Clowns mit den neuesten Witzen und Späßen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Die besten Szenen und Balletts aus der Pantomime.
Abends 7½ Uhr:
Auswanderer
D. neuest. Prachtausstatt.-Pantom.

Brunnen-Palast

Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und **Kunstlaufen.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Der Kompagnieball.
Militärische Humoreske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonnt. 7 U.

Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97. Anf. 8 Uhr.
Siegel siegelt alles!
oder: Der Backfisch in Nöten.
Vorher: Alles für's Kind! oder: Die Folgen eines Rendezvous.
Preise d. Sitzplätze: 20, 40, 75 Pf., 1 M.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Sonntag, 21. Februar, nachm. 3 Uhr:
Graf Waldemar
oder: Stolz und Liebe.
Schausp. in 7 Bild. v. Gust. Freytag.
Abends 7 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufz. v. G. E. Lessing.
Nach der Vorstellung: Ball.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Nachm. 3 Uhr: Klassikerzyklus:
Neu einstudiert:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn.
Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist.
Montag: Narziß.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192.)
Sonntag, den 21. Februar:
Ein Dorfroman.
Schauspiel in 4 Akten von Chatman, Anf. d. Vorst. 7, Kassenöffnung 6 Uhr. Konzert 6½ Uhr.
Vorverkauf von 10—11 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, 22. Februar: Soiree der Lustigen Sänger.

Sanssouci, Köthener Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Sonntag: Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränzch. von **Hoffmanns Nordd. Sängern**
Zum 1. Male: Der theatralische Gastwirt. Lustspiel in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Tanz.
Dienstag: Gr. karnevalist. Theater-Abend. Fastnachtsball. Gr. Faschingsrummel.

Germania-Prachtsäle.
Carl Richter.
Chausseestr. 110. Chausseestr. 110.
Jeden Sonntag:

Paul Mantheys lustige Sänger
(ehem. O. Steidls Hamb. Sänger)
stets neues Programm.
Anfang 6½ Uhr Eintritt 50 Pf.
mit anschließendem Familienkränzchen
Von 5 Uhr ab im weißen Saale
Großer Ball.
Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger
und Frei-Tanz.
Vorzugskarten gelten.

Gustav Behrens-Theater.
Gollzstr. 9.
Gastspiel des Mr. Latourè
mit seinem
: weltberühmten Zwergtheater :
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Markgrafen-Säle
Markgrafendamm 34. Amt VII 4277
Inh. Hermann Scholtz.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball.**
Säle von 100—1000 Personen zu Festlichkeiten und Versammlungen.
2 Kegelbahnen.

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. A. Zameitat.

Anton Boekers Ball-Salon.
Habe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Boeker, Weberstr. 17,
T.-A.: VII, Nr. 13414. 1412*

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
ca. 80 Zeitungen; 2 Billards Std. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Teilzahlung
monatlich 10 M. Bessere Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Nähe Belleallianceplatz.
Kasse 10% billiger.

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Aeußerst billige Preise.
Auch Ratenzahlung. 752*

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.
Montag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72:
Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Legien: „Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung".
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Zehntes Stiftungsfest
Sonntag, den 28. Februar 1908, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29.
:: Festrede — Orchestermusik und Volkschor ::
unter Leitung des Herrn Dr. Zander.
Sologesang: Frau Konzertsängerin Mark.
Billetts a 50 Pf. im Vereis, bei Horsch, Engelufer 15; Guhn, Zorndorfer Str. 39; Klotsch, Fichtestr. 1; Kulicke, Prinzenstr. 102; Petersit, Naunynstr. 5; Zachau, Lortzingstr. 35; Zucht, Immanuelkirchstraße 12; Jordan, Lübecker Str. 43. 55/4
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Andreas-Festsäle.
Inh.: H. Borgmann. Andreasstr. 21. Teleph.: 13588.
Allen Freunden und Bekannten sowie Gewerkschaften und Vereinen zur Kenntnisnahme, daß ich das Lokal von Fritz Walter übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste stets zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen und bitte ich um geneigten Zuspruch.
Große Theaterbühne steht den Vereinen zur Verfügung. — Noch frei: Karfreitag, 2. Osterfeiertag sowie einige Sonnabende und Sonntage.
Hochachtungsvoll
1422* **H. Borgmann.**

Verkehrslokal
mit Bureau (zwei Zimmer) sucht Gewerkschaft im Zentrum oder Nordosten. Offerten unter H. 2 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark

Uhren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente.
Juhre & König,
Warschauer Str. 68, Reinickendorfer Str. 101, Göbenstr. 19.

Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Scharper,
BERLIN – Preis 1 Mark.
Stes Tausend
Verlag Max Richter Frankfurt (Oder)
Bismarckstraße

Fahrräder

Zwecks Reklame
zu ermäßigtem Preis
Scholz Fahrradwerke
Stolpen a. O. 61.
Schläuche 1,90, 2,80, 2,75, 3,50.
Decken 1,95, 2,75, 3,75, 5,25.
Starke Gebirgsdecken 4,75, 6,25.

„Hoffnung"
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.
Gegr. i. Februar 1906 v. organisierten Schneidergehilfen Berlins.
Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen** und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe
Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in
Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen
sowie
Arbeiter-Berufskleidung.
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins, sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Schultheiss-Bier
verdankt sein Renommee
seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Falsches Geld
und nachgeahmte Salem Aleikum-Cigaretten haben annähernd den gleichen Wert. Salem Aleikum-Cigaretten sind nur echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze", Inh. Hugo Zietz. — Keine Ausstattung, nur Qualität.

Preis:	No. 3	4	5	6	8	10
	3½	4	5	6	8	10 Pf. das Stück.

Wer ein Zigarren-Geschäft etablieren will.
Große, hervorragend leistungsfähige Zigarren-Fabrik, deren Fabrikate in zirka 2000 Zigarren-Geschäften eingeführt sind, gibt Reflektanten, die Sicherheit stellen können, vollständiges Lager unter sehr günstigen Bedingungen. Näheres unter Chiffre F. 2 Exped. d. Blattes. 10445

Räumungs-Verkauf
zu herabgesetzten Preisen

Waren gepeinigt durch Zahnschmerzen manche Nacht . . .

Man lasse sich durch scheinbar billige Angebote nicht täuschen.
Es werden oft sehr billige Angebote von Zahnersatzstücken veröffentlicht mit den Wörtchen „von — an", z. B. von 1.50 M. an. Mit solchen Angeboten bitten wir unsere Preise nicht zu vergleichen, denn diese werden nur angewandt, um einen billigen Preis auf das Papier zu bringen. In Wirklichkeit werden die Patienten meist, um etwas Brauchbares zu bekommen, überredet, einen höheren Preis von 2,50 M. bis 5 M. anzulegen. Wir möchten ganz besonders darauf hinweisen, daß bei uns dieses Verfahren ausgeschlossen ist und sichern
300 Mark Belohnung
demjenigen zu, der uns nachweist, daß wir höhere Preise als 1.80 M. pro Zahn mit Kautschukplatte fordern.

In der „Reform" wird schmerzlos der Sache ein Ende gemacht.

Wir berechnen **künstliche Zähne 1.80 M.** pro Zahn mit echten Platinstiften und mit Kautschukplatte. Es sind die besten überhaupt existierenden Zähne, wo manch andere 5 M. und mehr dafür verlangen. Nur die Anzahl der Zähne wird berechnet.
::: Keine Extraberechnung der Platte. :::

Zahnziehen fast schmerzlos 1 M. speziell für nervöse, empfindliche und ängstliche Leute zu empfehlen.

Spezialität: Umarbeitung von nicht sitzenden Gebissen sowie Plombierungen in Gold-, Silber-Amalgamen, Porzellan-Zementen allerbilligst und in korrekter Ausführung.

Reform-Zahn-Praxis Carl Rudolph Steht unter persönlicher Leitung von 8 prakt. Zahnärzten u. Assistenten. Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
I. Praxis N. Elsasserstraße 14, I.
II. „ SW. Friedrichstraße 33, I.
III. „ S. Oranienstraße 61, II.
IV. Praxis NO. Palisadenstraße 105, I.
V. „ Moabit: Huttenstraße 65, II.
VI. „ Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 117, II.

Sprechzeit 8—7, Sonn- u. Festtags 8—1 Uhr. — Auswärtige Patienten werden möglichst in einem Tage abgefertigt. Wenden Sie sich vertrauensvoll an unser Atelier. Ueberzeugung macht wahr. 55/18*

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 232.

Am 18. Februar 1909 verstarb unser Mitglied

Emma Kürwers.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag, den 22. Februar 1909, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
21/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin I.

Todes-Anzeigen.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

August Schulz

Mitglied seit 15. 7. 87, am 18. d. Mts. am Magenkrebs verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.

Ferner zur Nachricht, daß der Kollege

Emil Berndt

Mitglied seit 14. 11. 02, am 19. d. Mts. an Nierenentzündung verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 22. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Philipp-Apostel-Kirchhofes, Seestraße aus statt.

Ferner zur Nachricht, daß der Kollege

Edmund Beuthan

Mitglied seit 8. 9. 07, am 18. d. Mts. an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Ferner zur Nachricht, daß der Kollege

Bruno Scheibe

Mitglied seit 11. 5. 08, am 17. d. Mts. an Lungentuberkulose verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
65/17 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Reinhold Nadeborn

am 19. Februar an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ein Geistlicher geht nicht mit.
Rege Beteiligung erwartet
112/2 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Berlin 12.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

G. Rosin

am 16. d. M. nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
253/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Oehlke

am 13. d. M. an Blinddarmleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
112/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter 1104b

Ida Fest geb. Franzke

am 20. Februar, morgens 4½ Uhr, nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 23. Februar, um 1½ Uhr vom Trauerhause, Erkstraße 12, nach dem Freireligiösen Friedhofe, Pappel-Allee 15/17.

Um stilles Beileid bittet
Wilhelm Fest nebst Kindern.

Statt besonderer Anzeige!

Am 19. d. M., abends gegen 6¼ Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter

Anna Schmidt
geb. **Voigt**

im 57. Lebensjahre.

Der trauernde Gatte
Gustav Schmidt nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. M., um 2¾ Uhr nachmittags, von der Kapelle des St. Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße 44–45, aus statt. 1105b

---

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung sowie Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und unseres Bruders, des Schriftsetzers

Paul Peschmann

sagen wir hiermit allen Freunden und Verwandten, insbesondere der Geschäftsleitung und dem Personal der Buchdruckerei Vorwärts unseren aufrichtigsten Dank. 1103b

Wwe. Peschmann und Söhne.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Theodor Günther

sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
1081b **Albertine Günther.**

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5623Z*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10–2. 5–7. Sonnt. **10–12** Uhr

✝
Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Einsegnungs-Anzüge und Paletots. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung n. Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber **Willi Ernst**)
Köpenicker Str. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigten neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 19, 24 Mk.; 1½ schl. Betten 15, 20, 23, 29, 36 Mk. usw. Versand geg. Nachnahme. Preisliste, Proben, Verpackung kostenfrei.
Gustav Lustig, Berlin S. 200 Prinzenstr. 46
Größt. Spezial-Geschäft Deutschl.

Sparrstr. 18. Schöne 2 Zimmer-Wohn., Kam., Balk. sof. od. sp. billig.

Land- und Waldparzellen
nahe Bahnhof Fredersdorf. Billig, weil aus erster Hand, noch von 6 M. an. **Otto Brefecke,** Petershagen.

Chromolithographische Kunstanstalt
sucht zur
Ueberwachung der Qualität des Druckes
eine **energische, tüchtige Kraft,** welche imstande ist, für die Herstellung tadelloser Druckauflagen dem Personal Anleitung zu geben. 1053b

Nur **umsichtige,** in **allen Zweigen des Steindruckes erfahrene Kräfte** belieben sich unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche unter **G. 2** an die Expedition dieser Zeitung zu melden.

Raucht
Réunion-Cigaretten

Sophien-Säle **Sophienstraße 17/18**
Querstraße der Rosenthaler Straße — am Hackeschen Markt
Inhaber: **Paul Baatz**
empfiehlt seine von 60–2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vortrags- u. Kunstabenden usw. Vorzügl. Akustik. Kulant. Entgegenkommen.

Metzner
BERLIN
Andreasstr. 23 — Brunnenstr. 95
Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133
Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.
1000 Mk. Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein grösseres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist. —— KATALOG GRATIS.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersees vorzüglich gelegene, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit, auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzer Straße, Rütli-Straße, Holländer- und Thuner Straße.

Ringfreie Briketts
Herta
Zu beziehen durch:
Gebr. H. u. O. Richter
Kohlengroßhandlung
BERLIN S., Urbanstraße 114-115
Fernsprecher: Amt IV 9345.

Achtung! **Mariendorf.** **Achtung!**
Hermann Reichardts Restaurant, Chausseestraße 27,
jetziger Inhaber: **Georg Löwenhagen.**
Bitte Parteigenossen, Freunde und Bekannte, das meinem Vorgänger geschenkte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen. **Gute Speisen** und **Getränke in bekannter Güte.**
2120* **Georg Löwenhagen,** früher Wilmsstr. 4.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Habnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstr. 89. R. Wengels, Rüdersdorfer Str. 3.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Neuf, Barnimstr. 42.
N. H. Raschke, Ackerstr. 36. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Marx, Lychener Str. 123. Karl Weitze, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 121. L. Dechaud, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. Weckert, Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engelufer 15.
Adlershof. Erich Steuer, Hackenbergstr. 5, II.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Otto Schröder, Friedrichstr. 60, Stfl. II.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wissler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, König-Chaussee 39a
Nieder-Schöneweide. Bonakowsky, Hasselwerderstr. 8.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Ober-Schöneweide. August Heujes, Laufener Str. 2, I.
Pankow. Mühlenstr. 73.
Reinickendorf. P. Gursch, Kamekestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 7. Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunowstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Bernsee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 413, Laden.
Wilmersdorf. Tölle, Sigmaringenstr. 5.

Möbel- u. Waren-Kredithaus
Alexanderplatz-Passage, Alexanderstr. 39-40
lief. **kompl. Wohnungs-Einrichtungen, Konfektion**
Wäsche-Ausstattungen Waren jeder Art. **Kleine Anzahlung. Bequeme Abzahlung.**

Gelegenheitskauf.

Wir bieten unseren Lesern folgende Bücher zu herabgesetztem Preise an:

Ad. Stöckhardts
Schule der Chemie
20. Auflage.
Bearbeitet von
Professor **Dr. Lassar-Cohn.**
Mit ca. 200 Abbildungen.
Statt 8 M. nur **3.50** M.

Die Telegraphie ohne Draht
von
Professor **Augusto Righi**
und
Privatdozent **Bernhard Dessau**
Mit 258 eingedruckten Abbildungen.
Statt 13 M. nur **3** M.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Frack- **Verleih-Institut:**
Friedrichst. 115/I, a. Oranbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Die
homöopathische Poliklinik
des **Berliner Vereins homöopathischer Aerzte** ist von der Charlottenstraße 82 nach dem Hahnemannhaus, **Königgrätzer Str. 48** verlegt.
Sprechst. täglich ½2–½3. 954b

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad,** Köpenickerstr. 60

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.** Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt **Lothringer Straße 60.**
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper.

2L*
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Ein Gelegenheitsposten
Teppiche
darunter **Prachtstücke in Brüssel, Axminster, Perser, Velours, Tapestry, Englisch Block, Velvet und Smyrna.**
Sofa-Größe a 5, 10, 15-40 M.
Salon-Größe 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe a 45, 60, 75-500 M.

Soweit Vorrat
10% **Inventur-Rabatt**
auf einen **Riesenposten**
Echte Perser
Prunk-Stücke
a 150, 225, 300–750 M.
(Regul. Wert bis 1200 M.)
Kelims, Djidjims etc. billigst.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste und Katalog
enorm billiger Extra-Angebote (600 Abbild.) **gratis u. franko.**

Kostüm Alexandra M. 20.— Kostüm Louise M. 28.— Kostüm Viktoria M. 35.—

Uns zieht's ins
Spezial-Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstr. 37a** (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Str.)
und **Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115** (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.)

Dort soll das Unmöglichste möglich sein!

Neue Frühjahrsmodelle schon teilweise für die Hälfte!

Das müssen wir sehen!

Und für ⅕ des Wertes fast die gesamte Konfektion **der letzten Herbst- u. Winter-Saison!**

Das kaufen wir!

Astrachan- u. Plüsch-Konfektion, Abend- u. Theatermäntel, Paletots, Kimonos, Jacketts, Phantasiepiecen, Pelzkonfektion, Kostüme, Kostümröcke, Miederröcke, Kleider, Blusen

früher teilweise	bis M. 60,—	bis M. 90,—	bis M. 120,—	bis M. 240,—
jetzt	nur M. **12,**—	nur M. **18,**—	nur M. **24,**—	nur M. **48,**—

4 echte Persianer-Jacketts zu jedem nur annehmbaren Preise.
Originalmodelle, Reisemuster, Kopien selbst für die stärksten Figuren am Lager.

Einsegnungskleider! **Ein Posten Uebergangsmäntel** Wert bis zu M. 30.—, jetzt M. 7½.

Gratis ein elegantes Reisecape jedem Käufer schon von M. 20.— an!

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Besuch vormittags erbeten, nachmittags ist der Andrang zu stark!
Genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend erwünscht!

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vom Unterrichtswesen im Stadthaushaltetat.

Im Stadthaushaltetat für 1909 steht das gesamte Unterrichtswesen mit einer Ausgabe von 30 237 647 M. Da an Einnahme 3 822 334 M. erwartet werden, so ist diesmal ein Zuschuß von 26 405 313 M. erforderlich. Höher als für das Vorjahr sind angesetzt die Ausgabe um 582 013 M., die Einnahme um 77 765 M., der Zuschuß um 504 248 M. Die Ausgabe und der Zuschuß sind gestiegen hauptsächlich bei den Gemeindeschulen, auch bei den Gymnasien usw. sowie bei den höheren Mädchenschulen, aber herabgegangen bei den Wahl- und Pflichtfortbildungsschulen.

Auf die Gemeindeschulen entfallen 20 762 780 M. Ausgabe (mehr um 534 154 M.), 167 945 M. Einnahme (mehr um 2049 M.), 20 594 835 M. Zuschuß (mehr um 532 105 M.). Bei der ersten Lesung des neuen Stadthaushaltetats jammerte der Stadtkämmerer, daß man die Aufwendungen für die Gemeindeschulen wieder habe erhöhen müssen, obwohl die Zahl der Gemeindeschulkinder gegenwärtig nicht im Zunehmen sei. Mehr als 20 Millionen Mark „nur für die Gemeindeschulen“ — gewiß, das klingt „viel“. Aber dafür sitzen auch in unseren Gemeindeschulen annähernd eine Viertelmillion Kinder (228 455 am 1. November 1908). Die Stadt Berlin gibt für die Gemeindeschulkinder immer noch keine 100 M. pro Kopf aus. Der Stadtfreisinn betrachtet das als ein „Geschenk“ an die Minderbemittelten, für das sie „nicht einmal „„danke““ sagen“. Aber unsere bessersituierten Mitbürger werden, wenn sie ihre Kinder in die Schule — natürlich in eine höhere — schicken, noch reichlicher „beschenkt“. Während für die Gemeindeschulkinder in 1909 etwa 100 M. pro Kopf ausgegeben werden sollen, ist bei den Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen (nebst Realgymnasium für Mädchen) ziemlich der dreifache Betrag angesetzt (290 M. pro Kopf). Und noch nicht die Hälfte dieses Betrages wird durch Einnahmen aus Schulgeld usw. gedeckt, so daß mehr als die Hälfte aus dem Stadtsäckel zugeschossen werden muß.

Das Mehr an Ausgaben für die Gemeindeschulen entfällt hauptsächlich auf die Gehälter für das Lehrpersonal, die ja überhaupt den weitaus größten Anteil an den gesamten Ausgaben für das Gemeindeschulwesen haben. Erhöht sind unter anderem auch die Ausgaben für die Schulärzte, auf nunmehr 100 000 M. Ihre Zahl soll jetzt wieder mal vermehrt werden, von zuletzt 44 freilich immer erst auf 50, so daß immer noch jeder Arzt durchschnittlich 6 Schulen zu beaufsichtigen hat. Für Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel an bedürftige Kinder sollen 150 000 M. gegeben werden. Hier sind 26 000 Mark mehr als im Vorjahre angesetzt, mit Rücksicht auf die Einführung weiterer neuer Lehrmittel (Realienbuch, für die vierten Klassen Atlanten) und auf den „wirtschaftlichen Tiefstand“, wie die Erläuterungen zum Etat sagen. Sehr erheblich erhöhen sich die den Rektoren und Schuldienern zu vergütenden Reinigungskosten, von 146 000 M. auf jetzt 204 880 M. Früher betrachtete der Stadtfreisinn so hohe Ausgaben für Reinigung der Gemeindeschulen als „Luxus“. Die freisinnigen „Hüter der Selbstverwaltung“ sind erst durch Ministerialerlaß von 1907 gezwungen worden, die Klassenzimmer täglich fegen zu lassen. Schon vor anderthalb Jahrzehnten war ihnen in der Stadtverordnetenversammlung von Sozialdemokraten gesagt worden, daß Klassenzimmer selbstverständlich Tag für Tag gereinigt werden müssen. Aber in Berlin wartete man wieder mal, bis die staatliche Aufsichtsbehörde den Kommunalfreisinn mit der Nase auf den Schmutz stieß.

Die Vermehrung der Gemeindeschulen soll fortschreiten. Der Etat kündigt wenigstens an, daß in 1909 wieder 7 neue Schulen gebildet und 110 neue Klassen eröffnet werden sollen. Freilich kommt's meist anders, als der Etat es verspricht. Für 1908 waren 140 neue Klassen versprochen worden, aber es kamen nur 83 neue hinzu. Bedauerlich ist, daß für 1909 die Fertigstellung von nur 2 neuen Schulhäusern mit zusammen 55 Klassenzimmern erwartet werden kann. Infolgedessen hält sich die Ausgabe für Mietung von Wohnhäusern, die als Schulhäuser dienen müssen, immer noch auf der enormen Höhe von 510 000 M., um 10 000 M. weniger, als im Etat für 1908 angesetzt war.

Für die mittleren und höheren Schulen wollen wir lediglich die Hauptziffern geben. Angesetzt sind für Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen (nebst Mädchen-Realgymnasium) 3 841 565 M. Ausgabe, 1 686 665 M. Einnahme, 2 154 930 M. Zuschuß, für Realschulen 1 532 480 M. Ausgabe, 507 560 M. Einnahme, 1 024 920 M. Zuschuß, für höhere Mädchenschulen 869 280 Mark Ausgabe, 646 130 M. Einnahme, 223 150 M. Zuschuß.

Ein paar Worte nur noch über das Fortbildungs- und Fachschulwesen. Im Etat stehen diesmal für Wahlfortbildungsunterricht 521 670 M. Ausgabe, 116 150 M. Einnahme, 405 520 M. Zuschuß, für Pflichtfortbildungsunterricht 875 470 M. Ausgabe, nur 1495 M. Einnahme (weil kein Schulgeld erhoben wird), 873 975 M. Zuschuß, für gewerblichen Unterricht 1 014 102 Mark Ausgabe, 389 034 M. Einnahme, 625 068 M. Zuschuß. Für den Wahlfortbildungsunterricht werden bei der Einnahme 25 000 M. mehr als im Vorjahr erwartet, hauptsächlich infolge Erhöhung des Schulgeldes. Andererseits hat die Ausgabe um 18 000 M. niedriger als im Vorjahr bemessen werden können. Der Leerung der Wahlfortbildungsschulen wird allerdings durch die Schulgelderhöhung gewiß nicht Einhalt geboten werden. Auch für die Pflichtfortbildungsschulen ist — zum ersten Male — weniger Ausgabe als im Vorjahr angesetzt, um 53 000 M. weniger. Die Mehrung der Schülerzahl ist vorläufig zum Stillstand gekommen, für die nächste Zeit ist vielleicht sogar auf eine Minderung zu rechnen, die als ein Ergebnis der Wirtschaftskrisis und der Abwanderung vieler Arbeiterfamilien aus Berlin anzusehen wäre.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Achtung! Die für Montag, den 22. d. Mts., und die folgenden Daten in Freyers (Kellers) Saal, Koppenstr. 29 angesetzten Zyklus-Vorträge der Genossin **Zetkin** über die „Frauenfrage“ müssen leider ausfallen, da die Referentin anhaltender Krankheit halber außerstande ist, in der nächsten Zeit öffentlich zu sprechen.

Der gesamte Vortragszyklus soll nunmehr im Mai dieses Jahres abgehalten werden. — Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Die verkauften Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit und können im Mai benutzt werden, doch sind die Kreiswahlvereine auch angewiesen, auf Verlangen den gezahlten Betrag von 50 Pf. per Eintrittskarte zurückzuerstatten.

Der Zentralvorstand.

Am Dienstag, den 23. Februar, 8½ Uhr abends, Generalversammlungen der 6 Berliner Kreise:

1. Kreis: „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20.
2. Kreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
4. Kreis: Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
5. Kreis: Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. Kreis: Prachtsäle Nordwest, Wiclefstr. 24.

Tagesordnung in allen Versammlungen: Vorstandsberichte, Vorstandswahlen und Sonstiges.

Mitgliedsbuch des Wahlvereins legitimiert überall. Zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen erwarten

Die Vorstände.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den **28. Februar**, nachmittags 2 Uhr, findet im Volkshause zu Charlottenburg, Rosinenstraße 3, die Generalversammlung des Kreises statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Anträge zur Generalversammlung Groß-Berlins.
4. Sonstige Anträge.

Anträge zur Generalversammlung sind dem Unterzeichneten spätestens bis zum 25. Februar einzusenden. Die Delegierten der einzelnen Wahlvereine, die mit Mandaten versehen sein müssen, sind in folgender Anzahl zu entsenden: Rixdorf 16, Charlottenburg und Schöneberg je 6, Cöpenick, Nowawes und Treptow-Baumschulenweg je 4, Adlershof, Steglitz und Wilmersdorf je 3, alle übrigen Vereine 2 Delegierte.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Karl Wollermann, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 21. d. M., abends 6½ Uhr: Versammlung im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: „Religion und Sozialdemokratie“. Hierauf: Geselliges Beisammensein. Eintritt mit Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Achtung, 2. Wahlkreis, 3. und 4. Abteilung. Wir machen nochmals auf das heute abend 5½ Uhr bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103, stattfindende gesellige Beisammensein der Genossen der Friedrichstadt aufmerksam. Genosse Max Grunwald hält einen Vortrag über: „Goethe und die Arbeiter“. Außer Rezitationen und Gesang ist ein gutes Streichterzett vorgesehen. Bei der Billigkeit des Entrees, nur die Erwachsenen zahlen 10 Pf., erwarten wir einen recht guten Besuch. Die Abteilungsführer.

Achtung! 6. Wahlkreis, 7. und 8. Abteilung (Moabit). Der Vortrag des Genossen Grunwald am **Montag, den 22.,** fällt besonderer Umstände halber diesmal aus.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend veranstaltet die 4. Gruppe im Volkshause, kleiner Saal, einen Familienabend mit Tanz und Kinderüberraschungen. Der Vorstand.

Schöneberg. Am Dienstag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, findet in den Neuen Rathaussälen, Meininger Straße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag, 2. Anträge, 3. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Halensee. Die Dienstag, den 23. Februar, fällige Monatsversammlung des Wahlvereins ist Umstände halber auf Dienstag, den 2. März, verschoben worden.

Friedenau. Heute vormittag 8½ Uhr von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung. Morgen, Montagabend, findet im „Rheinschloß“, Rheinstraße 60, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Obst sprechen wird.

Die Stichwahl zur Gemeindevertretung findet am **Mittwoch**, den 24. Februar, nachmittags von 2 bis 9 Uhr statt.

Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in Wahrendorfs Gesellschaftshaus, Backestraße 22, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Bruno Borchardt über: „Die Bedeutung Darwins für die Naturwissenschaft.“ Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlin. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Zehlendorf. Am Dienstag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, findet im Lokal von Mielch, Potsdamer Straße 25, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Da auf der Tagesordnung der letzte Vortrag der Vortragsserie über die Arbeiterversicherung, das Invalidenversicherungsgesetz, steht, darf erwartet werden, daß ein jeder Genosse für einen zahlreichen und pünktlichen Besuch dieser Versammlung agitiert. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Mittwoch, den 24. Februar, findet im Lokal der Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Kreisstatut.

Rummelsburg. Die Generalversammlung des Wahlvereins (Fortsetzung der Generalversammlung vom 30. Januar) findet am Dienstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale von Schieffer, Hauptstraße 4, statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Kreis, Statutenänderung, Anstellung eines besoldeten Kreisbeamten, 2. Wahl von 11 Kreisdelegierten, 3. Vereinsangelegenheiten, Ausschlußantrag gegen Zintel. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Dienstag, den 23. Februar, abends ½9 Uhr, findet im „Landhaus“, Chausseestraße 97, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. „Die Bedeutung der Genossenschaften und ihre zweckmäßigste Organisationsform.“ Referent Arbeitersekretär Karl Giebel. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Schmargendorf. Am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Schützenhaus“, Hundekehle Straße 20, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Kurt Heinig über „Frauen und Politik“ sprechen wird. Hierzu sind besonders die Frauen eingeladen.

Die Genossen werden ersucht, die Billetts vom Kostümfest in dieser Versammlung mitzubringen. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokal „Kyffhäuser“ statt. Vortrag des Genossen Fendel über: „Reform oder Revolution“. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Zossen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß Umstände halber im Februar unsere Wahlvereinsversammlung ausfällt.

Der Vorstand.

Biesdorf. Dienstag, den 23. Februar, Zahlabend bei Gustav Berlin, Mahrzahner Straße. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Dienstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Witwe Lerche, Friedrichstraße 112, statt. Tagesordnung: 1. Kreisangelegenheiten, Berichterstatter W. Dentzer, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Weißensee. Morgen, Montag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, findet im „Prälaten, Lehderstraße 122, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Jeetze-Rixdorf über „Die Frau im Kampfe ums Recht“ spricht. In Anbetracht dieses wichtigen Themas wird gerade von den Frauen und Mädchen reger Besuch erwartet.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, findet im Lokal von W. Otto, Berliner Straße 113, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Fräulein Dr. Wygodzinski, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, findet bei Ramlow, Schönholz 14, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Deutschland nach außen hut, nach innen —?“ Referent Genosse Stadthagen. Parteigenossen, sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Der Vorstand.

Tegel. Morgen, Montag, den 22. Februar, findet in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstraße 1, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Deutschland in der Welt voran.“ Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Artur Stadthagen. Agitiert für Massenbesuch! Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Lokal des Genossen Radsek, Kaiser Wilhelmstraße 10, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Reisebilder aus dem Orient.“ Referent Redakteur Genosse Dittmer. 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden auf die Verlegung des Versammlungslokals aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vor dem Erwachen.

Nun hat der Winter seinen tiefsten Stand erreicht. Tiefer hinab geht es nicht mehr, und auf der Grenze zwischen Schlaf und Wiedererwachen, im scheinbaren allgemeinen Stillstand, beginnt ein Strecken und ein Dehnen in Milliarden Knospen. Unauffällig, aber darum nicht minder wirksam. Was sind menschliche Miniaturkünste gegen die Kleinwelt der ersten besten Knospe, die wir am Zweige einer Birke oder Eiche näher betrachten. Die äußeren Schuppen liegen nicht mehr so fest aufeinander wie im Herbst, denn der Inhalt ist langsam gewachsen und hat sie ein wenig gelockert. Behutsam entfernen wir eine Schuppe nach der anderen, bis das erscheint, was unter diesen Decken sorgsam geschützt werden sollte. Gewöhnlich dicht in federige Härchen eingehüllt erscheinen winzige bis zur Unkenntlichkeit zusammengefaltete und geknitterte Blättchen, die zusammen ein Knäuelchen bilden. Diese schlafenden Wickelkinder wachsen und dehnen sich bei jedem wärmenden Sonnenstrahl, bei jedem frühlingsmäßigen Luftzuge, der über die Knospe gleitet. Die Form ist, bei aller Kleinheit fertig vorgebildet und nur ein Auswickeln und Vergrößern steht noch bevor. Eine gewisse Ruhezeit, die die Knospen durchmachen müssen, um auszureifen, hindert sie, die Schuppe allzufrüh abzuwerfen, sich etwa durch Frühlingslüfte im Januar übertölpeln zu lassen. Aber bei nicht normal verlaufenden Wintern ist es doch die Regel, daß viele grüne Näschen sich zu früh aus den Knospen strecken und den Fürwitz büßen müssen.

Wo man die zahllosen Knospen sich an den Seiten der Zweige vom Himmel abheben sieht, fühlt man mit ihnen den Drang nach Licht und Sonne. Man möchte den Gefesselten helfen und das Tagesgestirn verwünschen, das sich zu tief noch am Horizont verbirgt und dem Nebel und den Wolken weicht. Aber nur gemach. Auch in der freien Natur will gut Ding Weile haben, und vom Februar bis zum März ist nur noch ein Schritt. Schwächlich und widerstandslos ist alles zu früh Gereifte. Was aber die Stürme des Winters hart und fest überdauert hat, wird uns einen Frühling bringen, den überstandenes Ungemach nur verschönern konnte.

Auch das ist ein Zeichen der Zeit!

Wenn für die Arbeiterbevölkerung unter dem Druck des Beschäftigungsmangels der Notstand immer mehr sich verschärft, dann mehren sich bei der bürgerlichen Klasse gewöhnlich sehr bald die Klagen über die „Bettelplage“. Dieses Wort „Bettelplage“ kennzeichnet so recht den Standpunkt, von dem aus die bürgerliche Klasse die Notstandsfrage betrachtet. Ueber das Elend des Arbeitslosen, der durch den Hunger schließlich zum Betteln getrieben wird, macht sie sich nicht viele Gedanken. Aber die Belästigung, die dem Wohlhabenden daraus erwächst, fällt ihr auf und weckt ihre Entrüstung.

Der Kampf gegen die „Bettelplage“ wird geführt weniger mit Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die dem Hungrigen Verdienst und Brot geben könnte, als mit dem Ruf nach der Polizeifaust, die den Bettelnden packen und ihn dem Strafrichter übergeben soll. In Berlin läßt die Polizei es in diesem Punkte an Eifer nicht fehlen, und auch der Erfolg bleibt ihr nicht versagt. Mit Stolz darf sie darauf hinweisen, daß sie alljährlich viele Tausende von Bettlern festnimmt. Und die meisten dieser Frevler, die die „gottgewollte“ Gesellschaftsordnung so wenig respektieren, daß sie zu betteln wagen, werden dem strafenden Arm der Gerechtigkeit ausgeliefert.

Das Ergebnis der Jagd auf die Bettler wird selbstverständlich beeinflußt durch die Steigerung oder Mäßigung des Eifers, mit dem die Polizei sich dieser hochwichtigen Aufgabe widmet. Aber einen sicherlich noch stärkeren Einfluß übt hier die Verschlechterung bezw. Besserung der Erwerbsverhältnisse aus. In Zeiten der Arbeitslosigkeit schwillt die Schar der Bettler so an, daß der Polizist, der ausgeschickt wird, um der „Bettelplage“ zu wehren, nicht lange nach seinen Opfern zu spähen braucht. Im Jahre 1907 wurden von unserer reichshauptstädtischen Polizei 15 893 Bettelnde zur Strecke gebracht, im Jahre 1908 durfte sie sich 17 009 als Erfolg ihrer Jagd buchen.

Die weitaus meisten dieser beim Betteln betroffenen Personen waren Männer. Im Jahre 1908 wurden 16 159 männliche Personen wegen Bettelns aufgegriffen, daneben nur 642 weibliche Personen und leider auch 208 Kinder im Alter bis zu 12 Jahren. Den höchsten Ertrag brachten der auf Bettler fahndenden Polizei die Wintermonate, den geringsten die Sommermonate. Im Januar 1908 wurden 1525 Personen aufgegriffen, im Februar sogar 1871 Personen, sodann sank die Zahl und zwar bis auf 1041 für Juni und 1087 für Juli, darauf begann eine erneute Zunahme, und im November und Dezember wurden wieder 1786 und 1785 Sistierungen wegen Bettelns erreicht. Unter den 17 009 sistierten Personen des ganzen Jahres waren nur 2860, die mit bloßer Verwarnung sofort wieder entlassen wurden. 4543 andere wurden zwar gleichfalls baldigst wieder auf freien Fuß

gesetzt, aber es blühte ihnen hinterher eine Anzeige. Die übrigen 9606, mehr als die Hälfte der Gesamtzahl, wurden in Polizeigewahrsam gebracht, um von da aus dem Richter vorgeführt zu werden.

Man sieht, die Not der Zeit hat im letzten Jahr hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Polizei gestellt, doch diese hat sich gewachsen gezeigt ihrer Aufgabe, die besitzende Klasse vor Bettlern zu schützen. Wenn sie im Jahre 1909, für das eine noch stärkere Zunahme der „Bettelplage" zu erwarten ist, mit gleichem Eifer auf Bettler fahndet, so darf sie der dankbaren Anerkennung eines ebenso ordnungsliebenden, wie wohlgesättigten Bürgertums unserer Stadt Berlin sich versichert halten.

Zur Neuregelung des Berliner Rettungswesens

ist der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine sehr ausführliche Magistratsvorlage mit einer eingehenden Begründung zugegangen. Darin heißt es u. a.: „Auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 30. Mai 1907 ist das Berliner Rettungswesen einstweilen derart geregelt, daß neben 13 in den größeren Krankenanstalten eingerichteten sogenannten Hauptwachen innerhalb der Stadt bestehen: 7 für Rechnung der Stadt durch den „Aerzteverein" verwaltete „Rettungswachen", 13 Sanitätswachen lediglich für den Nachtdienst und 14 Unfallstationen. Neben diesen drei Arten von Wachen, die ihren Zweck bisher erfüllt haben, kamen für die erste Hilfe noch die folgenden Einrichtungen in Betracht: 1. die städtische Zentralmeldestelle im Rathause für den Nachweis von freien Betten in den Krankenhäusern von Groß-Berlin, die sich bisher in jeder Hinsicht bewährt hat. Sie hat 12475 M. Kosten pro Jahr erfordert. 2. Der Betrieb der städtischen Sanitätsstuben in den Markthallen, im Rathause und in den Feuerwachen: Schöneberger Straße 20, Fischerstraße 37/38, die Verbandkästen in den Polizeirevieren und die Rettungsgeräte an den öffentlichen Wasserläufen, die rund 4000 Mark pro Jahr erfordern. 3. Der Krankentransport, der sich in Privathänden befindet. Die Gesamtkosten des Berliner Rettungswesens haben in den letzten Jahren für die Stadt etwa 120 000 Mark betragen. Für 1908/09 standen 156 000 M. zur Verfügung.

Ueber die künftige Gestaltung heißt es dann u. a.: „Wenn der Magistrat diesem Zustande gegenüber sich vor die Frage gestellt sah, ob und inwieweit eine Umgestaltung des Rettungswesens erforderlich sei, mußte zunächst zu dem in der Oeffentlichkeit mehrfach geäußerten Wunsche einer vollständigen Verstadtlichung des Rettungswesens Stellung genommen werden. Nach reiflicher Erwägung ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine solche Maßnahme zurzeit nicht angebracht ist. Sie würde zweifellos dann begründet sein, wenn der derzeitige Zustand schlecht oder mangelhaft wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Stadt hat alle Ursache, mit den einzelnen Leistungen der genannten drei Institutionen zufrieden zu sein. Das einzige, was insbesondere im Bewußtsein der Bürgerschaft als ein wirklicher Mangel empfunden wurde, ist der Umstand, daß sie zueinander bisher nicht die richtige Stellung haben finden können, ja sogar vielfach eine Art feindselige Haltung gegeneinander eingenommen haben. Man wird aber hoffen dürfen, dem auch in anderer Weise als durch völlige Vernichtung des Bestehenden begegnen zu können." Der Magistrat hat es aber ferner auch für unwirtschaftlich gehalten und geglaubt, es wegen der zu befürchtenden Rückwirkung auf die Bürgerschaft vermeiden zu müssen, auf die sich anbietende Mitarbeit und finanzielle Opferbereitschaft weiter Kreise der Bevölkerung ohne weiteres zu verzichten. Der Magistrat hat es vielmehr für besser und vorteilhafter erachtet, die drei bisherigen Institutionen grundsätzlich zu erhalten. Es standen so zwei Wege offen. Entweder die Stadt zieht ihre Unterstützung zurück und überläßt das Rettungswesen vollständig den privaten Institutionen. Die Folge davon würde sein, daß Rettungswachen und Sanitätswachen finanziell sich nicht erhalten könnten und somit den Unfallstationen der ganze Rettungsdienst zufiele. Dies Ergebnis muß schon um deswillen vermieden werden, weil das Rettungswesen auf diesem Wege zu einem Monopol der Unfallstationen gemacht werden würde. Oder die drei privaten Institutionen werden auch ferner von der Stadt nach Bedürfnis unterstützt. Zwei Gesichtspunkte stehen obenan: Einheitlichkeit und strenge Beaufsichtigung des Dienstes für erste Hilfe. Im einzelnen ist mit den beteiligten drei Institutionen vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung folgendes vereinbart worden: Stationen für erste Hilfe a) Unfallstationen: Diese haben sich verpflichtet in den Stätten erster Hilfe künftig eine größere Zahl von Hilfsärzten zu beschäftigen, und zwar mindestens zehn in jeder Station, die abwechselnd Dienst zu tun haben. Zwischen Aerzteverein und Kuratorium ist vereinbart worden, daß die auf den Unfallstationen tätigen Aerzte Mitglieder des Aerztevereins werden und dieser bei Vakanzen Aerzte präsentiert. Als Beschwerdeinstanz wird ein Organ geschaffen, das aus zwei ärztlichen Vertretern des Kuratoriums der Unfallstationen, aus zwei Vertretern des Vorstandes des Aerztevereins und einem Vertreter des Magistrats besteht. b) Rettungswachen: Die übrigen Institutionen bleiben ziemlich unverändert, sollen aber weiter ausgebaut werden. Die Verwaltung und Beaufsichtigung bleibt dem Magistrat direkt unterstellt. Von den zurzeit 22 räumlich getrennten Hilfsstellen werden voraussichtlich einige eingehen und zwar wahrscheinlich die in der Annenstr. 23, Huttenstr. 11, Mariannenufer 2 und Schönhauser Allee 31. Es würden also 18 Hilfsstellen übrig bleiben. An den sonstigen Einrichtungen soll wenig geändert werden. Unter anderem sollen 16 Feuerwachen mit fahrbaren Tragbahren ausgerüstet werden. Der Aerzteverein würde also in Zukunft 6 Rettungswachen oder Hilfsstellen (darunter 2 Vollwachen und zwei Halbwachen), das Kuratorium der Unfallstationen 11 Hilfsstellen (4 Voll- und 7 Tagesstationen) und die Sanitätswachen 11 nächtliche Hilfsstellen behalten. An Subventionen sollen gezahlt werden: 60 000 M. jährlich dem Berliner Aerzteverein, bis zu 75 000 M. jährlich dem Kuratorium der Unfallstationen und bis zu 36 000 M. jährlich den Sanitätswachen. Hierzu kommen dann noch die Kosten für die übrigen Einrichtungen im Rathause, den Markthallen, den Feuerwachen, an den öffentlichen Flußläufen usw. Die Gesamtkosten dürften sich danach auf rund 200 000 M. pro Jahr für die Stadt stellen.

Wir können die vom Magistrat gemachten Vorschläge als keine glückliche Lösung der Frage des Rettungswesens betrachten. Ohne auf Einzelheiten — speziell auf das Wirken der Unfallstationen — näher einzugehen, muß nach wie vor verlangt werden, daß das gesamte Rettungswesen von der Stadt Berlin in die Hand genommen wird und eine Verwaltung erhält, in der auch die Interessenten, als solche betrachten wir die Krankenkassen, ihre Vertretung finden.

Die Magistratskommission für die Schulspeisung hat gestern durch den Stadtschulrat Dr. Fischer im Magistrat über ihre Beratungen usw. berichtet. Die Vorschläge der Kommission wurden genehmigt. Danach soll mit dem „Verein für Kinder-Volksküchen" ein Vertrag auf ein Jahr geschlossen werden, in welchem der Verein verpflichtet wird, die von der Schulverwaltung angegebenen Kinder an allen Schultagen mit Ausnahme der Ferien zu speisen, wofür dem Verein eine Subvention von 11 Pf. für die Portion bewilligt werden soll. Im Südosten der Stadt sollen 100 bis 200 Kinder in einer Schule gespeist werden, nach welcher die Speisen von der benachbarten Küche des „Vereins für Volksküchen vom Jahre 1866" geliefert werden sollen. Ferner soll eine geeignete Persönlichkeit mit der Ueberwachung der Speisen und der Speisung beauftragt werden. Diese Person hat ihre Beobachtungen der Magistratskommission direkt zu unterbreiten. Der Magistrat wird nunmehr der Stadtverordnetenversammlung noch eine entsprechende Vorlage machen.

Endlich wird der Bürgersteig am Grand Hotel Alexanderplatz zwischen der Alten Schützenstraße und dem Alexanderplatz für den öffentlichen Verkehr in seiner ganzen Breite freigegeben werden. Dieser Bürgersteig war bis jetzt durch Ketten, die an Säulen befestigt waren, abgesperrt und im Sommer mit einem Podium besetzt, das zum Aufenthalt für Gäste des Café Grand Hotel diente. Der Magistrat hat dort neue Baufluchtlinien für die Neue Königstraße festgesetzt und zahlt der Eigentümerin für die Abtretung des schmalen Streifens 60 000 M.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet in der nächsten Woche nachstehend verzeichnete hygienische Vorträge. Der Zutritt zu denselben ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 25. Februar, sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindeschulen über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges" Herr Dr. Kowalewski in der 247./252. Gemeindeschule, Rigaerstr. 81/82. Herr Dr. B. Pollack in der 240./254. Gemeindeschule, Waldenserstr. 25/26. Herr Dr. H. Lewin in der 117./178. Gemeindeschule, Eberswalderstr. 10. Herr Dr. E. Jacobsohn in der 115./237. Gemeindeschule, Skalitzerstr. 55/56.

Am Freitag, den 26. Februar cr. sprechen über das Thema: „Herzleiden" Herr Professor Dr. Rosin in der 91./101. Gemeindeschule, Gneisenaustr. 7, Herr Dr. Rehfisch in der 81./109. Gemeindeschule, Tilsiterstr. 4/5. Herr Professor Dr. Strauß in der 118./127. Gemeindeschule, Pankstr. 8, Herr Dr. G. Joseph in der 228./279. Gemeindeschule Pasteurstr. 5.

In Boxhagen-Rummelsburg spricht am Dienstag, den 23. Februar, Herr Dr. E. M. Simons in der Neuen Schule, Marktstraße, über das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung". (Nur für Frauen.)

In Charlottenburg in der 12. Gemeindeschule, Sophie-Charlotten-Str. 69, spricht Herr Dr. A. Lippmann über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung".

In Lichtenberg in der Gemeindeschule, Kronprinzenstr. 10, spricht am Donnerstag, den 25. Februar cr., Herr Dr. Leuk über das Thema: „Krebs und Geschwüre der Verdauungsorgane".

In Pankow in der 2. Gemeindeschule, Grunowstraße, spricht am Donnerstag, den 25. Februar cr., Herr Dr. Bodländer über das Thema „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung".

In Rixdorf in der 9./10. Gemeindeschule, Kaiser-Friedrichstraße 4 am Hermannsplatz, spricht am Freitag, den 26. Februar cr., Herr Dr. Keil über das Thema „Geschlechtskrankheiten".

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindeschule, Feurigstraße 61/62, spricht am Dienstag, den 23. Februar cr., Herr Dr. W. Friedländer über das Thema: „Licht- und Röntgenbehandlung".

In Tempelhof bei Herrn Wunder, Kaiserin-Augusta-Str. 1, spricht am Freitag, den 26. Februar cr., Herr Dr. C. Bäumer über das Thema: „Hautpflege und Bäder".

In Weißensee in der Gemeindeschule, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 26. Februar cr., Herr Dr. R. Hirsch über das Thema: „Unfälle des täglichen Lebens".

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends 8 Uhr.

Einen bösen Reinfall

hat dieser Tage Herr Bruhn, der Herausgeber des Sensationsblättchens „Die Wahrheit", erlitten. Anläßlich der Verhaftung des Schriftstellers Dahsel wegen Verdachts der Erpressung wurde festgestellt, daß Dahsel auch zu der Bruhnschen „Wahrheit" in sehr enger Beziehung gestanden habe. Herrn Bruhn war diese Offenbarung sehr unangenehm, und er bemühte sich krampfhaft, den verhafteten Dahsel von seinen Rockschößen abzuschütteln, ein Verfahren, das selbst Dahsel für unschön gefunden haben soll. Weil aber alles nichts nutzte, ging er zum Kadi und erwirkte gegen acht Berliner Zeitungen, auch gegen den „Vorwärts", eine einstweilige Verfügung, in der es hieß:

„Den Antragsgegnern wird zur Vermeidung einer fiskalischen Strafe von je 1000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, in den Zeitungen ihres Verlages weiter die Behauptung aufzustellen, daß der verhaftete Schriftsteller Hermann Dahsel ein Redakteur der „Wahrheit" sei, und daß die Redaktion und der Verlag der „Wahrheit" mit dem Erpressungsversuch des Dahsel in irgend einem Zusammenhang stehe."

Merkwürdigerweise war in der Begründung dieser einstweiligen Verfügung gesagt, daß Dahsel zu Herrn Bruhn und seiner „Wahrheit" „in keinerlei Beziehungen" stehe, während Herr Bruhn in einem an uns gerichteten Schreiben zugab, daß Dahsel Mitarbeiter der „Wahrheit" sei.

Herr Bruhn frohlockte. Er sah schon im Geiste, wieviele Tausende er infolge dieser Verfügung einheimsen würde. In seinem Blättchen verkündete er stolz, daß verschiedene Zeitungen sich Verstöße gegen diese einstmalige Verfügung zuschulden kommen lassen und er sammelte gewissenhaft die „einzelnen Fälle"; leichter ließen sich kaum tausend Mark verdienen. Das Skandalblättchen findet ohnehin keine nennenswerte Beachtung, obwohl der Verkauf desselben selbst an den Bahnhöfen gestattet ist, aber es vegetiert doch, von Klatsch und Tratsch lebend. Da war es geradezu ein gefundenes Fressen für den Herausgeber, die Finanzen durch diverse Tausende Mark wieder aufzubessern. Aber Herr Bruhn hatte zu früh triumphiert. Ueber die Rechtmäßigkeit der Verfügung mußte erst noch mündliche Verhandlung stattfinden. Diese hat nun stattgefunden und zwar mit dem Ergebnis, daß die einstweilige Verfügung als unrechtmäßig aufgehoben worden ist.

Es wär' so schön gewesen!

Der Verein für Kinder-Volksküchen hat in seinen 17 Anstalten im Monat Januar 1909 an schulpflichtige und nichtschulpflichtige Kinder 263 925 Portionen verteilt. 139 048 Kinder wurden von den Schulen überwiesen. Da der Zudrang zu den Kinder-Volksküchen anhält, werden Damen, welche sich dem Ehrendienst in den Kinder-Volksküchen widmen möchten, indem sie wöchentlich einmal den Kindern das Essen in der Zeit von 12 bis 2 Uhr darreichen, gebeten, ihre Adressen an das Vereinsbureau Schaperstr. 34 einzusenden.

Zu den Messerstechereien wird uns über zwei wichtige Funde berichtet, die geeignet sind, einigen Unholden auf die Spur zu kommen. Am Dienstag, den 16. d. M., vormittags um 12½ Uhr, wurde ein Mann beobachtet, der aus dem Hause Gubener Straße 29 auf die Straße herausgestürzt kam und draußen einen Gegenstand in den Schnee warf. Sein Aussehen und seine Eile ließen ihn verdächtig erscheinen, und der Gegenstand wurde aufgehoben. Es war ein Messer. Kurz bevor dieser Mann auf die Straße rannte, hatte eine Maurerfrau K. im zweiten Stock des Hauses einen Mann an einer Korridortür stehen sehen. Bei ihrer Annäherung nach dem Treppenpodest hatte er sich gebückt und Frau K. hatte aus seiner Hand die eiserne Spitze eines Gegenstandes hervorragen sehen. Sie hatte laut aufgeschrien und dadurch den Mann in die Flucht getrieben. Zweifellos ist dieser Mann identisch mit dem, der das Messer auf der Straße weggeworfen hat. Dieses Messer ist sehr alt, ein Sachverständiger schätzt es auf 50 Jahre. Auf ein sehr hohes Alter deutet die abgeschliffene und verblaßte Hirschhornschale hin. Die einzige Klinge in dem Messer ist im Verhältnis zum Heft zu kurz. Die Feile, die es hat, ist an der Spitze früher wahrscheinlich in einen Schraubenzieher ausgelaufen, wie bei Jagdmessern. Jetzt ist sie vorn scharf angeschliffen. Als das Messer auf die Straße geworfen wurde, war sie aufgeklappt zum Gebrauch. Das Messer enthält außerdem einen Korkenzieher und einen dreikantigen, 5 Zentimeter langen, spitz zulaufenden Pfeifenreiniger. Die neusilbernen Beschläge am Vorderende bilden Patronenauszieher für Kaliber 12 und 16 Jagdpatronen. Die eine Hirschhornschale ist weniger gerippt als die andere. — In einem anderen Falle, dem der Verletzung der Frau K. in Hohen-Schönhausen, als die Ueberfallene mit dem Täter um das Messer rang, wurde ihr der Kragen ihrer Pelerine aufgerissen. In dem Kragen hängen geblieben war ein in zwei Teile gebrochener sogenannter Totenkopfring aus silberähnlichem, unechtem Metall, etwa 1 Zentimeter breit. Dieser Ring rührt zweifellos von dem Täter her. Die Ermittelung der Personen, denen das Messer und der Ring gehören, ist von großer Wichtigkeit. Wer Kenntnis davon hat, wem das Messer gehört, oder wer weiß, daß jemand einen solchen Ring besessen hat, der ihm jetzt aber fehlt, der wird unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 3000 M. gebeten, seine Wahrnehmungen unverzüglich der Polizei mitzuteilen. Beide Gegenstände sind jetzt im Lichthofe des Polizeipräsidiums zur Besichtigung in einem Kasten ausgestellt.

Zwei maskierte jugendliche Verbrecher verübten in der vergangenen Nacht einen schweren Ueberfall auf einen Wächter, der ihnen bei einem Juweleneinbruch in den Weg trat. Der Händler Willy Wendel und der Arbeiter Richard Lenzner, Burschen von 17 Jahren, Söhne zweier Schwestern, ließen sich gestern abend auf dem Grundstück Neue Königstr. 43, auf das sie sich schon um 8 Uhr eingeschlichen hatten, einschließen, um der Juwelenhandlung von Lewin einen nächtlichen Besuch abzustatten. Als sie sich nach Schluß des Hauses an die Arbeit machen wollten, hörte der Privatwächter Schuckar ein Geräusch, ging ihm nach und fand die beiden Burschen auf der Bodentreppe des Hinterhauses im dritten Stock. Sofort fielen die Aufgestöberten, die schwarze Masken trugen, über ihn her, schlugen ihn mit Gummiknüppeln zu Boden und stopften ihm zwei Taschentücher in den Mund. Dann fesselten sie ihn, ließen ihn auf der Treppe liegen und gingen nach dem Hof hinunter, um von hier aus den Einbruch auszuführen, indem sie das Schutzgitter eines Fensters an dem Lewinschen Ladenraume wegsägten und den Riegel zurückschoben. Unterdessen war Schuckar wieder zu sich gekommen und hatte sich von den Fesseln zu befreien gewußt. Er holte zwei Hausgenossen, den Verwalter Meyer und den Heizer Lingner zu Hilfe, und rückte mit diesen den Einbrechern auf den Leib. Jetzt versuchten die Burschen, sich durch die Flucht zu retten. Wendel wurde jedoch sofort ergriffen. Lenzner entkam zwar noch, indem er sich mehrmals losriß, wurde aber später in seiner Wohnung in der Rückerstraße ermittelt und ebenfalls festgenommen.

Aus dem Polizeibericht. Gestern früh 7½ Uhr fand der Müllkutscher, der den Müllkasten auf dem Hofe des Grundstücks Schönhauser Allee 50 ausräumte, die Leiche eines Kindes weiblichen Geschlechts. Am Halse bemerkte man Strangulationsmarken, die von einem Tuche herrühren dürften, das um den Hals geschlungen war. Die Recherchen nach der Mutter sind bisher erfolglos geblieben. Die Leiche ist dem Schauhause zugeführt worden. — Unter Versprechung von Geldgeschenken versuchte nachmittags der 41 Jahre alte Kaufmann Emil B. aus Friedenau die 12jährige Tochter Hedwig des im Hause Lützowstr. 17 wohnhaften Kohlenhändlers Josef Zbylicky in den Flur des Grundstücks Nr. 21 zu locken. Als das Kind seinen in der Nähe weilenden Vater herbeirief, lief B. schleunigst davon, wurde aber von Zbylicki und mehreren Kohlenarbeitern vor dem Hause Steglitzer Str. 18 eingeholt und zur Wache gebracht, von wo später seine Ueberführung nach dem Polizeipräsidium erfolgte.

Wegen Arbeitslosigkeit ist der 25 Jahre alte Musiker Karl Albrecht aus der Soldinerstraße 87 ins Wasser gegangen. Gestern nachmittag sahen zwei Männer seine Leiche am Kronprinzenufer in der Spree treiben und landeten sie. Aus Aufzeichnungen, die man in den Kleidertaschen des Toten fand, geht hervor, daß der junge Mann wegen Arbeitslosigkeit schwermütig geworden war.

Eine strenge Kontrolle wird jetzt von Beamten der Landesversicherungsanstalt Berlin über das Kleben ausgeübt. Kontrolleure gehen von Haus zu Haus und prüfen, ob die Invalidenkarten vorschriftsmäßig geklebt und die Marken entwertet sind. Also Vorsicht! Wer sich vor Strafe schützen will, der klebe.

Unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast, die sich auf mehr als 300 000 M. beziffern soll, ist der Möbelhändler G. seit kurzem verschwunden. Bei der Flucht, die er angeblich nach Paris angetreten haben soll, hat er auch sein neunjähriges Töchterchen mitgenommen, während die Frau in Berlin zurückgeblieben ist. In Betracht kommen 157 Gläubiger, die das gutgehende Geschäft weiter führen, weil durch die vorhandenen großen Warenbestände die Passiven gedeckt werden können. Die Veranlassung zu der Flucht, die im Zentrum der Stadt großes Aufsehen hervorgerufen hat, soll in Familienangelegenheiten zu suchen sein.

Eine neue Berliner Anglerkolonie wird in diesem Sommer an den Seen in der Umgebung von Woltersdorf entstehen. Eine große Anzahl Anhänger des Angelsports haben infolge der Verteuerung der Anglerkarten solche von der Fischerinnung in Woltersdorf gelöst, die einen Preisaufschlag nicht vorgenommen hat. Infolgedessen haben die Woltersdorfer Fischer schon jetzt mehr als die Hälfte ihrer Anglerkarten abgesetzt.

Ein gefährlicher Fabrikbrand beschäftigte die Feuerwehr gestern vormittag lange Zeit in der Dresdener Straße 88/89. Im dritten Quergebäude befinden sich dort im Erdgeschoß sowie im ersten Stockwerk die Fabrikräume der Fabrik zur Herstellung präparierter Palmen von Johannes Junghans. Durch Entzünden von Benzindämpfen an einem eisernen Ofen entstand nun plötzlich in dem im ersten Stock befindlichen Arbeitsraum eine heftige Explosion, die auch die dort lagernden fertigen Waren in Brand setzte. Als Brandmeister Elsner an der Brandstätte erschien, hatte das Feuer schon einen großen Umfang angenommen. Die Wehr mußte sich darauf beschränken, ein Umsichgreifen des Feuers zu verhüten. Der Arbeitsraum brannte vollständig aus, und ist der entstandene Schaden ein ganz beträchtlicher. Glücklicherweise konnten die dort beschäftigten Arbeiterinnen sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, nur ein Arbeiter erlitt Brandwunden im Gesicht. Gegen 12 Uhr war jede Gefahr beseitigt.

Eine wilde Jagd nach einem falschen Messerstecher gab es gestern abend auf dem Wedding. Der wohnungslose 32jährige Willi Steil hatte bei einem Fräulein F. in der Chausseestr. 32 gebettelt. Als er die Treppe wieder hinunterging, begegnete ihm die in dem Hause wohnende Frau M. Er lachte sie an, und Frau M., in dem Glauben, daß sie den Messerstecher vor sich habe, schlug Alarm. Der Bettler machte sich aus dem Staube und bald hatte sich eine förmliche Jagd, an der sich zahlreiche Passanten beteiligten, hinter ihm gebildet. Ein berittener Schutzmann erreichte schließlich den Flüchtling und nahm ihn fest. Auf der Revierwache in der Uferstraße stellte sich jedoch bald heraus, daß man einen harmlosen Bettler für den langgesuchten Messerstecher gehalten hatte.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr kam in einer Schneiderwerkstatt in der Warschauer Straße 20 Feuer aus. Tische, Regale mit Kleidungsstücken, Schaldecken, Fußboden u. a. standen bei Ankunft des 7. Zuges in Flammen. Gleichzeitig mußte in der Matthäikirchstr. 7 ein Brand gelöscht werden. In der letzten Nacht um 2 Uhr hatte die Feuerwehr in der Gr. Hamburger Straße 37 und gleichzeitig in der Rathausstr. 1 zu tun. Hier war in einem Keller und dort in einem Laden Feuer ausgekommen. Hausrat, Lumpen, Kleider Fußböden waren in Brand geraten.

Vorort-Nachrichten.

In einer Anzahl gut besuchter Volksversammlungen im Kreise Niederbarnim

referierte in letzter Zeit Genosse Artur Stadthagen. Der Referent als Vertreter des Kreises im Reichstage behandelte im allgemeinen Thematas, die die verfahrene ausländische wie inländische Politik Deutschlands illustrieren.

In Friedrichsfelde hatten sich über 400 Personen nach dem Bubeschen Lokal begeben, um den Referenten zu hören. Die treffliche Charakteristik Stadthagens über die politische Lage Deutschlands wurde von den Versammelten mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Genosse Oehlert ermahnte zum Schluß die Versammelten, für die Ideen der Sozialdemokratie, sowie für den Eintritt in die Organisation zu agitieren.

Eine gleichfalls gut besuchte Versammlung tagte in Fredersdorf-Neuenhagen. In zweistündiger von beißendem Hohn durchwürzten Rede übte Stadthagen scharfe Kritik; folgende Resolution fand ein-

stimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Stadthagen einverstanden; sie protestiert ganz energisch gegen das persönliche Regimem und die den Frieden und das Ansehen Deutschlands gefährdende auswärtige Politik. In besonderer Beachtung der Rede des Reichskanzlers, verpflichten sich die Anwesenden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten und nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den preußischen Landtag errungen ist.

In Ober-Schöneweide war am letzten Dienstag der große Saal im „Wilhelminenhof" bis auf den letzten Platz besetzt. Stadthagen ließ hier alle nennenswerten politischen Ereignisse der letzten Zeit Revue passieren, wobei er die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie gehörig glorifizierte. Auch die Steuerpolitik Preußen-Deutschlands erörterte der Redner eingehend und zeigte dabei den Versammelten, daß den Millionen der Enterbten abermals weitere Lasten auferlegt werden sollen. In schneidendem Widerspruch zu der immer stärkeren Belastung stehe das gänzliche Versagen der herrschenden Klassen wie der Regierung gegenüber den arbeitenden Klassen in sozialpolitischer und rechtlicher Beziehung. Zum Schluß des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags forderte der Referent auf, in dem Kampf um die Erringung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen auszuharren und immer neue Kämpfer um das Banner des Sozialismus zu scharen. Der Vorsitzende Genosse Muth übte hierauf noch scharfe Kritik an dem Verhalten der Rummelsburger Polizei am Wahlrechtssonntage. Mit einem Appell an die Versammelten, den „Vorwärts" zu abonnieren und den Organisationen der Sozialdemokratie beizutreten, wurde die Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Rixdorf.

Bildungsausschuß. Für die heute stattfindende Theatervorstellung sind noch einige Berechtigungskarten bis kurz vor Anfang der Vorstellung im Restaurant Thiel, Bergstraße, zu haben. Zur Aufführung gelangt: „Der Hypochonder. — Der Vortrag von Julian Borchard vorgesehene Unterrichtskursus am Montag, 22. Februar, fällt aus, da der Vortragende verhindert ist. — Am Montag, 22. d. M., abends 8½ Uhr, bei Hoppe: 7. Vortragsabend des Genossen Heinr. Schulz. Zum Vortrag gelangt: „Die Märzrevolution und ihr Ausgang."

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung am Freitag wurde eingeleitet mit einer gegen den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dr. Leidig gerichteten Erklärung des Magistrats. Herr Leidig hatte den Magistrat und insbesondere den Beigeordneten Peters beschuldigt, in der Untergrundbahnfrage die Interessen der Bevölkerung geschädigt zu haben. Wäre geschickter operiert worden, so hätte man die Terraingesellschaft weit stärker als geschehen zum Bahnbau heranziehen können. Wir haben in dem Artikel „Fiskus und Terrainspekulanten" am 26. Januar dieses Jahres gezeigt, daß es nicht am bösen Willen des Magistrats, sondern an der vom Fiskus mit den Grundstücksspekulanten geübten Interessensolidarität liegt, wenn die Spekulanten zu einem Unternehmen, das ihnen ungezählte Millionen in den Schoß wirft, nur relativ unbedeutende Beiträge zu leisten brauchen. Die Erklärung des Magistrats ging denn auch dahin, daß er die Berechtigung der vom Prof. Leidig erhobenen Angriffe nicht anerkennen könne.

Hierauf stimmte die Stadtverordnetenversammlung zwei Magistratsanträgen zu, wonach die Realabteilung der Goethe-Schule zu einer Oberrealschule ausgebaut werden soll und wonach ferner für das Fortbildungsschulwesen eine besondere Deputation zu errichten ist. Bisher hatte die Schuldeputation die Fortbildungsschulen beaufsichtigt.

Nunmehr trat die Versammlung in den Hauptpunkt der Tagesordnung: die Etatsberatung ein. Die Zahlen, mit denen der Erste Bürgermeister Habermann den Voranschlag begründete, geben ein drastisches Bild von der wahrhaft amerikanischen Entwickelung des Vororts und der — Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß ein Gemeinwesen, dessen Emporblühen nicht im mindesten der Tüchtigkeit seiner Bürgerschaft, sondern nur seiner günstigen Lage im Westen Berlins zuzuschreiben ist, nichts von den schweren Lasten, unter denen das große Gemeinwesen seufzt, auf seine Schultern zu nehmen braucht.

Als der jetzige Erste Bürgermeister im Jahre 1896 in die Verwaltung des damals noch auf Jahre hinaus der Landgemeindeordnung unterstellten Vororts eintrat, balanzierte der Etat mit 534 000 Mark. Im Voranschlag für 1909 schließt der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 14 655 000 Mark ab. Das Vermögen der Stadt stellt sich nach Berechnung des Magistrats auf 20 487 140 Mark gegen 15 922 788 Mark im Jahre vorher. Die Vermehrung ist hauptsächlich dem Erwerb des „Seeschlößchen"-Grundstücks in der Kaiser-Allee zuzuschreiben. In einem ganz geringen Maße hat allerdings auch Wilmersdorf die Not der Zeit zu spüren bekommen. Die Erträge der Einkommensteuerzuschläge und der Grundwertsteuer blieben hinter dem Voranschlage zurück, doch wird der Minderbetrag annähernd ausgeglichen durch erhöhte Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Der Bürgermeister glaubte jedoch den Stadtverordneten versichern zu dürfen, daß Wilmersdorf auf Jahre hinaus nicht daran zu denken brauche, seinen Steuerzuschlag von 90 Proz. zu erhöhen. Wohl aber soll die Kanalisationsgebühr von 1½ auf 2 Proz. hinaufgesetzt werden; der Wilmersdorfer Grundbesitz würde nach dieser Maßregel etwa ebenso hoch belastet sein wie der Schöneberger und Charlottenburger.

Wie günstig Wilmersdorf im Rahmen des Groß-Berliner Kommunallebens dasteht, zeigten des weiteren die Ausführungen des Stadtrats Brohm. Auf 1000 Einwohner kommen Gemeindeschüler in Charlottenburg 86, in Schöneberg 82, in Wilmersdorf aber nur 69. Höhere Schüler zählten hingegen auf 1000 Einwohner Charlottenburg 24, Schöneberg 23, Wilmersdorf 44. Die Armenlasten stellen sich auf den Kopf der Einwohnerschaft berechnet in Charlottenburg auf 5,10 M., in Schöneberg auf 2,67 M., in Wilmersdorf jedoch nur auf 1,85 M. Die günstigen Finanzverhältnisse sind aber bisher fast nur den Bemittelten zugute gekommen. Sozialpolitische Maßnahmen, zu deren Durchführung Wilmersdorf wie kein anderer Vorort die Möglichkeit gehabt hätte, waren an diesem Ort ausgeschlossen. Erst im neuen Etat sind im Schulwesen Stotterkurse, Zahnpflege, Schülerwanderungen und ähnliches berücksichtigt. Diese geringfügigen Neuerungen hätten den Stadtrat aber nicht zu dem falschen Zungenschlag verleiten sollen, daß Wilmersdorf in sozialpolitischer Hinsicht nicht hinter anderen Gemeinden zurückstehe. Ein Vergleich mit Charlottenburg und Schöneberg zeigt, daß Wilmersdorf ganz langsam zu tun sich anschickt, was andere Orte unter weit ungünstigeren Bedingungen längst für ihre Pflicht gehalten haben. Wilmersdorf ist ein klassisches Beispiel dafür, daß die kommunale Sozialpolitik immer vernachlässigt wird, wenn in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Anregung fehlt.

Von den Stadtverordneten sprachen die Herren Hartung und Kletke in längeren Ausführungen zum Etat. Ihnen ging namentlich die angekündigte Erhöhung der Kanalisationsgebühren wider den Strich; lieber noch wollten sie eine Wertzuwachssteuer eingeführt wissen. Schließlich wurde die Etatsvorlage in üblicher Weise an die Ausschüsse verwiesen.

Schöneberg.

Die Frauenabteilung des Arbeiter-Turnvereins turnt von morgen ab jeden Montag von ½9—10 Uhr in den „Neuen Rathaussälen", Meininger Straße 8. — Männer und Lehrlinge turnen in den umliegenden Vereinen.

Charlottenburg.

Die letzte Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm den Bericht über die Tätigkeit der Kommission im Geschäftsjahre entgegen. Der Obmann, Genosse Flemming, führte aus, daß im Berichtsjahre sich wesentliche Veränderungen in der inneren wie äußeren Gestaltung der Kommission vollzogen haben. Einmal durch den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission als Unterkommission und zweitens durch das Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes haben sich die bisher gewohnten Verhältnisse bedeutend geändert. In 20 Ausschußsitzungen sowie 12 Plenarsitzungen der Kommission wurden die örtlichen Arbeiten geregelt. Hierzu kommen noch außerdem die verschiedenen Sitzungen in der Berliner Gewerkschaftskommission resp. in deren Ausschuß. Der Kommission sind im Berichtsjahre beigetreten die Brauereiarbeiter und die Sektion des Maurerverbandes: die Gips- und Zementarbeiter. Dem Verbande der Gast- und Schankwirte wurde eine beratende Stimme in der Kommission zugebilligt. Ausgetreten sind die Buchbinder, so daß der Kommission am Schlusse des Berichtsjahres 29 Gewerkschaften angehören. Des weiteren erwähnte der Redner die Agitation für den Achtuhr-Ladenschluß der am 1. November eingeführt sei. Auch der jungen Dienstbotenbewegung wurde die ihr gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Die wirtschaftliche Krisis ist auf das Gewerkschaftsleben nicht ohne Einfluß gewesen. Der Mitgliederbestand in manchen Gewerkschaften, namentlich in denen der Baubranche, ist erheblich zurückgegangen. Eine große Teilnahmlosigkeit ist ferner zu verzeichnen gegenüber den einberufenen öffentlichen allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen. Hierin müsse unbedingt Wandel in den einzelnen Gewerkschaften geschaffen werden. Was die zentralisierte Bibliothek der Gewerkschaften und Partei, die sich in der Parteispedition, Sesenheimer Str. 1 befindet, anbetrifft, so hat sich erfreulicherweise die Leserzahl gegenüber früher vermehrt. Es sei nun noch zu wünschen, daß diejenigen Gewerkschaften, die sich dem großen Ganzen noch nicht angeschlossen haben und ihre Bibliotheken noch selbst verwalten, dieselben in der Zentralbibliothek aufgehen lassen. Den Jahresbericht gab der Kassierer, Genosse Ahrens. In Einnahmen und Ausgaben schließt die Kasse mit einem vorhandenen Bestand von 657,79 Mark am Schlusse des Geschäftsjahres ab.

Nachdem in der Diskussion vom Genossen Metallarbeiter Mende die Bibliotheksverhältnisse in seiner Gewerkschaft dargelegt, wurde zur Wahl der Funktionäre geschritten.

In den Ausschuß wurden gewählt: die Genossen Ahrens, Buchdrucker; Bernhardt, Transportarbeiter; Flemming, Bureauangestellter; Lehmann, Maschinist und Storch, Holzarbeiter. Zum Obmann der Gewerkschaftskommission wählte man wiederum den Genossen Flemming, Pestalozzistr. 13. Das Amt der Revisoren wurde den Genossen Mitsching, Töpfer und Mende, Metallarbeiter, übertragen. In den Volkshaus-Ausschuß wurden die Genossen Bernhardt, Mitsching und Prenzlow, Metallarbeiter, gewählt.

Eine lebhafte Aussprache zeitigte die stattgefundene Arbeitslosenzählung am 13. respektive 14. Februar. Einige Genossen waren mit der Beteiligung an derselben nicht zufrieden, während wieder andere einen Erfolg darin erblickten, daß sich eine Reihe nur gewerkschaftlicher Kollegen der Zählarbeit widmeten, was früher gar nicht oder aber in recht bescheidenem Maße der Fall war. Besonders die Genossen Flemming und Kley betonten, daß man mit der vorgenommenen Aktion durchaus zufrieden sein könne. Die Hauptsache sei jetzt: die Frage aufzuwerfen, was der Staat und die Kommunen gegenüber der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen, die von uns gezählt worden sind, zu tun haben.

Nach einer noch kurzen Erörterung hiesiger Konsumangelegenheiten fand die Sitzung ihren Schluß, in welcher die Gewerkschaften der Friseurgehilfen, Porzellanarbeiter und Putzer ohne Entschuldigung ferngeblieben waren.

Die Ostwache der Charlottenburger Feuerwehr wurde gestern morgen 8 Uhr nach der Rankestr. 2 gerufen. Die Wehr fand bei ihrem Eintreffen den Laden und Schlafraum des Uhrmachers Göthling mit Gas vollständig angefüllt vor. Der Besitzer wurde infolge der erlittenen Gasvergiftung bewußtlos aufgefunden. Die Samariter der Feuerwehr wandten sofort den Sauerstoffapparat an und es gelang ihnen unter Leitung des Brandinspektors von Leupold den Bewußtlosen zu retten. Der Kranke wurde nach dem Krankenhause gebracht, wo man ihn am Leben zu erhalten hofft. Die Ursache des Unglücks soll ein herabgeglittener Gasschlauch sein, jedoch ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Steglitz.

120 000 M. endgültig den Terraingesellschaften geschenkt. Die außerordentliche Gemeindevertretersitzung am Freitag verhandelte als einzigen Punkt die zweite Lesung des Antrages: „Zahlung von 150 000 M. Zuschuß seitens der Gemeinde Steglitz an die Stadt Wilmersdorf zum Bau der Schnellbahn und Heranziehung der an dem Bau dieser Bahn interessierten Steglitzer Grundbesitzer mit 75 Proz. dieser Summe zu den von der Gemeinde aufgewendeten Kosten." Gestützt auf die komplette Mehrheit überließ die Grundbesitzer-Fraktion der Opposition das Reden und beschränkte sich auf das Abstimmen. Sie konnte noch seelenruhig zugeben, daß sich die Herren Bankdirektor Steinthal und Schöffe Mancke der Stimme enthielten, weil beide Herren auf Anfrage eines Vertreters der Opposition zugeben mußten, daß sie materiell an der Sache interessiert sind. Herr Steinthal ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Terraingesellschaft „Rheingau", deren Grundbesitz dabei in Frage kommt, und Herr Mancke vermittelt die Grundstücksverkäufe eben dieser Gesellschaft. Ein dritter Beteiligter, der Schöffe, Rittmeister a. D. Bugge, der gleichfalls dem Aufsichtsrat angehört, war gar nicht anwesend. Trotzdem war von vornherein die Mehrheit gesichert. Der Antrag wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt, der weitere Antrag, 150 000 M. aus Gemeindemitteln zu bewilligen ohne Heranziehung der betr. Grundstückseigentümer mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen. Resultat: die Terraingesellschaften, deren Vertreter in der Mehrheit sitzen, scharren den Profit in Gestalt hoher Grundwerte ein und die Steuerzahler von Steglitz tragen die Kosten. Daß dieselbe Mehrheit die Wertzuwachssteuer wiederholt abgelehnt hat, ist zwar im Interesse der Gemeinde bedauerlich, aber begreiflich. Man will sich den „mühevollen" Gewinn in voller Höhe sichern.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst hatte sich die Sitzung mit einem Einspruch eines Herrn Dr. Bauer gegen die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste pro 1909 zu beschäftigen. Derselbe wohnt seit dem März 1908 im Gemeindebezirk, ist jedoch seit August 1907 Hausbesitzer hierselbst. Mithin steht ihm das Forensen-Stimmrecht zu. Es wird die Nachtragung beschlossen. Sodann lag ein Antrag des Gemeindevorstandes vor, welcher verlangte, daß die fälligen Steuern und das Schulgeld, sowie sonstige Schulden an die Gemeinde direkt an die Gemeindekasse gezahlt und nicht mehr abgeholt werden sollen. Der Gemeindevorsteher führte aus, daß von 4718 Steuerzahlern nur 2075 an die Gemeindediener, der Rest jedoch von 2643 direkt an die Gemeindekasse gezahlt habe. Führe man dieses Bringe-System nicht ein, so mache sich die Anstellung eines vierten Steuer-Einziehers notwendig. Nach längerer Debatte wird beschlossen, das Bringesystem einzuführen. Es müssen demnach in Zukunft die Steuerzahler das Geld direkt zur Kasse bringen.

Der Bürgerverein Süden hat erneut den Antrag gestellt, da jetzt der Bahnhofsumbau doch wieder in weite Ferne gerückt sei, mit der Eisenbahndirektion ein Abkommen dahin zu treffen, daß der Zugang zu dem Fernbahnsteig verbessert werde; da derselbe bei Regenwetter und Eis gesundheitliche Gefahren für die Passanten in sich schließe. Die Kosten betragen 1500 M., von welchen Mitglieder des Bürgervereins Süden 400—450 M. aufbringen wollen. Die Vertretung beschließt, die Kosten bis zu 1000 M. zu übernehmen. Der nächste Punkt betraf den Bau eines Gewächshauses. Bisher wurden zum Ueberwintern der Pflanzen der Parkverwaltung Kellerräume der Gemeindeschule I benutzt, welche aber jetzt für Schulzwecke gebraucht werden. Die Vorlage fordert 10 500 M. In der Diskussion wird dieser Satz als für zu hoch bezeichnet und gesagt, daß das Gewächshaus für 7000 M. zu bauen ist. Die Vorlage wird schließlich abgelehnt. Da das Freudenschulgeld kürzlich auf 90 M. erhöht wurde, stellt die Berliner Waisendeputation für fünf ihrer sich in unserem Orte befindlichen Pfleglinge den Antrag, für diese fünf Schüler den alten Satz zu berechnen. Der Antrag findet Annahme. Ueber die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 1908 referierte der Vertreter Grünewald. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen sich auf 8 294 301,97 M. belaufen. Die Ausgaben betrugen 2 806 592,91 M. Nach allen Abzügen verbleibt ein barer Ueberschuß von 51 456,02 M. Ein Mehr brachten ein die Hundesteuer 6 Proz., die Lustbarkeitssteuer 22 Proz., die Umsatzsteuer 24,5 Proz., die Grundwertsteuer 12,2 Proz., die Einkommensteuer 1,9 Proz. Bei der Grundwertsteuer waren nur 81 000 M. in den Etat eingesetzt, eingebracht hat dieselbe jedoch 167 000 M., also mehr als das Doppelte. Nach Erledigung einiger kleineren Angelegenheiten erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

Mariendorf-Südende.

Ueber die politische Lage referierte in einer im Lokale von Zierock stattgefundenen Volksversammlung die Genossin Berta Lungwitz. Der Vortragenden wurde für ihre trefflichen Ausführungen reicher Beifall gezollt. Hierauf beschäftigten sich die Versammelten mit der allgemeinen und der örtlichen Arbeitslosenzählung. Im Gegensatz zur amtlichen Zählung, die nur 71 Arbeitslose aufwies, sind durch das Hauslistenzählsystem durch unsere Genossen 295 Arbeitslose festgestellt worden. Unseren Gemeindevertretern wurde von der Versammlung einstimmig eine Resolution zur Befürwortung im Dorfparlament überwiesen, in welcher baldige Linderung der Arbeitslosigkeit gefordert wird. Zum Schluß verurteilte die Versammlung das Vorgehen des jetzigen Besitzers zum „Alten Asканier", Herrn Gastwirt Grassl, Chausseestraße (Ecke Eisenacher Straße), der der Arbeiterschaft sein Lokal für den Verkehr verweigert. Eine Resolution, in welcher sich die Versammelten verpflichten, das Lokal so lange zu meiden, bis dasselbe der Sozialdemokratie wieder zu Versammlungen zur Verfügung steht, wurde einstimmig angenommen.

Ober-Schöneweide.

Zeichen der Zeit. Inmitten der für die Arbeiterschaft unseres Ortes äußerst ungünstigen Arbeitsverhältnisse der einzelnen großen Werke haben zum Ueberfluß jetzt die Norddeutschen Eisen- und Stahlwerke den Betrieb gänzlich eingestellt. Das Werk ist erst seit zwei Jahren im Betriebe. In Betracht kommen 90 Arbeiter.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Tödlicher Absturz eines Nachtwandlers. Recht verhängnisvoll sollte für den ehemaligen Schlächter Hermann Diekow aus Kalkberge das Leiden des Nachtwandelns werden. Er verließ das Bett und kletterte auf das Dach hinauf, wobei er plötzlich umfiel und vom Dach herunterstürzte. Der Verunglückte zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er bald darauf an den Folgen starb.

Nieder-Schöneweide.

In der **Gemeindevertreter-Sitzung** wurde beschlossen, den Nachtfernsprechdienst auch für unseren Ort einzuführen. Der Haushaltsetat für die Gemeinde einschließlich der Ortskanalisation und der Gemeinde-Gasanstalt für 1909 balanziert in der Höhe von 453 800 M. Die 100 Proz. betragende Einkommensteuer bleibt auch für dieses Jahr bestehen. Die Uebernahme der im Gemeindebezirk gelegenen Kreisstraßen wurde einer Kommission überwiesen. Die Schlußrechnung des Feuerwehrgebäudes stellt sich auf rund 68 051 M. Die Gemeindevertretung wird um 3 Mitglieder vermehrt; ein Antrag auf Vermehrung von 6 Vertretern wurde abgelehnt. Es begründete ein Herr seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß, wenn so viele neue Vertreter in die Vertretung kommen, die Geschäfte der Gemeindevertretung darunter leiden könnten. Zu Friedhofszwecken ist der Gemeinde ein Stück Land von 2⅔ ha Größe in der Königsheide dicht am Teltower Stichkanal bei Baumschulenweg zugewiesen worden.

Köpenick.

Ueber den Wirtschaftsmarkt im Jahre 1908 referierte Genosse Heinig in der letzten Wahlvereinsversammlung. Aus dem Bericht der Zeitungsspedition ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 15 322,71 M. eine Ausgabe von 15 275,45 M. gegenübersteht. Der Partei sind 400 M. überwiesen worden. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Schubert, Heidbeck, Kegel und Hartig und für Groß-Berlin Reinhard, Kegel, Schubert, Ferd. Lehmann und als Ersatzmann Katsch delegiert. Es lagen 13 Anmeldungen zur Neuaufnahme vor, von denen zwei abgelehnt wurden. Nach Verlesung des Schiedsspruches wider die Genossen Bauer, Kerber, Grek, Heim, Schulze, welche bei der Landtagswahl ihre Schuldigkeit nicht getan hatten, wurde diese Angelegenheit als erledigt betrachtet, die Genossen sind also weiter Mitglieder. Sodann wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern wider den Genossen Babuljack eingesetzt, welcher sich einer gelben Gewerkschaft angeschlossen hat. Für die am 25. Februar stattfindende Stadtverordneten-Stichwahl zwischen dem Genossen Otto Nickel und dem bürgerlichen Innungsmeister Adolf Rohrbeck findet am Montag in den Lokalen Stippekohl, Tauchert und Ritter eine Zusammenkunft statt, worauf wir die Genossen der dritten Abteilung nochmals aufmerksam machen. Ein Frauenleseabend findet am Montag beim Genossen Joch statt, an welchem Frau Thiel über Heimarbeit und Kindererziehung sprechen wird.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung wurde durch den Besuch des besoldeten Schöffen Dr. Pape beehrt; seit 1. März 1907 bis 1. Januar 1909 zur Disposition gestellt, tritt der Herr nach wiederum 14 Tagen Beschäftigung einen Urlaub von 3 Wochen an. 1 Jahr 10 Monate Ruhe waren demnach noch nicht standesgemäß. — Der Hochbaurat Bühring legte der Versammlung ein Projekt vor zur Erbauung einer Pumpstation, deren Gesamtkosten 138 000 M. betragen. Der Entwurf wurde einstimmig genehmigt. Die Beschaffung von sieben neuen Minimax-Feuerlöschapparaten wurde beschlossen, dieselben werden in den vorhandenen öffentlichen Gebäuden untergebracht. Ebenso wurde die Anschaffung von 200 neuen Heimsparbüchsen beschlossen, nachdem die ersten 400 sehr schnell vergriffen waren. Jeder Sparer erhält die Büchse gegen eine Einzahlung von 3 M. leihweise überreicht. — Eine längere Debatte verursachte der Antrag des Gemeindevorstandes, vom 1. April d. J. ab das Steuerbringverfahren einzuführen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß bei dem jetzigen Holverfahren höchstens 30 Proz. der Steuern an den Steuererheber gezahlt werden, ferner wird eine Ersparnis an Personal eintreten. Man stützte sich auf die Erfahrungen anderer Orte. Bis zum 15. jeden zweiten Monats sollen die fälligen Steuern an die Kasse abgeliefert sein, dann bleibt die Kasse zwei Tage geschlossen, um gegen die säumigen Zahler das Mahnverfahren einzuleiten. Gegen die Stimmen unserer Genossen und einiger bürgerlicher Vertreter wurde die Vorlage angenommen. — Die Tilgung der im vorigen Jahre aufgenommenen Anleihe von 7 000 000 M. hat nach der Genehmigungsverfügung des Kreisausschusses mit 1¾ Prozent vom 1. April 1909 ab zu erfolgen. Da die Anleihe nur zum Teil verbraucht ist und zwar die Summe von 3 025 000 M., so wurde beschlossen, nur für diese Summe die bestimmte Tilgung eintreten zu lassen, während der Beginn der Tilgung des Restes auf den 1. April 1910 verschoben wird.

Gerichts-Zeitung.

Lustbarkeitsverordnung und Reichsvereinsgesetz.

Nach der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 4. September 1897 sollen nicht bloß öffentliche Tanzlustbarkeiten von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig sein, sondern auch **sonstige, nichtgewerbsmäßig veranstaltete öffentliche „Lustbarkeiten", bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet.** Die Vorstandsmitglieder Schmiekala, Bansemer und Kraya vom Arbeiterradfahrerverein „Stern" zu Halle a. S., der zu dem Radfahrerbund „Freiheit" gehört, sowie der Gastwirt Haustein in Rattmannsdorf sollten sich gegen die

zweite Bestimmung der Verordnung vergangen haben. Der Verein hatte in dem Hausteinschen Lokal im vorigen Sommer ein **Instrumentalkonzert** veranstaltet. Man hatte die Sportgenossen der Gegend herangezogen, um zu veranlassen, daß sich auch hier ein Radfahrerverein bilde und dann möglichst dem Bunde „Freiheit" beitrete. Eine Kapelle aus Teutschental spielte hauptsächlich Märsche und Tänze. Die **Genehmigung** hatte der Amtsvorsteher zu Benneckendorf nicht erhielt.

Das **Landgericht** Halle sprach die Angeklagten **frei**. Unter anderem führte er aus: Zwar habe jedermann Zutritt erhalten, der ein Programm für 10 Pf. erwarb, und es habe ein ständiges Kommen und Gehen stattgefunden. Der Kreis der Teilnehmer sei **nicht** durch sachliche oder persönliche Beziehungen innerlich verbunden und **nicht** nach außen abgeschlossen gewesen. Auch habe **kein** höheres Interesse der Kunst bei den Musikaufführungen obgewaltet. Trotzdem müßten die Angeklagten **freigesprochen** werden, und zwar **wegen Ungültigkeit der angewandten Bestimmung.** Indem sie von einer Erlaubnis auch die **sonstigen**, nichtgewerbsmäßig veranstalteten öffentlichen „Lustbarkeiten usw." abhängig mache, und somit auch **gewöhnliche Nachmittagskonzerte**, gehe sie zuweit. Insofern **entbehre sie der Gültigkeit**, denn hier könne **nicht** von „Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" (§ 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts) die Rede sein.

Das Kammergericht hob am 15. dieses Monats auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Auch in diesem Falle käme wieder das **Reichsvereinsgesetz mit in Betracht**, das jetzt manche Schwierigkeit in der Rechtsanwendung mache. Zunächst nehme der Senat im Gegensatz zum Landgericht an, daß die Polizeiverordnung auch in der vom Landgericht beanstandeten Vorschrift **gültig** sei. Sie habe ihre rechtliche Grundlage in § 6d des Polizeiverwaltungsgesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Regelung gehöre: Ordnung und Gesetzlichkeit bei dem öffentlichen Zusammensein einer größeren Anzahl von Personen. Die Verordnung wäre anwendbar, **soweit nicht das Reichsvereinsgesetz entgegenstehe. Es könne eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vorliegen, wenn sich Leute in einem Garten zusammenfänden, vielleich auch bei einem Gartenkonzert.** Nämlich dann, wenn sie zu **gemeinsamen Zwecken und Zielen zusammenträten.** Wo, wie vorliegend, das Zusammenkommen zwecks Vereinsbildung erstrebt wurde, da sei es möglich, daß die **Versammlungsabsicht** bei den Konzertteilnehmern vorgelegen habe. **Und dann wären die Veranstalter**, wenn sie diese Absicht billigten, **nach § 7 des Vereinsgesetzes** verpflichtet gewesen, die Genehmigung der Polizeibehörde zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel einzuholen. Das Landgericht müsse nun prüfen, ob es sich um eine genehmigungspflichtige Versammlung handele. Sei es eine solche, dann sei das Reichsvereinsgesetz anzuwenden. Erst wenn das verneint werde, könne eine Bestrafung aus der Polizeiverordnung erfolgen.

Die Bewertung von Arbeiterknochen!

Posen, 19. Februar. Auf die Anklage der fahrlässigen Körperverletzung hatten sich heute der **Bauunternehmer Nowacki und der Maurerpolier Pokrandt**, beide von hier, vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Erstangeklagte führte im Herbst vorigen Jahres auf dem Grundstück St., Martinstraße 41, einen umfangreichen Neubau aus, die Aufsicht hatte er dem Angeklagten Pokrandt übertragen. Zum Materialientransport mußten die Arbeiter eine bis in die dritte Etage führende Leiter benutzen, die entgegen den Vorschriften des Unfallverhütungsgesetzes weder mit einer Schutzbarriere versehen, noch an den unteren Enden durch Sockelbretter befestigt war. Als eines Tages der Arbeiter Pietrowski einen Sack Zement nach der dritten Etage beförderte, geriet die Leiter derart ins Schwanken, daß er von der dritten Etage bis nach dem Erdgeschoß abstürzte. Hierbei erlitt P. derartig schwere Verletzungen, daß er **bis heute noch erwerbsunfähig** ist und es fraglich erscheint, ob er jemals wieder die Arbeitskraft erlangen wird. **Pokrandt** wurde **freigesprochen**, weil er kurz vor dem Unfalle die Aufsicht einem anderen Polier übertragen und dieser für Abstellung des Mangels hätte Sorge tragen müssen. Der Unternehmer **Nowacki** wurde, da ihm nachgewiesen wurde, daß er zur Beseitigung des bei einer Revision gerügten Mangels aufgefordert worden war, **zu einer Geldstrafe von zwanzig Mark verurteilt.**

Vom expressen Boten.

Das Landgericht **Beuthen** (Oberschlesien) hat am 19. Oktober vorigen Jahres den Pantoffelmacher Julius **Fränkel** von der Anklage des Vergehens gegen das Postgesetz freigesprochen. Er hat eine Zeitung politischen Inhalts, den „General-Anzeiger für Schlesien und Posen, regelmäßig von Beuthen nach Roßberg als expresser Bote befördert. In der Gemeinde Roßberg, die sich unmerklich an Beuthen anschließt, befindet sich nur eine Postagentur, die nur Postsachen annimmt, aber nicht ausgibt. Daher stellt, so meint das Landgericht, die Postagentur nicht eine Postanstalt im Sinne des Gesetzes dar. Was unter Postanstalt zu verstehen ist, sagt das Gesetz nicht. Aber nach den herrschenden Verkehrsbegriffen kann als Postanstalt nur ein solches Institut angesehen werden, welches die Postsachen auch an die Empfänger befördert. — Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsanwalt vertreten. Er führte aus: Die Postanstalten haben den Betrieb der Post wahrzunehmen. Sie werden in Aemter 1., 2. und 3. Klasse und Agenturen geteilt. Nur die Posthilfsstellen sind nicht als Postanstalten anzusehen. Zum Begriff der Postanstalt gehört mindestens, daß sie Briefe annimmt und verteilt. Letzteres ist auch in Roßberg geschehen, da die Empfänger ihre Sachen von der Post abholen konnten. Die nicht abgeholten Sachen wurden von Briefträgern der benachbarten Postämter den Empfängern zugestellt. — Das Reichsgericht hob am Freitag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Am Mittwoch fand die äußerst gutbesuchte Generalversammlung der Filiale Berlin statt. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Daraus ist zu entnehmen, daß noch in keinem anderen Jahre die Arbeitslosigkeit im Beruf so groß war wie gerade 1908. Wie die gesamte Baubranche, wurde natürlich auch das Töpfergewerbe von der grimmigen Wucht der Krise getroffen. Eine genaue Statistik aufzustellen war nicht möglich, da viele Mitglieder noch immer nicht ihre Pflicht erkennen, sich der Arbeitslosenkontrolle zu unterziehen. Am Jahresschluß 1906 waren 295, 1907 388 und 1908 681 Kollegen als arbeitslos zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit ruht nur auf einem Teil der Mitglieder, während die anderen fast immer arbeiten oder nur ganz wenig bummeln. Leider wird das Umschauen noch viel geübt, was den Wunsch nach einem obligatorischen Arbeitsnachweis sehr gerechtfertigt erscheinen läßt. Ueber Quertreibereien von seiten der Hirsche und Lokalisten, durch deren Schuld sämtliche Sperren illusorisch gemacht wurden, wird geklagt. Auch versuchten die Hirsche mehrmals, bei dem Unternehmerverband bezw. der Berliner Töpferinnung einen Vertrag abzuschließen, was aber die Unternehmer ablehnten. Das ist bezeichnend für das Ansehen, das die Hirsche beim Unternehmertum genießen. Zurzeit sollen diese nur zirka 44 Mitglieder aufweisen.

Arbeitsniederlegungen hatte die Filiale Berlin 18 zu verzeichnen. Um gegen den Bauschwindel entschieden vorzugehen, ist dem Reichstage am 29. April 1907 ein Gesetzentwurf betreffs Sicherung der Bauhandwerkerforderungen zugegangen. Der ursprüngliche Verlust an Lohn für die Jahre 1907 und 1908 betrug 12 343,80 Mark, von denen bis jetzt 7883,85 M. nicht eingetrieben werden konnten. So werden ehrliche Arbeiter um ihren sauer erworbenen Verdienst geprellt. Für Rechtsschutz sind in diesem Jahre 1922,08 Mark ausgegeben worden. Trotz der Polizeiverordnung hat sich betreffs der zugfreien Räume nicht viel geändert; die meisten Bauhandwerker mußten ohne verglaste Fenster arbeiten.

Der Versand der Fachzeitung erfolgt laut Beschluß der Generalversammlung vom 24. April nicht mehr per Kreuzband, sondern auf Postabonnement, außer den Bezirken, wo der „Töpfer" durch die „Vorwärts"-Expedition zugestellt wird. Durch diese Aenderung hat der Verband schon gegen das Vorjahr 1762,21 M. erspart. 1907 kostete der Zeitungsversand 4272,46 M., in diesem Jahre nur 2510,25 M.

Für Einführung der Hauskassierung erklärte sich nur ein Bezirk. Die Maifeier verlief in würdiger Weise; beschlossen war vollständige Arbeitsruhe. Aussperrungen im Anschluß hieran erfolgten nur in geringem Maße.

In der Diskussion führte ein Redner Beschwerde über die mangelhafte Erledigung der Rechtsschutzangelegenheiten. Der zurzeit damit beauftragte Rechtsanwalt nehme die Interessen seiner Arbeiterklienten nicht in der Weise wahr, wie man es verlangen könnte. Man möge einen anderen damit beauftragen. Der Vorsitzende erklärte, daß schon mancherlei Klagen über die ungenügende Rechtsschutzvertretung eingelaufen seien und man auch schon nach einem anderen Vertreter Umschau gehalten und es auch mit einem sogar warm empfohlenen Rechtsanwalt versucht habe; das Resultat sei aber nicht besser gewesen. Die tüchtigsten der Rechtsanwälte verlangten aber zuviel und übernähmen auch nicht gern die kleinen Fälle der Arbeiter.

In den Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt: Franz Segawe, 1. Vorsitzender, Fritz Wolff, 2. Vorsitzender, Richard Bohmhammel, 1. und Paul Clavery, 2. Kassierer, Ed. Rapputan jr. Schriftführer, Fritz Scheffler und Hermann Schmidt, Beisitzer.

Der 1. Vorsitzende wird, wie bisher, der Gewerkschaftskommission angehören, während der 2. Vertreter von nun an aus dem Vorstand gewählt wird. Als Revisoren wurden gewählt: Adolf Pertzel, Max Markmann, in das Arbeitsnachweiskuratorium: Merten, Korsch, Grahl und Keimer.

Eine längere Debatte rief folgender vom Vorstand unterbreiteter Antrag hervor: In Anbetracht der Krise soll eine einmalige Notstandsunterstützung unter den folgenden Bedingungen gewährt werden. Kollegen, welche seit Januar 1908 dem Verbande angehören und in dieser Zeit zu einem Lokalfonds beigesteuert haben und schon seit dem 1. November 1908 mindestens 5 Wochen arbeitslos sind, erhalten 10 M., für jede weitere Woche 2 M. mehr, steigend bis zu 18 Wochen. Für jedes Kind soll eine Mark gezahlt werden, aber nur einmal.

Junggesellen, welche noch nicht seit Januar 1908 dem Verbande angehören, erhalten bei 5 Wochen 8 M., steigend pro Woche um 2 M. bis zu 10 Wochen. Beitragsreste bis zu 8 Wochen und die vor 1908 erhobenen Darlehen sind von der Unterstützung abzuziehen. Wer bis 27. Februar sein Geld nicht abgeholt hat, verliert sein Anrecht darauf. Dieser Antrag wurde gegen einzelne Stimmen angenommen. Ein Antrag, das Organ „Der Kachelofen" gratis zu liefern, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein weiterer Antrag, vom 1. April an 25 Pf. wöchentlich in den Lokalfonds zu zahlen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Der Waffenschmied. Dienstag: Tannhäuser. Mittwoch: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Das Rheingold. Freitag: Mignon. Sonnabend: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Kolberg.

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die versunkene Glocke. Montag: Die Rabensteinerin. Dienstag: König Heinrich IV. Mittwoch: Die versunkene Glocke. Donnerstag: Mrs. Dot. Freitag: Der Schlagbaum. Sonnabend: Die Quitzows. Sonntag: Die versunkene Glocke. Montag: Zigaros Hochzeit.

Deutsches Theater. Sonntag bis Mittwoch: Revolution in Krähwinkel. Donnerstag: Der Kaufmann von Venedig. Freitag bis Montag: Revolution in Krähwinkel.

Deutsches Theater. (Kammerspiele). Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Frühlings Erwachen. Dienstag: Der Graf von Gleichen. Mittwoch: Der Arzt am Scheidewege. Donnerstag: Der Graf von Gleichen. Freitag: Der Arzt am Scheidewege. Sonnabend: Der Graf von Gleichen. Sonntag: Der Arzt am Scheidewege. Montag: Der Graf von Gleichen.

Lessing-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Abends: Der König. Montag und Dienstag: Der König. Mittwoch: Klein Eyolf. Donnerstag: Der König. Freitag: John Gabriel Borkman. Sonnabend und Sonntag: Der König. Montag: Wenn wir Toten erwachen.

Neues Theater. Allabendlich: Die fremde Frau. (Anf. 8 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Bartel Turaser. Abends: Einer von unsere Leut'. Montag: Herodes und Marianne. Dienstag bis Montag: Einer von unsere Leut'.

Neues Schauspielhaus. Sonntag: Hamlet. Montag: Der Diamant. Der zerbrochene Krug. Dienstag: Hamlet. Mittwoch: Hamlet. Donnerstag: Der Diamant. Der zerbrochene Krug. Freitag: Faust. 1. Teil. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Hamlet. Montag: Der Diamant. Der zerbrochene Krug.

Kleines Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: 2 × 2 = 5. Abends bis Montag: Moral. (Anf. 8 Uhr.)

Residenz-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Der Floh im Ohr. Allabendlich: Kümmere dich um Amelie. (Anfang 8 Uhr.)

Komische Oper. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends und Montag: Lazuli. Dienstag: Zaza. Mittwoch: Lazuli. Donnerstag: Tiefland. Freitag: Zaza. Sonnabend bis Montag: Lazuli.

Hebbel-Theater. Allabendlich: Revolutionshochzeit. (Anf. 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Liebe wacht. Allabendlich: Der Satyr. (Anf. 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das verwunschene Schloß. Allabendlich: Die Dollarprinzessin. (Anf. 8 Uhr.)

Lustspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die blaue Maus. Abends: Seine kleine Freundin. Montag bis Freitag: Seine kleine Freundin. Sonnabend bis Montag: Im Klubsessel. (Anf. 8 Uhr.)

Theater des Westens. Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr: Ein Walzertraum. Allabendlich: Der tapfere Soldat. (Anf. 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ein Volksfeind. Abends: Rechts herum. Montag: Rechts herum. Dienstag: Die Braut von Messina. Mittwoch: Charleys Tante. Donnerstag: Das Erbe. Freitag: Der Graf von Charolais. Sonnabend bis Montag: Das Erbe. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Julius Cäsar. Abends: Das Erbe. Montag: Das Erbe. Dienstag: Charleys Tante. Mittwoch: Das Erbe. Donnerstag: Rechts herum. Freitag: Ein Volksfeind. Sonnabend und Sonntag: Rechts herum. Montag: Ein Volksfeind. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Madame Sans Gêne. Abends: Lumpacivagabundus. Montag: Lumpacivagabundus. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Kean. Freitag: Der Pfarrer von Kirchfeld. Sonnabend und Sonntag: Husarenfieber. Montag: Der Pfarrer von Kirchfeld. (Anf. 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das Mitternachtsmädchen. Allabendlich: Wo wohnt sie denn? (Anf. 8 Uhr.)

Luisen-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Irrwegen. Abends: Mein Leopold. Montag: Das Mädchen auf Irrwegen. Dienstag: Die goldene Lebenslüge. Mittwoch: Das Mädchen auf Irrwegen. Donnerstag: Der Mann mit den vier Frauen. Freitag: Die goldene Lebenslüge. Sonnabend: Das Mädchen auf Irrwegen. Sonntag: Die goldene Lebenslüge. Montag: Störenfried. Dienstboten. (Anfang 8 Uhr.)

Bürgerliches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Abends: Das Kätchen von Heilbronn. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Narziß. Dienstag: Der Salontiroler. Mittwoch: Othello. Donnerstag: Der Salontiroler. Freitag: Uriel Acosta. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Der Salontiroler. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Hamlet. (Anf. 8¼ Uhr.)

Berliner Operetten-Theater SW. Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr: Königstochter als Bettlerin. Allabendlich: Das Himmelbett. (Anfang 8½ Uhr, Sonntags 8 Uhr.)

Gastspiel-Theater. Sonntag: Der Hüttenbesitzer. Montag, Dienstag und Mittwoch: Tanzabend. Donnerstag bis Sonntag: Der Hüttenbesitzer. Montag: Unbestimmt. (Anf. 8½ Uhr.)

Bernhard Rose-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Einjährig-Freiwillig. Abends: Das Warenhausfräulein. Montag: Die Räuber. Dienstag: Die Geyer-Wally. Mittwoch: Einjährig-Unfreiwillig. Donnerstag: Das Warenhausfräulein. Freitag: Wohltäter der Menschheit. Sonnabend: Das Warenhausfräulein. Sonntag: Die Räuber. Montag: Unbestimmt. (Anf. 8 Uhr.)

Folies Caprice. Täglich: Ein lediger Ehemann. (Anf. 8¼ Uhr.)

Casino-Theater. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert. Allabendlich: Rußland. (Anf. 8 Uhr.)

Gebr. Herrnfeld-Theater. Allabendlich: Die beiden Bindelbands. (Anf. 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Allabendlich: Donnerwetter — tadellos. (Anf. 8 Uhr.)

Wintergarten. Sonntagnachmittag 3½ Uhr und allabendlich: Spezialitäten.

Apollo-Theater. Sonntag: Nachmittags 3½ Uhr: Eine lustige Spreewaldfahrt. Allabendlich: Onkel Casimir. Spezialitäten. (Anf. 8 Uhr.)

Passage-Theater. Sonntag: nachmittags 3 Uhr und allabendlich: Spezialitäten.

Walhalla-Theater. Allabendlich: Spezialitäten.

Palast-Theater. Allabendlich: Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Allabendlich: Stettiner Sänger.

Gustav Behrens-Theater. Allabendlich: Spezialitäten.

Carl Haverland-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr und allabendlich: Spezialitäten.

Urania-Theater. Taubenstraße 48/49. Sonntag: Die Dannmark-Expedition. Montag bis Sonntag: Von Abbazia nach Korfu. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62. Donnerstag: Geschlossen.

Vermischtes.

Das Vernichtungswerk des Elbe-Hochwassers.

Von furchtbaren Verwüstungen ist diesmal die Altmark heimgesucht worden. Unübersehbar ist der Schaden, den die Fluten der Elbe angerichtet haben. Und noch immer lassen die Nachrichten, die aus den Hochwassergebieten kommen, das erwünschte Zurückgehen des Wasserstandes der Elbe vermissen. Aus Stendal wird vom gestrigen Tage gemeldet:

Die zweite Hochwasserwelle hat heute morgen Seehausen erreicht. Das Wasser ist wieder beträchtlich gestiegen, infolgedessen sind noch einige Straßen unter Wasser gesetzt worden. Der Verkehr wird durch Pioniere aufrecht erhalten, die mit ihren Kähnen rings um die eingeschlossene Stadt von Straße zu Straße fahren. Auf dem Seehauser Friedhofe hat die Flut arg getobt. Alte steinerne Grabdenkmäler sind umgestürzt, die Grabhügel geschleift, Bäume entwurzelt. Eine Brücke über den Aland wurde gestern von den Pionieren in die Luft gesprengt und der Alanddamm durchstochen, damit Wasser und Eisschollen freien Abfluß haben. In Osterburg ist das Wasser bis heute morgen um einen Meter gefallen. Das Städtchen Werben dagegen ist durch den veränderten Lauf der Elbe gänzlich von der verheerenden Flut eingekreist. Nachdem jetzt die meisten Bewohner der überschwemmten Ortschaften und das Vieh von den Pionieren, die ohne Unterbrechung die überschwemmten Gehöfte der Wische absuchen, in Sicherheit gebracht worden sind, beginnen die Pioniere das tote Vieh, das nach Tausenden zählt, aus den wasserdurchspülten Ställen herauszuziehen, zu verladen und dem Abdecker des Stendaler Kreises zuzuführen. In einigen Ortschaften ist die Luft durch die verwesenden Kadaver verpestet. Auch ein historisches Wahrzeichen ist eine Beute der Fluten geworden. Es ist der in der Altmark allbekannte Wegweiser, der am Kreuzwege der Chausseen bei Kirchpolkritz steht und unter Napoleon I. im Jahre 1807 errichtet wurde. An dem Wegweiser, den Wind und Wetter bereits arg mitgenommen hatten, befand sich ein Verzeichnis der Entfernungen nach Berlin, Paris, London, Wien und Petersburg. Auch der York-Stein bei Altenzaun ist durch Eisschollen aus seinen Fundamenten gehoben worden.

In Seehausen sind mehrere Gerettete infolge der Erschöpfung, Entbehrungen und infolge des naßkalten Wetters an Lungenentzündung erkrankt. Ein Sanitätszug ist von Stendal mit Medikamenten und Baracken eingetroffen. Ein Pionier ist an Lungenentzündung gestorben.

Rathenow, 20. Februar. Ueber die Lage im Hochwassergebiet der Elbe und Havel veröffentlicht die königliche Wasserbauinspektion in Rathenow heute mittag folgenden amtlichen Bericht: Das Wasser der Havel und Elbe fällt langsam weiter; der Wasserstand der Havel bei Havelberg beträgt heute 4,46 Meter, der Wasserstand der Elbe bei Dommühlenholz 5,04 Meter. Die Eisbrecher der Strombauverwaltung sind in der Elbe bis Rühstedt, acht Kilometer unterhalb der Havelmündung vorgedrungen, sie werden voraussichtlich Sonntag vormittag die Mündung der Havel erreichen.

Eine Feuersbrunst zerstörte, wie aus Cherbourg gemeldet wird, verflossene Nacht eine Arbeiterwohnung. Eine 30jährige Frau und ein junges Mädchen sprangen aus dem Fenster auf die Straße, erstere wurde auf der Stelle getötet, während letztere schwer verletzt wurde. Beim Aufräumen der Trümmer fand man eine 71jährige Frau tot vor.

Beim Rodeln tödlich verletzt. Wie eine Meldung aus Karlsruhe besagt, hat in Waldkirch der Rodelsport ein Opfer gefordert. Ein Schüler aus Mühlhausen i. Els. wurde so unglücklich gegen einen Baum geschleudert, daß er den erlittenen schweren Verletzungen bald erlag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

B. 100. 1. Sie müssen sich an das Pfarramt Ihrer Heimatsgemeinde wenden. 2. Zwecks Verehelichung ist ein behördliches Zeugnis erforderlich, daß der Heirat nach österreichischem Gesetz Hindernisse nicht im Wege stehen. Wenden Sie sich an die Botschaft Ihres Landes. — **Genosse 500.** Suchen Sie beim Bezirkskommando Untersuchung unter Angabe Ihrer Absicht nach. — **R. T. 1.** 1. Nein. 2. Reklamation an die in der Einschätzung angegebene Behörde. — **O. M. H. B. 25.** 1. Ja. 2. Nein: nach dem Früheren wird nicht gefragt. 3. Wenn sie mindestens 6 Monate Kassenmitglied war: ja. 4. Ein bestimmtes Werk hierüber können wir nicht empfehlen. 5. Es kann Nachforderung erfolgen. — **E. R. 21.** Ohne Einsicht in den Vertrag nicht zu beantworten. — **H. B. 100.** 1. 200. 2. Die Hälfte: ratsamer ist auf Rückgabe zu verzichten und weiter zu kleben. Hierzu genügt, daß für je zwei Jahre mindestens 20 Beiträge irgendeiner Klasse gezahlt werden. — **Immehr 01.** Zur Nachzahlung sind Sie verpflichtet. Leisten Sie die Zahlung nicht, so würde der Gegner Feststellung bei Gericht beantragen können. Die Kosten fallen Ihnen zur Last. — **E. W. 1.** Es müßte der Auseinandersetzungsvertrag notariell oder gerichtlich geschlossen werden. — **B. B. 17.** Ja. — **E. St. 09.** Wenn Ihr Abzug der Steuerbehörde erst im Oktober bekannt gemacht ist: ja. Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß wer von Berlin im September oder Oktober verzieht, auch für Berlin Steuer für den Oktober zahlen muß, wenn er nicht seinen Fortzug noch im September der Steuerdeputation oder dem Magistrat Berlin mitteilt. — **D. 83.** Unseres Erachtens nein. — **F. D. 00.** Wiederholen Sie die Anfrage unter näherer Darlegung des Sie interessierenden Falls. — **H. L. 66.** 1. Nein. 2. Reklamieren Sie schriftlich. — **G. 63.** 1. Der Betreffende steht in keiner Verbindung zur Sozialdemokratie. 2. Versuchte Erpressung würde nicht als vorliegend angenommen werden. — **O. H. 100.** Zu 2: Ja. — **A. Z. 101.** 1. Das ist unmöglich. 2. Nein. 3. Dafür gibt es keine Zeitgrenze. Es könnte nur auf Abnahme gegen Zahlung geklagt und dann gepfändet werden. — **H. L. 36.** 1. Ja. 2. Leider nein. — **T. O. R. 37.** Nach unserer Ansicht nein: Die Frage ist aber strittig. — **O. H. T.** Wenden Sie sich an die Stiftungsdeputation, Poststr. 14. — **O. B. 100.** 1. Pfändbarkeit liegt vor. Einen gesetzlich fixierten Satz für Alimente gibt es nicht. 2. Nein, falls es die einzige Uhr ist. — **X. H. Z. 100.** Ja; Nachteiliges über den Verein ist uns nicht bekannt. — **H. R. 81.** Sind keine Kinder vorhanden, so erben in Ihrem Falle Sie, Ihre Geschwister und die Kinder Ihrer verstorbenen Geschwister. — **O. H. 25.** Nach der herrschenden Ansicht: ja. — **Z. 31.** Es könnte lediglich vielleicht das Sofa, der Trumeau und das Bettlo für pfändbar erachtet werden. — **B. H. 1.** Eine Scheidung ist in Ihrem Falle leider unmöglich. — **F. J. 226.** Sie könnten sich nur von dem Manne selbst das Urteil zeigen lassen. Das Gericht kann Unbeteiligten Urteilsabschrift nicht erteilen. — **R. 36.** Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. —

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Zentralkommission der Krankenkassen

hatte am Freitag eine Versammlung der Vorstände und Verwaltungsbeamten von Krankenkassen einberufen. Es galt in erster Linie, Maßnahmen zu besprechen, welche die Landesversicherungsanstalt Berlin zur

Bekämpfung der Tuberkulose

getroffen hat. Dr. Freund, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin hielt einen Vortrag über diese Maßnahmen. Er ging davon aus, daß die Versicherungsanstalt nicht nur den an Tuberkulose Erkrankten helfen, sondern auch dazu beitragen will, daß der gesunde Teil der Bevölkerung vor der Ansteckungsgefahr geschützt wird. Die Zerstörung der Infektionsherde ist, wie Robert Koch auf dem internationalen Tuberkulosekongreß sagtge, das wichtigste Moment im Kampfe gegen die Tuberkulose. Die Versicherungsanstalt geht von der Tatsache aus, daß die gefährlichsten Infektionsherde gebildet werden in den Wohnungen, wo sich Tuberkelkranke aufhalten. Hier ist die Gefahr der Ansteckung und der weiteren Verbreitung der Krankheit am größten, denn oft wissen die Betreffenden nicht, welche Vorsichtsmaßregeln geboten sind, und meistens sind sie auch gar nicht in der Lage, das durchzuführen, was zur Bekämpfung der Ansteckungsgefahr notwendig ist. Hier will nun die Versicherungsanstalt helfend eingreifen. Das wirksamste Mittel, einer Verbreitung der Krankheit vorzubeugen, wäre eine völlige Absonderung der Kranken von den Gesunden. Es ist aber aus verschiedenen Gründen nicht möglich, die Kranken, welche nicht mehr geheilt werden können, für immer in besonderen Anstalten unterzubringen. Die Kranken wollen sich auch meistens nicht von ihrer Familie trennen. Deshalb gilt es, sie in den Familien so viel wie möglich von den Gesunden abzusondern und auch im übrigen die nötigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ansteckungsgefahr durchzuführen. Um das zu erreichen, will die Versicherungsanstalt in ganz Berlin eine Anzahl von Tuberkulosestationen errichten. Zwei derartige Stationen bestehen bereits. Eine im Zentrum, die andere im Südosten. Die Tätigkeit der Stationen, die mit je einem Arzt und einer Krankenschwester besetzt sind, richtet sich zunächst auf die tuberkulösen Rentenempfänger der Versicherungsanstalt, also diejenigen, bei denen Invalidität infolge von Tuberkulose eingetreten ist. Die Kranken sollen durch die Schwester eventuell durch den Arzt besucht werden, damit diese veranlassen können, welche Maßnahmen zum Schutz der Umgebung des Kranken zu treffen sind. Es handelt sich hier um Reinlichkeit und Desinfektion der Wohnung. Wenn der Kranke mit einer anderen Person in demselben Bett schläft, weil kein anderes vorhanden ist, so liefert ihm die Versicherungsanstalt ein besonderes Bett, das er bis zu seinem Lebensende benutzen kann. Wenn möglich, wird die Versicherungsanstalt auch einen besonderen Raum für den Kranken mieten, wo er allein schlafen und wohnen kann. Wo das aus Gründen, die in den Verhältnissen der Familie liegen, nicht geht, soll die Familie über die zu beachtenden Vorsichtsmaßregeln aufgeklärt werden.

Aber das genügt noch nicht zur wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose. Deshalb will die Versicherungsanstalt ihre Fürsorge nicht nur auf ihre Rentenempfänger, sondern möglichst auf alle Tuberkelkranken erstrecken. Um das durchzuführen, soll dahin gewirkt werden, daß jeder Fall von Erkrankung an Lungen- und Kehlkopftuberkulose den Stationen angezeigt wird. In dieser Hinsicht ersucht die Versicherungsanstalt um die Mitwirkung der Krankenkassen, die ja auch ein erhebliches Interesse an der Bekämpfung der Tuberkulose haben. In jedem Falle, welcher der Station angezeigt wird, soll sie für Durchführung der entsprechenden Maßnahmen in den Wohnungen der Kranken sorgen. Bei Umzügen soll die Station für Desinfektion der von dem Kranken verlassenen Wohnung Sorge tragen. Es wird erstrebt, für den Bezirk jeder Tuberkulosestation ein vollständiges Verzeichnis aller im Bezirk wohnenden Tuberkelkranken anzulegen, damit festgestellt werden kann, wo sich besonders gefährliche Infektionsherde befinden, gegen die dann entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Auf diese wird man, wie Dr. Freund am Schluß seines Vortrages sagte, der Tuberkulosegefahr leichter Herr werden können, als es bisher der Fall war. Er bittet deshalb die Krankenkassen, durch Anzeige der Krankheitsfälle das Werk der Versicherungsanstalt zu unterstützen.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Versammlung beschloß einstimmig, die gewünschte Unterstützung durch die Krankenkassen zu veranlassen und den Kassenärzten die entsprechenden Anweisungen durch die Zentralkommission zugehen zu lassen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die vom Magistrat beschlossene

Erhöhung der Kurkosten für die in den städtischen Krankenhäusern

behandelten außerhalb Berlins wohnenden Patienten. Der Referent Koblenzer faßte seine Ausführungen in einer Resolution zusammen, welche einstimmig angenommen wurde. Die Resolution lautet:

In Erwägung, daß die Krankenkassen schon in normalen Zeiten zu einem bedeutenden Teil zu den Kosten der öffentlichen Armenpflege herangezogen werden

1. indem ihnen durch die Auslegung des Krankenversicherungsgesetzes auch die Fürsorge für solche Kranken auferlegt wird, welche als dauernd erwerbsunfähig zu betrachten sind und in die öffentliche Armenpflege gehören;

2. indem sie gezwungen sind, dauernd in Gestalt von Krankengeld Zuschüsse zu Invaliden- und anderen Renten zu leisten.

In fernerer Erwägung, daß bei der bereits seit dem Jahre 1907 anhaltenden Erwerbslosigkeit die Ausgaben der Krankenkassen sich riesig vermehrt und bei einzelnen derselben fast zum völligen Verbrauch des Reservefonds trotz erheblicher Erhöhung der Beiträge geführt haben, bedauert die Versammlung auf das lebhafteste den Beschluß des Magistrats von Berlin vom 5. Dezember 1908, nach welchem die Kur- und Verpflegungskosten für Kranke, welche außerhalb Berlins wohnen, auf 3 M. pro Tag vom 1. Februar 1909 ab erhöht worden sind.

Dies Bedauern ist um so größer, als sich in richtiger Würdigung des Werkes einer sachgemäßen Krankenhauspflege die Krankenkassen, ohne daß sie dazu gesetzlich verpflichtet sind, immer mehr an die Bezahlung der vollen Kurkosten gewöhnt und damit eine Unzahl von Personen vor der Armenpflege und ihren Folgen bewahrt haben.

Die Versammlung bittet den Magistrat und die Stadtverordneten höflichst, diesen Beschluß rückgängig machen zu wollen.

Hierauf erstattete Simanowski einen

Bericht über die Tätigkeit der Zentralkommission im verflossenen Jahre.

Aus dem Bericht geht hervor, daß der Kommission angeschlossen sind aus Berlin 53 Orts-, 29 Betriebs-, 12 Innungs-Krankenkassen und aus den Vororten 21 Orts-, 8 Betriebs-, 3 Innungs-Krankenkassen sowie außerdem 40 Freie Hilfskassen.

Die Versammlung nahm den Bericht ohne Diskussion entgegen und erteilte der Verwaltung Decharge.

Versammlungen.

Die Generalversammlung des Verbandes der Maurer fand am Freitagabend im Gewerkschaftshause statt. Eine längere Diskussion entspann sich über die in den Zahlstellen und Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten zum Zweigvereinsvorstand. Vorgeschlagen sind: Zum 1. Vorsitzenden Otto Hanke, 2. Vorsitzenden Heinrich Metzke, 1. Kassierer August Wartenberg, 2. Kassierer Emil Bucholz, Emil Lehmann, Franz Heidemann, August Zimmermann, Schriftführer Albert Wulff, Beisitzer: Chr. Hempel, Karl Stegemann, Emil Wuno, Revisoren: Berno, Max Förster, H. Goldschau, Karl Graul, Rich. Marten, Emil Thöns, E. Lehmann, Beschwerdekommission: Dräger, Guse, Klose, Matußek, G. Rudolph, Fr. Schulz, Bibliothekskommission: Birkholz, G. Dahlenburg, M. Dahlenburg, P. Franz, Haase, Mulack, Buchnewitz, Fr. Schulz. Die zuweilen etwas hitzig geführte Diskussion über verschiedene Kandidaten dehnte sich so weit aus, daß der angekündigte Vortrag des Reichstagsabgeordneten Severing über „Den gegenwärtigen Kurs in der Sozialpolitik“ nicht stattfinden konnte. — Die Versammlung wählte zum Schlusse eine Wahlkommission von sieben Mitgliedern und erledigte noch einige interne Angelegenheiten.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	772	NNW	3	Nebel	—0	Haparanda	761	NW	2	heiter	—6
Hamburg	775	WSW	2	Nebel	—1	Petersburg	771	S	1	bedeckt	—14
Berlin	773	NW	2	bedeckt	—0	Scilly	765	O	4	halb bd.	6
Frankf. a. M.	775	NO	1	Dunst	—3	Aberdeen	768	SSW	1	wolkenl	9
München	775	SW	3	Schnee	—4	Paris	772	O	1	wolkenl	—4
Wien	771	NW	3	bedeckt	0						

Wetterprognose für Sonntag, den 21. Februar 1909.

Trocken und zunächst vielfach heiter, aber kälter bei mäßigen südöstlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung und Bewölkung.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 2. cm	seit 18. 2. cm [1]	Wasserstand	am 19. 2. cm	seit 18. 2. cm [1]
Memel, Tilsit	187 [2]	—2	Saale, Grochlitz	136	—6
Pregel, Insterburg	—7 [3]	+1	Havel, Spandau [5]	75	+5
Weichsel, Thorn	116 [4]	—4	„ Rathenow [5]	130	+5
Oder, Ratibor	100	—4	Spree, Spremberg [5]	98	—6
„ Krossen	204 [4]	—15	„ Beeskow	94 [6]	+3
„ Frankfurt	282 [4]	—12	Weser, Münden	-47 [3]	—13
Warthe, Schrimm	79	—9	„ Minden	54	—12
„ Landsberg	92 [4]	—4	Rhein, Maximiliansau	298	—2
Netze, Vordamm	129 [4]	—6	„ Kaub	—	—
Elbe, Leitmeritz	—36	—2	„ Köln	132	—2
„ Dresden	-150 [4]	—12	Neckar, Heilbronn	62	—1
„ Barby	177 [4]	—19	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	148 [4]	—14	Mosel, Trier	—	—

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstand. [4] Schwaches Treibeis. — [5] Schwaches Grundeis.

Rote Radler! Hervorragende Qualitäts-Zigarre! Stück 5, 7½ und 10 Pf. Vertreter für Berlin und Vororte: **Alfred Dieck,** O. 17, Koppenstraße 72. Teleph. Amt VII 6178.

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Meltons u. s. w.

Nur eigene Erzeugnisse!

36.— 33.— 30.— 28.— 26.— 24.— 22.— 20.— 18.— 16.— 14.— 12.— **10⁵⁰** Mark

Prüfungs-Anzüge

Moderne gemusterte Webarten. Tausende Exemplare neuester Geschmacksrichtungen

Nur eigene Erzeugnisse!

36.— 33.— 30.— 28.— 26.— 24.— 22.— 20.— 18.— 16.— 14.— 12.— **10** Mk.

Zur Einsegnung

Wäsche, Hüte, Handschuhe Cravatten, Hosenträger usw. zu besonders niedrigen Preisen

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben gänzlich umsonst

Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert!

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 35 u. der Livree-Katalog Nr. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

Dürkopp

Kataloge umsonst. bestes Material vorzüglichste Arbeit eleganteste Ausstattung

Dürkopp & Co., A.-G. Bielefeld. Gegründet 1867. Ca. 4000 Arbeiter.

Mühlhauser Kautabak

von Hugo Karl Hagenbruch, Mühlhausen (Thüringen). Vertreter: August Kleinert, Berlin SW. Amt 6, 10 560. Großbeerenstraße 39.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 3—4

Oeffentliche politische Versammlungen.

Achtung! **Rixdorf.** **Achtung!**

Dienstag, den 23. Februar 1909, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Volksversammlung

in Hoppes Festsälen, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

Die Pfarrerbesoldungen und der preußische Landtag.

Referent: Landtagsabgeordneter **Adolf Hoffmann.**

Freie Aussprache. 234/7

Frauen und Männer, erscheint in Massen! **Der Einberufer:** Max Alscher, Weserstraße 50.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Donnerstag, 25. Februar, abends 6½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59:

Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des gesamten Zweigvereinsvorstandes. 2. Bekanntgabe des Wahlresultats von der Wahl des Sektionsvorstandes und der Revisoren. 3. Die letzten Urteile des Berliner Gewerbegerichts über Putzerklagen und unsere Verhaltungsmaßregeln gegenüber Vertragsabschlüssen. 4. Verschiedenes.

133/6 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** J. A.: E. Schulze.

Andreasgarten

Andreas-Str. 26. Andreas-Str. 29.

Empfehle meine Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art. Fremdenlogis, Kegelbahn. Prompte Bedienung. Großer Mittagstisch. Donnerstag und Freitag frei, passend für Vereine. Jeden Sonntag: **Tanz** bei freiem Eintritt. — Den geehrten Vereinen und Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. **Franz Morkowski.**

Heinrich Franck

Berlin, Brunnenstr. 185

Java-Umblatt

Vollblatt, 3te Länge, feinster Brand, leicht

115 Pf. verzollt

Cuba hochfeiner Geschmack verz. 150 Pf.

Billige Rohtabake.

Max Jacoby, Stralitzerstr. 52

Achtung!!

Carmen-Umblatt

großblattig, reif, braun u. flott brennend pr. Pfd. 1,—, 1,10 u. 1,20

Hamburger Rohtabak-Haus

Hengfoß & Maak

(Vertr.: Alb. Schulze)

Filiale: BERLIN N., Brunnenstr. 190.

W. Hermann Müller,

Berlin, Magazinstr. 14.

Sumatra Decke Nr. 6198 a 1,70 M. verzollt.

Java-Sumatra Nr. 6195 a 2,50 M. verzollt.

Vollblätter mit guten Farben und feinem Brande.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Die Jahresberichte für das Jahr 1908 sind erschienen. Die Werkstatt-Vertrauensleute können dieselben unter Vorzeigung der Vertrauensmännerkarte für ihre Kollegen vom Bureau abholen. — Für die ausgestellten Mitgliedsbücher können die Kollegen Futterale zum Preise von 10 Pf. von den Beitragssammlern beziehen. — Das diesjährige **Winterfest** findet am **Sonnabend,** den **6. März,** in der **„Neuen Welt"** statt. Billetts sind bei den Beitragssammlern und im Bureau zu haben.

Kisten- und Koffermacher.

Montag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal V):

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Brückner.** 2. Diskussion. 3. Der Streik bei Einsporn. 4. Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher.

Montag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal VIII):

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten.

Vergolder.

Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Dahlke** über: „Wie wahren wir unsere Rechte in der Krankenversicherung?" 2. Branchenangelegenheiten.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Vergolder sind hierzu besonders eingeladen.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

Mittwoch, 24. Februar, abends 8½ Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Außerord. Vertrauensmänner-Versammlung.

Da wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, muß aus jeder Werkstatt jede Branche vertreten sein!

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Entstehung der Volkswirtschaft". 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Parkettleger-Konferenz. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Perlmutt-, Horn- u. Steinnuß-Arbeiter.

Mittwoch, 24. Februar, abends 6½ Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Leopold** über: „Arbeitslosenfürsorge". 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Xaver Kohl** über „Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung". 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Möbel- und Stuhlpolierer, Beizer und Magazinarbeiter.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Königstadtkasino", Holzmarktstr. 72:

Außerordentliche Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Die vom Vorstand geplante Agitation und unsere Aufgaben für die Zukunft. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten.

Küchenmöbelbranche.

Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: 70/11

Branchen-Versammlung

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

MAL-KAH-Zigaretten

vorzüglich.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Heute Sonntag, den 21. d. M., abends 6½ Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Paul Göhre** über: **Religion und Sozialdemokratie.** 2. Diskussion. Hierauf:

Geselliges Beisammensein. Tanz frei.

Eintritt mit Garderobe 20 Pf. 208/2

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Schöneberg

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 23. Februar 1909, abends 8½ Uhr, in den Neuen Rathaussälen, Meininger Str. 11:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Anträge. 3. **Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.** 4. Vereinsangelegenheiten. 15/3

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Filiale Berlin I. (Michaelkirchplatz 1 part.)

Mitglieder sämtlicher Branchen!

Mittwoch, den 24. Februar 1909, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **„Der deutsche Bauernkrieg".** Referent: Genosse **Max Schütte.** 2. Antrag der Ortsverwaltung betr. die Zustimmung zu einer Lohnbewegung in der Kostümschneiderei. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe oder mit mehr als acht restierenden Wochenbeiträgen kein Zutritt.

168/3 **Die Ortsverwaltung I.**

Deutscher Kürschner-Verband

Filiale Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21. Tel.: Amt VII 6789.

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in der

Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. **Die Kündigung des Vertrages in der Mützenbranche und unsere Stellung dazu.** Referent: Kollege **A. Regge.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 103/3

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Garantiert feinste Handarbeit.

Achtung! **5. Nachtrag** **Achtung!**

zur großen Liste der bewilligten Bäckereien Berlins und Umgegend vom 4. Oktober 1908.

Neue Tarifbäckereien und solche, die durchbrochen hatten, aber wieder neu bewilligten, werden **in den laufenden Nachträgen nur noch je einmal veröffentlicht,** worauf wir zu achten bitten. 1101b

Solche bewilligte Bäckereien sind folgende:

Gramstr. 28, Sakrenz.
Goltzstr. 50, Gennburg.
Korsörer Str. 2, Günther.
Krossener Str. 24, Mann.
Pankstr. 77, Hartmann.
Pintschstr. 4, Berzau.
Samariterstr. 28, Ihlenfeld.
Uhlandstr. 131, Blum.

Lichtenberg.
Weichselstr. 35, Haas.

Rixdorf.
Richardstr. 63, Lüdecke.

Tegel.
Schlieperstr. 67, Reimann.

Tarifbrüchige Bäckereien.

Wir bitten für **diesesmal** auf den Nachtrag IV **von voriger Woche zu achten,** da heute nur **solche Meister** in diese Rubrik enthalten sind, die **seitdem neu durchbrochen** haben:

Fürstenberger Str. 9, Kantz.
Kruglerstr. 4, Dohrmann.
Urbanstr. 94, Höhne Nachflgr.

Lichtenberg.
Müggelstr. 28, Radenhorst.

Parteigenossen! Hausfrauen! Arbeiter!
Unterstützt nach wie vor die um ihre Menschenrechte kämpfenden Bäckergesellen.

Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

Achtung! Am 4. April erscheint wieder eine große Liste aller bewilligten Bäckereien. **Achtung!**

Achtung! **Bewilligte Bäckerei.** **Achtung!**

Die Differenzen in unterzeichneter Bäckerei mit dem Verbande der Bäcker sind beigelegt und gilt erstere somit wieder als bewilligt.

Sakrenz, Bäckermeister, Gramstr. 28.

1102b **Der Vertrauensmann der Bäcker.**

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38.)

Den Mitgliedern zur Kenntnis! Der Ausschuß hat zum Vorsitzenden Herrn Gustav Herforth, Berlin N., Buttmannstr. 18, Quergeb. II, gewählt. An denselben sind Beschwerden und Streitfälle gegen Entscheidungen des Vorstandes zu richten.

38/2 **Der Vorstand.**

„Zum Sportshaus", Ziegenhals bei Zeuthen. Dampfer- und Bahnstation.

Telephon: Amt Königs-Wusterhausen 175; Post Niederlehme.

Empfehle mein herrlich am **Crossinsee** und **Hochwald** gelegenes Lokal den werten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften zu Fußpartien und Dampferausflügen. 2162*

Zwei große Säle, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen.

Desgleichen empfehle mein **Restaurant** mit **Destillation** und **Saalgeschäft** in **Berlin S. 53, Fontane-Promenade 18,** Ecke Blücherstraße

Tel.: Amt IV, 173 **„Zum Leuchtturm"** Tel.: Amt IV, 173

Vereinszimmer und **Saal** zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Anmeldungen für Partien nach Ziegenhals nehme auch hier entgegen.

Achtungsvoll **M. Mörschel.**

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr:

General-Versammlungen der sechs Berliner Wahlkreise.

I. Kreis.

Lebensquelle, Kommandantenstraße 20.

1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

2. Kreis.

Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und sämtlicher Kommissionen. 2. Statutenberatung. 3. Vorstandswahl. 4. Kreisanträge und Anträge für Groß-Berlin. 5. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 6. Vereinsangelegenheiten.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

1. Vorstands- und Kassenbericht, sowie Bericht der Kommissionen.
2. Vorstandswahlen.
3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
4. Parteiangelegenheiten.

4. Kreis.

Kellers Fest-Säle, Koppenstraße 29.

1. Vorstands-, Kassen- und Kommissionsberichte. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Anträge zur Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten. 4. Ausschlußanträge und Verschiedenes.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers, der Revisoren und der Kommissionen. 2. Wahl des gesamten Vorstandes und der Funktionäre. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Anträge. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis.

Pracht-Säle Nord-West, Wiclefstraße 24.

1. Vorstands- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Antrag auf Entschädigung der Bezirksführer und Erhebung eines Extrabeitrages von vierteljährlich 10 Pf. 5. Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Paul Fiedler. 6. Erledigung sonstiger Anträge.

In allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins!

Pünktliches und allseitiges Erscheinen der Mitglieder erwarten

Die Vorstände.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 16113R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 16133R*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

5.00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 17366R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Daken 1,00, Damastbezüge. 17378R*

Bauernbeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenanzeiger vergütet Fahrgeld. 17388R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hakescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Kredder, Müllrinerplatz 7. 1577R*

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Nähmaschinen, Afrana, Wellna, Singschiff, Tambourier, Wheeler und Wilson, Biesen, Säulen, Elastik usw., alles prima Qualität, billigste Preise. Bei Abzahlung günstigste Bedingungen und weitgehendste Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 13018R*

1000 Teppiche, darunter große Posten einzelner Musterteppiche, welche bis zur Hälfte des regulären Listenpreises herabgesetzt sind. Verkauf nur nachmittags 2—7 Uhr in einem besonderen Lagerraum des Teppichfabriklagers Schöneberg, Hauptstraße 5/6, Hof links I. 11278R*

Herren-Garderobe nach Maß anbere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

100 Wohnzimmer-Teppiche, dekoriert gewesene, wenig benutzte Prachtteppiche, Inventur-Ausverkaufspreis: 5,75, 7,50, 13,50 bis 27,00. Richard Wolfs Teppichlager, Dresdenerstraße 8. Abonnenten Rabatt und Fahrgeldvergütung. 16509R*

Bekanntmachung. Pfandleihhaus Weidenweg 19, Fahrtrichtung Frankfurter Allee! Spottbilliger Pfänderverkauf! Bettenverkauf! Winterpaletots! Damenstolas! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Tischdecken! Steppdecken! Aussteuerwäsche! Allerbilligste Einkaufsquelle! 16068R*

Große Diwandecken 4,35, Karamani doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch 23,50, Diwanrückwände, reichgestickt, 3,85. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Gasbronzekronen, dreiflammig, 6,00, Salongaskronen 15,00, Gasluren 1,50, Gaswandarme 0,65, Schaufensterbeleuchtung, Gasbogenlampen, Gassparkocher 1,00, Zweiloch 3,00. Schröder, Hochstraße 43.

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 13755R*

Kinderwagen, neu, notgedrungen 17,00. Exerzierstraße 25, Mittelte.

Wurst- und Fleischverkauf billig zu Engros-Preisen. Wichtig für Wiederverkäufer. Borhagen, Mühlischstraße 1. †121*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Büsten 1,20, Fabrikpreise. Weinbergsweg 7. 10245*

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, Restbestände. Fenster 1.45, 1.85, 2.35, 3.85, 4.65, 6.50 mit 10 Prozent Extrarabatt. 16478*

Erbstüllstores, entzückend ausgeführt: 3.45, 4.45, 5.25 usw. 16489R*

Tülldecken 1.85, 2.25, 2.75, 3.85, 4.50 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Teppiche, Fabrikmuster, mit kleinen Farbfehlern, mit 10 Prozent Rabatt. 16509R*

Totalausverkauf einzelner Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Divandecken, Möbelstoff, Linoleum, Läufer-reste. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 16516R*

Vorwärts zum spottbilligsten Pfandleihhaus, Rixdorf, Bergstraße 58. Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenauswahl! Prachtteppiche! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Möbelstücke! Spottpreise! 16554R*

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 268/19*

Humboldtleihhaus, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße, Spottbillige hochelegante Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Allerbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinenauswahl! Portieren! Steppdecken! Prachtteppiche! Uhrenverkauf! Allerlei Schmucksachen! Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Hermannplatz 6. Großberlins Einkaufsvorteil! Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Winterpaletots! Herrenhosen! Burschensachen! Brautgeschenke! Ringeauswahl! Uhrenauswahl! Kettenauswahl! Wanduhren! Extrabilliger Bettenverkauf! Riesenauswahl Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †194*

Mo natsanzüge und Winterpaletots Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rat, Mulackstraße 14.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 16589R*

Teppiche, Inventurpreise bis 33⅓ Prozent herabgesetzt. 16589R*

Gardinen, Einzelfenster, sowie unsaubere Exemplare für halben Wert.

Plüschgardinen, 500 Fenster, Inventurpreis 25 Prozent ermäßigt.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 4 Anzeigen. 16592R*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1.50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

R. D., Ungarnstraße. Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlesinger, Herren- und Knaben-Konfektion, für den Wedding stadtteil befindet sich Reinickendorferstraße 48. Beste Waren. Feste Preise. 1556R*

Gardinen, Fenster 1,80, Erbstüllstores 3,40, Bettdecken 1,75, Steppdecken 3,65, gest. Portieren 3,45. Paulstraße 34. *

Nähmaschine, gutnähend, 20,00, Zimmerstraße, 97, 3. Hof IV, Germann. 1068b

Milchkübel, Milchkanne, Buttermaschine, Wiegeschalen billig Luisenufer 27, Oranienplatz. 1087b*

Fortunaleihhaus, Manteuffelstraße 103. Elegante Jackettanzüge! Herrenhosen! Gehrockanzüge! Pfandsachen! Uhren! Ketten! Freischwinger! Daunenbetten! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Gardinen! Beste Fahrverbindung! †13

Lieferwagen und alle Sorten Räder, Palisadenstraße 101. 11199

Gelegenheitskäufe. Damenhemden mit gestickter Passe 1,20, Herrenhemden 1,15, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 3,75, Bettlaken 1,20, Handtücher 20 Pfennige, Hemdentuch, Zehnmeterstücke, drei Mark, Normalwäsche, Arbeiterhemden, Ausstattungen sowie einzelne Reisemuster für die Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 200/9

Pumpenwolff, Ackerstraße 81, ist Fachmann. Ubelsinerpumpen von 8 bis 100 Mark. Leiterbohrer umsonst.

Hobelbank, Werkzeug, Handwagen. Neckert, Oldenburgerstraße 21. †58

Aquarium, 56×36×36, Spiegelscheiben, verkauft Wicke, Schönfließerstraße 16. †76

Geige verkauft Wicke, Schönfließerstraße 16. †77

Singermaschine 20, Schranbstock 5, Liebmannstraße 18. †143

Pfandleihhaus Reinickendorferstraße 120: Großer Posten Goldsachen, Wäsche, Betten, Teppiche, Gardinen spottbillig verkäuflich. †92

Haarfärbemittel, unübertroffen, unschädlich, viele Anerkennungen, Probeflasche 0,50. Charlottenstr. 5.

Hochfeinige Schleierschwänze. Schulzendorferstraße 8. 42/9

Landhühner, gute Leger, Stück 2,60, gebe ab. Karl Trieloff, Stettinerstraße 11. †93

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Strickmaschine, fast neu, 50 Mark, Drehbank, Bohrmaschine, Schreibmaschine. Liebers, Gollnowstraße 24.

Räumungsverkauf. Bis Ende Februar muß das enorme Lager hochmoderner Winterpaletots, Herrenanzüge, Hosen geräumt werden und verkaufen zu spottbilligen Preisen Winterpaletots und Anzüge, früher 30—60 Mark, jetzt 15—30 Mark, Hosen, früher 10—20 Mark, jetzt 5—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 10736

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. Bestbekannte Pfandleihe! 50 Prozent billiger als im Laden. Goldsachen, passend zu Geschenken. Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Knabenanzüge von 3,50 Mark an, Monatsgarderobe, für jede Figur passend, aus den feinsten Werkstätten Berlins. Betten, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. Bitte sich zu überzeugen. 42/3*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Rolle umzugshalber billig verkäuflich. Feuerherd, Rixdorf, Schillerpromenade 11. 17428

Harzer Kanarienhähne, Seiferische Weibchen, sprechender Papagei. Restaurant, Kommandantenstraße 52.

Seifert-Kanarienvögel verkauft Prinzessinnenstraße 12, III links.

Seifert-Kanarien, prämiiert goldene Medaille, verkauft Rühl, Schöneberg, Bahnstraße 43. †106*

Kanarienhähne, Trutestamm, vorzügliche Hohlroller, Knorrvögel, Ackerstraße 87. †61

Kanarienhähne, Weibchen, Weibelt Nordufer 11. 42/11.

Kanarienhähne, Zuchtweibchen billig. Mahnke, Görlitzerstraße 32.

Seiferkanarien Schulze, Gräfestraße 35, Quergebäude II. 1082b

Kanarienhähne und Weibchen, Stamm Seifert, verkauft Paul Heinichen, Treptow, Grachstraße 65.

Kanarienhähne, Weibchen, Chorinerstraße 72. 1123b

Heckweibchen, Heckhähne (Händler) billig Kopenhagenerstraße 33. 1121b

Seifertvögel Golz, Lortzingstraße 32. †120

Seiferthähne 6,00, Erstepreisvögel 12,00, Stammweibchen. Bartels, Wollinerstraße 33. †120

Seiferthähne, Heckvögel Ilge, Graunstraße 34. †120

Bier Seiferthähne Papst, Prinzenstraße 110. †113

Kanarienroller, Heckhähne, Zuchtweibchen. Schmidt, Stromstraße 26, Seitenflügel II. †63

Seiferkanarien, Zuchtweibchen verkauft Schwarz, Wittstockerstraße 4.

Seifert-Heckhähne spottbillig Pappelallee 65. †78

Seiferkanarien, prämiiert, gute Zuchthähne, jede Preislage. Wendt, Cantianstraße 23, Ecke Gaudystraße.

Heckeinrichtung, Seiferthahnhähne 5,50, Zuchtweibchen. Kanitz, Kreutzwegstraße 45. †77

Kanarienhähne, Weibchen, Seiferistamm räumungshalber billig Kramer, Löwestraße 20. †26

Geschäftsverkäufe.

Gorniflewicz & Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret. Besuch kostenlos. 1578R*

Grünkramgeschäft mit Rolle umständehalber billig verkäuflich. Miete mit anschließender Wohnung 50 Mark. Straße 60a Nr. 9. †83

Restauration, modern eingerichtet, mit Vereinszimmer, verkäuflich. Näheres Urbanstraße 101. 41/19

Schankgeschäft verkauft sofort Putbuserstraße 2. †62

Strebsame Leute, welche ein Material-, Backwaren- mit Holz- und Kohlengeschäft übernehmen, eine gute gesicherte Zukunft, Jahresumsatz 25 000,00. Baumschulenweg, Ernststraße 8. 1095b

Restauration billig zu verkaufen Naunynstraße 74. †13

Milchgeschäft, Kolonialwaren umständehalber billig verkäuflich Rixdorf, Bodestraße 13. †106*

Restaurant, Baugegend, schöne anschließende Wohnung, billige Miete, wegen Krankheit billig verkäuflich Rixdorf, Wertheſtraße 63. †105*

Material- und Gemüsekeller mit Rolle, viel eigengebackenen Kuchen, 33 Jahre bestehend, sofort verkäuflich Langestraße 91. †47

Seifengeschäft verkauft billig Kirchstraße 33, Charlottenburg. †123

Gemüsegeschäft umständehalber preiswert zu verkaufen Emdenerstraße 6. †146

Restaurant in guter Gegend bei gutem Umsatz umständehalber billig verkäuflich. Auskunft Vorwärts-Spedition, Stettinerstraße. †92

Parteilokal, Vereine, billige Miete, erforderlich 800 M., zu verkaufen. Erfragen Rixdorf, Herfurthstraße 4, Heringsgeschäft. 42/5

Seifengeschäft, nachweislich gutgehend, Beusselstraße 44. 42/7

Parteilokal mit kleinem Saal, flotter Betrieb, Umsatz 27—30 Hektoliter monatlich, sehr billige Miete, Kontrakt 3 Jahre, krankheitswegen billig verkäuflich. Auskunft Restaurant, Schönhauser Allee 177a. 1115b

Schankwirtschaft mit Vorgarten, verkehrsreiche Gegend, am Droschkenplatz, nachweislich rentabel, acht Jahre im Besitz, 1500,00 Miete, langem Mietskontrakt, umständehalber billig verkäuflich Stralsunderstraße 61.

Flottgehendes Kolonialwaren-, Gemüsegeschäft billig verkäuflich, Elbingerstraße 77. 1113b

Konfitüren-Filiale, Stube und Küche, 800,00 verkäuflich, eventuell Teilzahlung. Erfragen Immanuelkirchstraße 36. †77

Wirklich reell! Restaurant im Süden, gute Fabrikkundschaft, Miete 1800,00 Mark, durchschnittlich 35/1 hell, 3/1 Weißbier. Zu erfragen bei Hartmann, Dieffenbachstraße 28, Lokal.

Seifengeschäft, 16 Jahre bestehend, zu verkaufen Georgenkirchstraße 1a.

Grünkramgeschäft zu verkaufen. Zu erfragen bei Riegel, Ebertystraße 28. †26

Kleines Lokal billig zu verkaufen Mainzerstraße 13 (Osten). †118

Restauration, gutgehend, an verkehrsreicher Straße, wegen anderweitiger Geschäftsübernahme sofort verkäuflich. R. Ullrich, Schöneberg, Grunewaldstraße 123. †127

Schanklokal mit Vorgarten und Zahlstelle billig zu verkaufen Rummelsburg, Prinz Albertstraße 32.

Gelegenheit! Grünkramgeschäft, billige Miete, umständehalber äußerst günstig verkäuflich, Schönfisch, Wallnertheaterstraße 36. 288/1

Obst-, Gemüse- und Kolonialwarengeschäft umständehalber preiswert zu verkaufen Friedenstraße 65.

Möbel.

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 (am Moritzplatz), kein Laden, direkt Fabrik, parterre, I. II. III., gegründet 1879, liefert als Spezialität Wohnungseinrichtungen von 150—6000 Mark und einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl in verliehen gewesenen und zurückgesetzten Gegenständen. Bettstelle mit Matratze 16, englische Bettstelle mit Matratze 14, Muschelkleiderspind, Vertiko 29, Säulentrumeau mit geschliffenem Glase 29, Schlafsofa 33, Plüschsofa mit Satteltaschen 49, mit Stickereibezug 65, Paneelsofa mit Satteltaschen 59, Chaiselongue 22, Garnitur, Sofa und 2 Sessel von 75 an, farbige Küchen 44,—, Teppiche. Günstige Gelegenheit für Brautleute. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, frei geliefert und aufgestellt. Sicheren Käufern Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2 Uhr.

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostitzstr. G. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R*

Dringend Nußbaummöbel, vier Zimmer und Küchensachen, Federbetten, Bilder, Teppich, Verschiedenes Neue Königstraße 29, vorn I links. *

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube, Küche, auch verliehen gewesene, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 8 Mark. „Berolina", Kastanienallee 49. 1650R*

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Möbelspeicher Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 268/18*

Von den ganzen Möbelgeschäften und Speichereien verkauft wohl keiner annähernd so billig und gut, wie Hasemanns Gelegenheitskäufe, Lothringerstraße 26. Schönhauser Tor. Trotz der Billigkeit gebe reellen Leuten auch Zahlungserleichterung! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche 250 Mark! Größere 325, 430, 500 bis 1500. Komplettes eichenes Speisezimmer mit sechs Lederstühlen 520, größere 650, 775 bis 1500. Billige moderne Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, farbige Küchen, Ledersofas, Klubsessel, Umbaue, Büfetts, Schreibtische, Säulentrumeaus, Ankleideschränke, Plüschsofas, Ausziehtische, Garnituren, Chaiselongues, Lederstühle, Teppiche, Steppdecken, Bettstellen! Besichtigung in sechs Etagen, überall Musterzimmer! Transport und Aufbewahrung frei! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. 41/3*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auslösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 53,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 1678R*

Mahagoni-Paneelsofa, Säulentrumeau, Bettstelle, Küchenspind, verkauft wegen Wegzug nach Amerika Budzik, Klödenstraße 8, Ecke Willibald-Alexisstraße. 1090b

Möbelverkauf! Allerbilligste Gelegenheit: Wirtschaften 152,—, 285,—, hochelegante 434,—, eichenes Speisezimmer, entzückendes Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel, Kleiderschränke, Vertikos, Tische, Plüschsofas, Bettstellen, Spiegel, eventuell Zahlungserleichterung (Fabrikpreise). Landsbergerstraße 91a, eine Treppe. 1741R*

Räumungshalber bin gezwungen, große Posten Möbel staunend billig zu verkaufen. Einrichtungen 150,00, 250,00, 325,00 bis 2000,00. Ankleideschränke, Büfetts, Schreibtische, Säulentrumeaus, Ausziehtische 15,00, Plüschsofas 45,00, Vertikos, Kleiderschränke, Chaiselongues 18,00, bildschöne Küchen. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29 (Köpenicker Brücke). Sonntags geöffnet. 200/6

Wichtig! Wegen Inventur-Aufnahme verkaufe ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Vertikos, Kleiderschränke 24,—, Muschelbettstellen mit Matratze 25,—, Ausziehtisch 13,—, Herrenschreibtische, Trumeaus, Bücherschränke, Sofaumbauten, Chaiselongues, Waschtoiletten 20,—, Taschensofas 45,—, Rohrstühle 1,50, Küchen staunend billig. Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstr. 107/108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei. 200/5

Mahagoni-Kleiderspind, Sofatisch, Stühle, Quitzowstraße 105 Hof IV rechts. †58

Frau verkauft Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Tisch, Trumeau, Plüschsofa, Küche, alles gut erhalten. Schumannstraße 11 III links. Händler ausgeschlossen. 42/14

Schlafsofa 10,00, 20,00, Bettstelle, Matratze 10,00, Plüschsofa 34,00, Küchenspind 4,00, Kleiderspind 10,00, Spiegel 2,00. Palisadenstraße 23, Tapezierer. 42/13

Wegen Aufgabe der Wohnung und Abreise verkaufe sofort ein sehr schönes Plüschsofa, Kleiderschrank, Vertiko, zwei englische Bettstellen, Ausziehtisch, Säulentrumeau, Teppich, Portieren, Gaskrone, moderne Küche, Kanarienvogel, Nähmaschine, Porzellan, Nippes, Bilder. Möbel sehr gut erhalten! Händler ausgeschlossen. Sonntag 10—1, Montag 11—7. Chausseestraße 52, vorn II, Flureingang, Hasemann. 1114b

Umzugshalber Vertiko, Herren-Schreibtisch, Kleiderschrank, Ausziehtisch, Pflügerstraße 65, I links, Rixdorf. 1116b

Umständehalber verkaufe Nußbaum-Wirtschaft, Stube und Küche. Winkelmann, Dresdenerstraße 109, Quergebäude parterre. †114

Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, hübsche Küchen 48,00, Kleiderschränke 19,00, Küchenschränke 18,00, Ausziehsofas 36,00, Trumeaus 29,00, Sofatische 9,00. Enorme Auswahl, nur Gelegenheitskauf. Möbel-, Polsterwarenfabrik, Kastanienallee 56.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Groß-Berlins billigste und beste Fahrräder-Bezugsquelle, nur Fahrrad-Großhaus, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Einzig dastehend, sehenswert, 10 Schaufenster, Riesenlager. Neue Fahrräder 40,00, Doppelglockenlager 45,00. Auch Einzelverkauf. Kein Schwindelgeschäft. 1735R*

Brennabor-Herrenfahrrad, Damenfahrrad, neu, umständehalber 65,00, Kolbergerstraße 14 III links. †93

Herrenfahrrad, neu, erstklassig (Garantieschein) notgedrungen jeden Preis Exerzierstraße 25, III links.

Herrenfahrrad, krankheitshalber jeden Preis Wildenowstraße 1, Wilhelm. †148

Herrenfahrrad, nagelneues, bringend, jeden Preis, Dragonerstraße 24 II. †148

Musik.

Biese-Pianino weit unter Preis zu verkaufen Französischestraße 15, I rechts. 40/8*

Pianino, hohes, goldgraviert, 125,—. Immstraße 8, I. 42/8

Pianino, privatim, spottbillig (Flügelton). Stemmer, Wörtherstraße 23. 200/11

Solides Pianino sofort verkäuflich Alexanderstraße 58 III (Alexanderplatz). 200/10

Grammophon, Prachtapparat, spottbillig. Drews, Schliemannstr. 19.

Schallplatten, Februar-Aufnahmen. Beste Marken 2,25, Belaplatten 2,10, Starplatten, Kalliopeplatten 1.75. Poltien, Reichenbergerstraße 64. 42/6

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft „Anke", Swinemünderstraße 17. †62*

Volkssänger-Gesellschaft, Duett und Solo. Schumann, Ramlerstraße 14. 990R*

Technikum, Maschinenbau, Elektrotechnik. Hochbau. Tiefbau. Architektur. Steinmetz-, Kunstschlosserschule. Gas. Wasser. Heizung. Prospekte kostenlos. Neanderstraße 3, III. 975b*

Bauschule. Meisterkurse. Handwerkskammer alle bestanden. Polier-, Technikerkurse. Statik. Entwerfen. Kostenanschlag. Neanderstraße 3 III. *

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Ewienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokoský, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Bandwürmer mit Kopf, frisch, in Wasser oder Spiritus, kauft a M. 2,—, Linnaea, Turmstraße 19. 1654R*

Wer Stoff hat? Fertige Anzüge nach Maß, 20 Mark an. Tadelloser Sitz, haltbar. Futtersachen, Franke, Ackerstraße 143, Ecke Invalidenstraße. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Wer Stoff hat? Fertige Herren-Anzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 41/9*

Schmelzers Volkssänger-Gesellschaft, Personenzahl nach Wunsch, Stettinerstraße 57. †93

Lotterievereine! Vorsitzende wollen Adresse einsenden an Spedition Lausitzer Platz 14/15 unter „Lotterieverein". Porto wird vergütet. †12

Lokalübernahme. Den Genossen und Freunden zur Kenntnis, daß ich das Lokal von Karl Schulz (früher Ludwig Tollsdorf), Görlitzerstraße 58, übernommen habe. Vereinszimmer für 80 Personen noch einige Tage frei. Hochachtungsvoll Heinrich Reidhardt, Görlitzerstraße 58. (Früher Vergolder.)

Allen Parteigenossen zeige an, daß ich meine Bäckerei von Zorndorferstraße 4 nach Rixdorf, Lessingstraße 22, verlegt habe. Emil Hammel. †105

Humoristisches Männerquartett sucht guten ersten und zweiten Baß. Berufssänger verbeten. Dienstag 9 Uhr, Marsiliusstraße 8. Herzog.

Maskenkostüme verleiht billigst privat Mizel, Kielholzstraße 7. 1083b

Wer Stoff hat? Kuschewski, Annenstraße 2, fertigt eleganttsitzende Anzüge für 20 Mark. 1089b

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 1074b*

Kanarienweibchen kauft, 0,80, Vogelhandlung Königgrätzerstraße 39.

Handwäscherei. Große Stücke, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Mittwoch, Freitag. Friedrich Genzler, Köpenick, Grünstraße 10. 1740R

Fahrstuhlführer-Schule, einzig amtlich geprüfte Lehranstalt, Zentralheizung aller Systeme. Eventuell Stellung. Tempelherrenstraße 12, Julius Bückner, Werkmeister. 200/7

Aufpolsterung. Bettmatratze 4,00, Sofa 6,00, auch außerm Hause, Hoffmann, Neue Königstraße 30.

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise, Linienstraße 199.

Küchenmöbel streicht billig Mathes, Lychenerstraße 9. †77

Achtung! Vereine. 13. März frei. Hochzeitskuvert 1,00, Schulstraße 29, Klubhaus. 1118b

Küchenmöbel, Ladeneinrichtung streicht Streck, Stargarderstraße 59.

Redaktionelle Mitarbeit wird von ausländischem Parteigenossen — früher selbständiger Redaktionsleiter — übernommen. Offerten unter M. 2 Hauptexpedition des „Vorwärts". 1111b

Dame, welche beim Maskenball Maiengrün-Fichte Pelerine vertauschte, wird gebeten, selbige gegen hohe Belohnung abzugeben Gesellschaftshaus, Treptower Chaussee 14. 1135b

Vermietungen.

Kolonialladen, auch zum Grünkram geeignet, volkreiche Gegend, 2 Stuben, Küche, sofort zu vermieten Bornholmerstraße 13. 42/11

Laden, Geschäftskeller, Wohnungen, eventuell mit Reinigung, Falkensteinstraße 17. †13

Schankräume mit Wohnung billig Schreinerstraße 9 I. †26

Parterre-Werkstätten, große und kleine, mit elektrischer Kraft. Flatow, Schulstraße 3. 1724R

Garagen sofort. Flatow, Schulstraße 3. 1725R

Stallung, 24 Pferde, und Remisen, auch geteilt. Flatow, Schulstraße 3.

Wohnungen.

Brautleute zweizimmerige Prachtwohnungen billigst Soldinerstr. 32/34.

Friedenau, Schwalbacherstraße 2, Prachtwohnungen, 2 Zimmer mit und ohne Bad, Kammer, Küche, sofort oder 1. April zu vermieten. Auskunft erteilt Portier daselbst. *

Pankstraße 82 (Weddingbahnhof) Zweizimmer-Wohnung 29,00. 1004b*

Loggiawohnung 36,00, Gartenwohnung 21,00, Scharnweberstraße 35 (Frankfurter Allee). 287/8*

Badezimmer-Vorderwohnung, Balkon, 36,00, Jungstraße 25. 287/10

Gaineastraße 6 schöne Wohnungen, Stube und Küche, mit allen Bequemlichkeiten von 18 Mark an zu vermieten. †88*

Stube und Küche, Einzelstube mit Kocheinrichtung, Wasserleitung, Zweistuben-Wohnung per sofort und 1. April, Falkensteinstraße 17. †12

Billige Hofwohnungen Am Schlesischen Bahnhof 3. 1025b*

Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 84, Nähe Untergrundbahn und Bahnhof Westend, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen mit großem Zubehör, mit und ohne Bad, billigst.

Reinickendorf-West, Augusta-Viktoria-Allee 33. Zum April, auch früher, sehr billige 1 u. 2 Zimmerwohnungen und Klempnerwerkstatt. 1061b†

Gelegenheit! Prachtwohnungen im schönen, modernen Hause, Deckenbelag, Berlin, Norden, Koloniestraße 68, nur noch einige, per sofort oder April spottbillig. Große trockene, renovierte Räume mit Küche, eigenem Klosett und Korridor, teils Entree, Mädchenstube, Bad (Kleinwohnungen Badmitbenutzung), Balkon, Loggia, Speisekammer: Vorderhaus, 3 Zimmer 40,—, 2 Zimmer 30,—; Hinterhaus, 2 Zimmer 24,—. Früherer Einzug gestattet. Noch billigere Kleinwohnungen Rummelsburgerstraße 38 (Bahnhof Stralau-Rummelsburg) und Rixdorf, Kopfstraße 18. [288/2

Jahnstraße 21, Zweizimmer-Wohnung, 35 Mark, per 1. 4. vermietbar. 1120b*

Schliemannstraße 6 1, 3, 4 Zimmer, Bad, Balkon, Zubehör, zu vermieten. †77

22,00 große Stube, Küche, Zubehör, April, Badstraße 55. †77

Zwei Stuben und Küche, eventuell Stube und Küche wegen Uebernahme eines Geschäfts sofort oder zum 1. März zu vermieten Barnimstraße 13, 1. Quergebäude IV, Leitner.

Zwei-Zimmerwohnungen Schreinerstraße 9. †27

Zimmer.

Teilnehmer für möbliertes Zimmer bei Weist, Gitschinerstraße 67a.

Möbliertes Zimmer vermietet Zionskirchstraße 9, vorn III rechts.

Sauberes, möbliertes Zimmer oder Schlafstelle bei Witwe Kalka, Holzmarktstraße 13. 1096b

Möbliertes Zimmer, Teilnehmer gesucht, Braun, Brandenburgstraße 64.

Gutmöbliertes Zimmer Adalbertstraße 92, vorn III bei Lindemann.

Kleines möbliertes Zimmer bei Kannegießer, Adalbertstraße 97.

Sauber möbliertes Vorderzimmer, separat, mit Bad billig zu vermieten. Dresdenerstraße 80, vorn I rechts.

Möbliertes Zimmer für Herrn Wallstraße 35, vorn III. 1125b

Möbliertes Zimmer für Herrn Dresdenerstraße 1 (Kottbusertor). Kortmann. 1126b

Möbliertes Zimmer, auch leer, vermietet Hetzberg, Kochhannstr. 33, I.

Möbliertes Zimmer, zwei Herren oder Damen, bei Witwe, Prinzenstraße 17, vorn II rechts. †114

Möbliertes Zimmer, sauber, Aussicht Oranienplatz, 2 Herren je 16,00, Oranienstraße 40/41 IV, Voß. 630b

Möbliertes Zimmer für zwei Herren per 1. 3. Bürschel, Dresdenerstraße 128/29, Quergebäude 2 Treppen.

Freundliches Vorderzimmer, zwei Herren, 16 Mark mit Kaffee, Luisenufer 36, III. Kaden. 42/12

Kleines Zimmer für einen Herrn Wassertorstraße 16, vorn II rechts.

Vorder-Zimmer, ein oder zwei Herren, vermietet März Rixdorf, Reuterstraße 47, vorn III, Vanderschmidt. †13

Möbliertes, kleines, sauberes Zimmer an einzelnen Herrn vermietet Gericke, Rixdorf, Hobrechtstraße 79, vorn IV, am Hermannplatz. †105

Möbliertes Zimmer (ungeniert) bei Witwe Wolf, Naunynstraße 58, vorn I rechts. †114

12,00, möbliertes Zimmer (ein, zwei Herren) Fink, Dresdenerstraße 28, IV. †114

Kleines möbliertes Vorderzimmer (separaten Eingang) Rixdorf, Hermannstraße 27, I links (Hermannplatz). †104

Vorderzimmer, möbliert, separat, 17,00, Jadowski, Gräfestraße 69, II.

Ein schön möbliertes Zimmer für einen, auch zwei Herren, auf Wunsch Pension, Witwe Fahl, Schillingstraße 2, vorn parterre links. †47

Ein- und zweifenstriges Vorderzimmer, auch für zwei, möbliert, mit, ohne Pension, Friedrich, Koppenstraße 54, I. †47

Kleines möbliertes Zimmer (inkl. 15,00), Große Frankfurterstraße 15, parterre, Goerz. †47

Freundlich möbliertes Zimmer Kottbuserstraße 2, II rechts. †12

Kleines möbliertes Zimmer Manteuffelstraße 30, vorn II, Sommer.

Zweifenstriges, möbliertes Vorderzimmer, für Herrn, zu vermieten. Kuhn, Naunynstraße 69, I. †12

Möbliertes Zimmer an zwei Genossen, Berlichingenstraße 19, vorn III, Weidner. †58

Möbliertes großes Vorderzimmer, Herren, billigst, Hallbauer, Dresdenerstraße 106, III. 1336b

Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten, 12,00 monatlich, Mannchen, Kopenhagenerstraße 3. †77

Möbliertes separates Vorderzimmer vermietet Carmen-Sylvastraße 163, IV geradezu. †77

Möbliertes Zimmer für zwei Herren, separat, Admiralstraße 16, Ahrend. †115

Möbliertes billiges Balkonzimmer, 1 auch 2 Herren, Witwe Bitterhoff, Liebigstraße 10, vorn II.

Möbliertes Zimmer für anständiges Mädchen, Insterburgerstraße 3, vorn IV links. †26

Möbliertes Zimmer Teilnehmer gesucht, Südost, Naunynstraße 32 bei Stephen. †13

Teilnehmer zum möblierten Zimmer, Georgenkirchplatz 8, vorn I, Andree. †124

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle Bäckerstraße 11, Quergebäude, III links.

Möblierte Schlafstelle für Herrn (allein). Zachmann, Reichenbergerstraße 115, Quergebäude I. †104

Schlafstelle, möbliert bei Wilhelm, Gitschinerstraße 88, vorn III. 1059b

Möblierte Schlafstelle. Landgraf, Dresdenerstraße 111, vorn I rechts.

Schlafstelle, Herrn, 10,00 mit Kaffee. Gesal, Ritterstraße 124, Hof IV. †114

Freundliche Schlafstelle für 1 oder 2 Damen. Kurkelewicz, Oranienstraße 147 IV (Moritzplatz). †114

Möblierte Schlafstelle. Meier, Britzerstraße 33. 42/4

Saubere möblierte Schlafstelle für 2 Herren, 10 Mark. Wolf, Boeckhstraße 41. 1076b

Möblierte Schlafstelle, freundliches Vorderzimmer. Frau Thiel, Kottbuserdamm 102. 1086b

Möblierte Schlafstelle (Herrn) Dresdenerstraße 38, III rechts.

Teilnehmer möblierte Schlafstelle Fehrbellinerstraße 20, vorn IV. Roschke. †62

Schlafstelle, auch Mann mit Kind. Frau Boß, Antonstraße 3, vorn I.

Möblierte Schlafstelle vermietet Jahn, Engelufer 2a. †12

Schlafstelle, separat. Bohnsack, Ritterstraße 124, Hof I. 1100b

Schlafstelle, freundliche. Witwe Gleisberg, Kottbuserstraße 4, Hof links. 1092b

Möblierte Schlafstelle (separat) Köpenickerstraße 22, Seitenflügel II rechts. 1077b

Gemütliche Schlafstelle, monatlich 7,50. Billig, Christburgerstraße 41, vorn. 1091b

Schlafstelle, Herrn, Gubenerstr. 16, Hof rechts III, Witwe Ihlenfeldt. †47

Schlafstelle für Mädchen Kleine Frankfurterstraße 10, Aufgang Elisabethstraße, vorn IV, Hörmann. †47

Freundliche Schlafstelle Kleine Andreasstraße 17, Seitenflügel IV bei Kunze. †47

Freundlich möblierte Schlafstelle (Balkonzimmer) bei Zimmer, Lithauerstraße 13. †47

Freundliche, möblierte Schlafstelle für Herrn, Friedrichsfelderstraße 32 vorn III, Witwe Ahlert.

Möblierte Schlafstelle vermietet Schüller, Ebersstraße 59. †127

Freundliche Schlafstelle Gell, Muskauerstraße 50 vorn II. †13

Saubere Schlafstelle 1 od. 2 Herren Waldemarstraße 10, III, Meller. †13

Schlafstelle vermietet Witwe Bolz, Skalitzerstraße 58. †12

Schlafstelle, zwei Herren. Krause, Adalbertstraße 84, vorn II. †13

Schlafstelle, zwei Herren oder Damen. Lausitzerstraße 50, Cobau.

Schlafstelle für Herrn. Forsterstraße 39, vorn II links. †13

Möblierte Schlafstelle Alte Schönhauserstraße 59, vorn IV. 1128b

Möblierte Schlafstelle für 2 Herren Skalitzerstraße 22, I, links, Schmidt.

Möblierte Schlafstelle, separat, zu vermieten Scharrnstraße 17, III links.

Freundliche Schlafstelle für zwei, Müllerstraße 124, Hof III, Elsholz.

Freundliche Schlafstelle, Herrn, Warschauerstr. 48, Hochbahn, Walter.

Schlafstelle, Herrn, Manteuffelstraße 70, vorn III, Eile. 1133b

Schlafstelle, Herrn. Manteuffelstraße 70, vorn I, Köhler. 1134b

Saubere möblierte Schlafstelle Kraustraße 33, III links. †140

Möblierte Schlafstelle Pappel-Allee 80, vorn III rechts. †77

Schlafstelle für Herrn bei Keilschlag, Schliemannstraße 23, I. †77

Möblierte Schlafstelle, Herr allein, sofort 80., Mariannenplatz 9 vorn III, links. †15

Möblierte Schlafstelle vermietet Unte, Stargarderstraße 28, III. †77

Herren-Schlafstelle, Vorderzimmer, separat, 10,00 Wollinerstraße 67, III links. †77

Schlafstelle oder Küche vermietet Berndt, Urbanstraße 108, vorn. †115

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, vermietet billig Reinsberg, Proskauerstraße 34, vorn II. †26

Möblierte Schlafstelle, 8,50 Alignerstraße 106, Noack. †26

Alleinige Schlafstelle bei Brauer, Weidenweg 19, linker Aufgang II.

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren (Flureingang) Lindner, Königsbergerstraße 5/6, vorn III.

Schlafstelle, Herren, Holzmarktstraße 37, rechter Seitenflügel, I. Aufgang, 4 Treppen, 2. Tür links

Freundliche Schlafstelle. Donner, Jahnstraße 17, Hof II rechts. †125

Freundliche Schlafstelle, Herrn, Meinert, Mittenwalderstraße 16, vorn III. †127

Saubere Schlafstelle. Kaiser, Vorhagenerstraße 14/15. †27

Möblierte Schlafstelle sofort oder später. Brandis, Kochhannstraße 2.

Möblierte Schlafstelle an zwei Herren oder Dame vermietet. Schulze, Skalitzerstraße 34 IV. †13

Möblierte Schlafstelle an zwei Herren oder Damen vermietet Haupt, Skalitzerstraße 34 III. †13

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Heuckeroth, Manteuffelstraße 48, vorn IV. †13

Möblierte Schlafstelle vermietet Schubert, Straßburgerstraße 12, Seitenflügel 12. †124

Schlafstelle, separat, Manteuffelstraße 54, vorn II, Gorke. †13

Mietsgesuche.

Herr sucht kleines möbliert. Zimmer oder Schlafstelle. Norden. Preis-Offerten „Heim", Spedition Ackerstr. 36.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

5 Detacheure gesucht Gebr. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4.

Vertreter, solid, fleißig, erhalten höchste laufende Provision für Nachweis von Versicherungen aller Art. Thuringia, Britzerstraße 8. 38/171

Korbmacher auf Geschäftskörbe für sofort. L. P. Roesemann, Schreinerstraße 22. †118

Silberarbeiter-Lehrling sucht Silberwarenfabrik Franz Roßgau, Markusstraße 50. 1094b

Schleifer, tüchtiger, auf Kohleſtiſte verlangt Aug. Andrée, Stallschreiberstraße 23a. 1084b

Graveure für Schwarzdruck finden dauernd lohnende Beschäftigung. Benecke, Elisabethufer 29. 1088b

Graveurlehrling für Monogramm-Wappen verlangt Alsleberg, Brandenburgstraße 84. †115

5 Detacheure gesucht Gebr. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4.

Lehrling verlangt Goldleistenfabrik Kurfürstenstraße 7. †145

Arbeiterinnen auf Damenpaletots, Scharnweberstraße 63, Osten. *

Mamsells, leichte Jacketts, verlangt Muskauerstraße 7 parterre. †13

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 41/14*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Sichere Existenz.

Gut empf. Herren aus allen Berufskreisen, welche sich dem Versicherungsfach widmen wollen und per 13. cr. auf Anstellung mit festem Gehalt reflektieren, belieben Offerten mit Lebenslauf unter K. 2 an die Expedition dieses Blattes einzusenden. 1086b

Vorarbeiter

auf **Trockenelemente** für **Taschenlampen**, der schon längere Zeit selbständig gearbeitet hat, wird bei hohem Lohn per sofort verlangt.

Offerten unter L. 2 an **die** Expedition dieses Blattes. 1008b

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für **Korbmacher:**

Bergmann, Andreasstr. 53,
Bruder, Zossener Str. 4,
Grieschow, Fürstenstr. 22,
Grunow, Rodenberger Str. 22,
Grunow, Dunckerstr. 15,
Kießner, Mariannenstr. 21,
Huwe, Friedrich-Karlstr. 2.
Jäckel, Palisadenstraße,
Beckert, Gr. Frankfurter Str. 107,
Lange, Köpenicker Str. 141.

für **Kistenmacher:**

Einsporn, Glogauer Straße 5.

Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Einem Teil unserer heutigen Auflage — für Oranienburger Vorstadt, Wedding, Gesundbrunnen — liegt ein Prospekt des Kaufhauses Gustav Pinkus, Berlin N., Müllerstr. 165a, bei.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.